



EU-Zuwanderung Sachsen-Anhalt. Bestandsaufnahme – Bedarfsanalyse – Perspektivabschätzung

Demografische Entwicklung, Bildungsteilhabe, Arbeitsmarktintegration

Paul Becker
Ildikó Pallmann
Johannes Remy

Im Auftrag von



EUMIGRA
FACH- UND SERVICESTELLE
EU-MIGRATION
SACHSEN-ANHALT

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	3
1. Einleitung	5
2. Hinweise zu Methodik und Quellenlage	6
3. Demografie der EU-Bürger*innen in Deutschland und Sachsen-Anhalt	8
3.1. Migration von EU-Bürger*innen nach Deutschland 2015-2021 und TOP5-Staatsangehörigkeiten 2021	9
3.2. Migration von EU-Bürger*innen nach Sachsen-Anhalt 2021 und TOP5- Staatsangehörigkeiten 2021	11
3.3. Exkurs: Abwanderung von EU-Bürger*innen aus Deutschland nach Aufenthaltsdauer und Alter	13
3.4. Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Deutschland und der EU, 2017-2021	15
3.5. Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Sachsen- Anhalt und der EU, 2017-2021	16
3.6. Bevölkerung ohne deutschen Pass in Deutschland, 2021 und 2011	18
3.7. Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt, 2021 und 2011	19
3.8. EU-Bürger*innen und Gesamtbevölkerung in den Bundesländern	21
3.9. EU-Bürger*innen und Bevölkerung ohne deutschen Pass in den Landkreisen Sachsen-Anhalts	23
3.10. Bevölkerungsstruktur der EU-Bürger*innen in Deutschland, 31.12.2021	25
3.11. Bevölkerungsstruktur der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt, 31.12.2021	26
4. EU-Bürger*innen im Bildungssystem	28
4.1. Häufigste Staatsangehörigkeiten der Schüler*innen aus der EU in Deutschland	30
4.2. Sachsen-Anhalt: Häufigste Staatsangehörigkeiten der Schüler*innen aus der EU	37
4.3. EU-Bürger*innen in der Ausbildung (Daten deutschlandweit)	42
4.4. Auszubildende ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt	48
4.5. EU-Staatsangehörige an deutschen Hochschulen (Daten deutschlandweit)	51
4.6. Deutsche und Nicht-Deutsche Studierende in Sachsen-Anhalt	56
4.7. Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen sowie an Weiterbildungen (Daten deutschlandweit)	61

5. EU-Staatsangehörige auf dem deutschen Arbeitsmarkt	65
5.1. Deutschland: Beschäftigungszahlen und -quote sowie Arbeitssuchenden- und Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquote	68
5.2. Sachsen-Anhalt: Beschäftigungszahlen und -quote sowie Arbeitssuchenden- und Arbeitslosenzahlen und die Arbeitslosenquote	78
5.3. Berufsabschlüsse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland und Sachsen-Anhalt	90
5.4. Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Deutschland und Sachsen- Anhalt	94
5.5. Einkommen der EU-Bürger*innen	96
5.6. Altersstruktur der Beschäftigten in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt.....	98
5.7. Deutschland: Pandemie-Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit.....	99
5.8. Sachsen-Anhalt: Pandemie-Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit.....	102
6. Handlungsfelder und Ausblick.....	105
Abbildungsverzeichnis	112
Tabellenverzeichnis	118
Literatur	119

Vorwort des Herausgebers

Immer mehr Menschen aus ganz Europa finden in Sachsen-Anhalt eine Heimat für sich und ihre Familien. Etwa ein Drittel aller hier registrierten ausländischen Zugewanderten sind Unionsbürgerinnen und Unionsbürger. Mit einer relativ hohen und der Tendenz nach steigenden Beschäftigungsquote behaupten EU-Arbeitnehmer bei den migrantischen Erwerbstätigen seit Jahren die Spitzenstellung unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ob in Unternehmen, im Gesundheitssektor, im Kulturbereich oder in der Bildung – der Beitrag der EU-Arbeitnehmer ist aus dem wirtschaftlichen wie soziokulturellen Leben des Landes nicht mehr wegzudenken.

Im bundesweiten Maßstab ebenso wie im direkten Vergleich mit den strukturell ähnlich aufgestellten anderen ostdeutschen Bundesländern können diese globaleren Befunde zugleich ernüchtern, und das in mehrerer Hinsicht. Zahlenmäßig zum einen: Mit 1,8 Prozent Anteil der EU-Bürgerinnen und -Bürger an der Gesamtbevölkerung bildet Sachsen-Anhalt momentan das Schlusslicht in Deutschland. Strukturell zum anderen: Trotz ihrer verbrieften Rechte durch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit erfahren viele europäische Zugewanderte alltäglich mangelnde Gleichberechtigung und Gleichbehandlung, etwa in Behörden und Regelinstitutionen. Vielen sind aufgrund des eingeschränkten oder nicht gegebenen Zugangs zu Sprachkursen sowie fehlender Informationen in der Herkunftssprache ihre Rechtsansprüche ebenso wenig bekannt wie die Angebote der diversen landesweiten Beratungseinrichtungen.

Dabei sind die Integrationsbedarfe dieser üblicherweise unter dem Radar der Unterstützungsstrukturen bleibenden Zuwanderungsgruppe nicht weniger vielfältig und umfangreich als die anderer, stellen die EU-Staatsangehörigen doch traditionell eine stark heterogene Zuwanderungsgruppe dar. Die Bedarfe betreffen den Bereich der Erwerbsarbeit und beruflichen Anerkennung etwa genauso wie die weit gefächerten Anliegen sozialer Integration. Es scheint außer Frage zu stehen, dass die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts, wie es das Landesintegrationskonzept formuliert, wesentlich von dem Gelingen umfassender interkultureller Öffnung abhängt. Hierfür die spezifischen Bedarfe der EU-Bürgerinnen und -Bürger deutlich sichtbar zu machen und zu analysieren ist ein unverzichtbarer Schritt auf diesem begonnenen Weg und gehört zum Kernanliegen der hier präsentierten Untersuchungsergebnisse.

Die vorliegende Studie der Minor – Wissenschaft Gesellschaft ist von der Fach- und Service-stelle EU-Migration Sachsen-Anhalt (AGSA e.V.) in Auftrag gegeben und konzeptionell begleitet worden. Sie stellt in doppelter Hinsicht ein Novum dar. Zum einen ist sie die erste Grundlagenstudie speziell zur Zuwanderungsgruppe der EU-Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt. Zum anderen nimmt sie mit ihren drei Betrachtungsschwerpunkten (Demografie, Arbeitsmarkt, Bildungssystem) ausdrücklich die Arbeitsmarktintegration gemeinsam mit zentralen Aspekten der sozialen Integration in den Blick. Darüber hinaus

macht sie erstmals Einflüsse der Pandemiesituation in Sachsen-Anhalt auf wissenschaftlicher Datengrundlage sichtbar. Inhalte wie Methodik der Studie sind entsprechend geeignet, eine Auswertungsbasis mit Modellcharakter auch für andere Bundesländer bereitzustellen.

Das Ziel der Studie und ihrer in Kurzform formulierten Faktensammlung weist über den skizzierten Anspruch hinaus, eine aktuelle Datenbasis zur EU-Zuwanderung und somit Grundlagen für weiterführende Analysen zu liefern. Als leitende Gesamtintention ist mit dem Untertitel „Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse, Perspektivabschätzung“ vielmehr die weiterführende Zielstellung beschrieben, die Erfassung der momentanen Datenbestände mit den Szenarien langfristiger Entwicklungen und Potenziale zu verbinden.

Entsprechend enthält der synoptische Schlussabschnitt der Studie (Kapitel 6) einige besonders im Kontext des demografischen Wandels und der Fachkräfteproblematik aufschlussreiche Überlegungen. Sie verweisen auf Handlungsfelder der Integrationsarbeit ebenso wie auf politische Steuerungsbedarfe und somit insgesamt auf Chancen, die EU-Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt progressiv im Sinn des Landesintegrationskonzepts und der Fachkräftegewinnung und -Bindung weiter auszugestalten.

Dazu gehört das Reduzieren von strukturellen Zugangsbarrieren ebenso wie das entschlossene Befördern der Teilhabemöglichkeiten von Unionsangehörigen mit ihren Familien am gesellschaftlichen Leben des Landes. Die Vermittlung demokratischer Werte und sozialer Handlungskompetenzen, die Aktivierung und Beteiligung auch und gerade der Zuwandernden sind die Meilensteine des Landesdemokratiekonzepts. In dem damit verbundenen Anspruch eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts ist enthalten, dass keine Gruppe in der interkulturell gewachsenen Gesellschaft Sachsen-Anhalts sich benachteiligt, ungleich oder ungerecht behandelt erfährt.

Wenn die Studie dazu beitragen kann, die gewichtige Rolle der EU-Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt stärker zu Bewusstsein zu führen und für die Bedeutung jedes einzelnen Bausteins im Gesamtbild der Fachkräftezuwanderung zu sensibilisieren, wäre eines ihrer Grundanliegen erfüllt. Es bleibt zu wünschen, dass der möglichst breite Dialog mit den Fachakteurinnen und -akteuren der Integrationsarbeit zu den vorgelegten Ergebnissen hierfür den Anfang bildet.

Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V.

1. Einleitung

Eine zentrale Säule der Europäischen Union (EU) ist das Freizügigkeitsrecht, das Recht von EU-Bürger*innen, sich innerhalb der EU in andere Staaten zu begeben, um dort zu arbeiten, zu wohnen und zu studieren. Deutschland hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße von der Binnenmigration innerhalb der EU profitiert. Begründet ist die Attraktivität Deutschlands als Zielland europäischer Binnenmigration sicherlich in den positiven Entwicklungen des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft über die letzten Jahre. Wie diverse Untersuchungen zeigen, ist die Aufnahme einer Arbeit der wichtigste Entscheidungsfaktor für die Migration aus einem anderen EU-Staat nach Deutschland (Pfeffer-Hoffmann 2021).

Während die analytische und strategische Beschäftigung mit der Zuwanderung von EU-Bürger*innen in Deutschland von Seiten der Politik, Wissenschaft, Behörden und Medien zuletzt mehr Aufmerksamkeit bekommen hat, sind die Betrachtungen häufig auf eine gesamtdeutsche Perspektive beschränkt. Dabei fallen regionale Disparitäten, z. B. hinsichtlich der Teilhabe von EU-Bürger*innen am Arbeitsmarkt, häufig unter den Tisch. Erste Auswertungen zeigen jedoch, dass aufgrund der regional unterschiedlichen Strukturen, EU-Bürger*innen innerhalb Deutschlands sehr ungleich verteilt leben (Becker et al. 2020a). Es bedarf somit differenzierter Betrachtungen, um der Diversität der EU-Bürger*innen in Deutschland und sich daraus ergebender Bedarfe und Perspektiven auf regionaler Ebene gerecht werden zu können. Nur so ist eine empirisch unterlegte, bedarfsgerechte Entwicklung politischer Instrumente und Vorhaben möglich.

Die vorliegende Studie der Minor – Wissenschaft Gesellschaft ist im Auftrag der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt (AGSA) e. V. im Zeitraum vom 1. August bis zum 31. Dezember 2022 entstanden. Die Studie widmet sich der Situation, den Bedarfen und den Perspektiven von EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt und setzt diese in Bezug zu der gesamtdeutschen Ausgangslage und Entwicklung. Indem sie die Beteiligung von EU-Bürger*innen am Leben, Arbeiten und Studieren sowie ihren Beitrag für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Bundesland abbildet und sie als Fachkräfte, Studierende, Hilfskräfte, Auszubildende, Nachbar*innen und Bürger*innen in den Fokus rückt, schließt die Studie eine Lücke in der Forschung zur Situation von EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt und bietet zudem eine Grundlage für weitere vertiefende Analysen.

Genauer betrachtet werden in der Studie die Demografie der EU-Bürger*innen in Deutschland und Sachsen-Anhalt (Kapitel 3) sowie ihre Teilhabe am Bildungssystem (Kapitel 4) und am Arbeitsmarkt (Kapitel 5). Zudem werden in einem Ausblick Handlungsfelder aufgezeigt und die zentralen Ergebnisse kurz zusammengefasst.

Die Studie reiht sich damit in die Forschungs-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit von Minor – Wissenschaft Gesellschaft und Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung

in diesem Themenfeld ein. Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von EU-Bürger*innen in Deutschland zu leisten.

2. Hinweise zu Methodik und Quellenlage

Hinsichtlich des Forschungsdesigns wurde sich in Absprache mit dem Auftraggeber für eine quantitative Untersuchung aktueller Daten zu EU-Bürger*innen entschieden, da hierzu eine Lücke in Sachsen-Anhalt besteht und die Analyse somit als Grundlage für weiterführende Untersuchungen dienen kann. Eigene Daten wurden für die Studie nicht erhoben.

Es handelt sich in der vorliegenden Analyse somit um die systematische Auswertung und Berechnung auf Grundlage von quantitativen Daten öffentlicher Institutionen und Behörden, die zum Großteil öffentlich zugänglich sind. Zu nennen sind insbesondere die Daten von EUROSTAT, des Statistischen Bundesamts, des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die letzteren beiden stellten dabei auf Anfrage Sonderauswertungen zur Verfügung (Bundesagentur für Arbeit 2022n; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019). In den anderen Fällen war eine Ausdifferenzierung der Daten nach Bundesländern nicht möglich, da hierzu Sonderauswertungen bei den zuständigen statistischen Ämtern notwendig gewesen wären und dies im Rahmen des Auftrages aufgrund begrenzter zeitlicher bzw. finanzieller Ressourcen nicht leistbar war.

Zentrale Quelle für die Statistiken zu Personen ohne deutschen Pass in Deutschland ist das Ausländerzentralregister (AZR). Ins AZR fließen alle Daten von Personen ohne deutschen Pass ein, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten¹. Aufgrund des Freizügigkeitsrechts müssen sich EU-Bürger*innen jedoch nicht, wie Drittstaatsangehörige, bei der Ausländerbehörden um einen Aufenthaltstitel bemühen, sodass die Erhebung von EU-Bürger*innen lediglich über die Einwohnermeldeämter erfolgt, die die Daten dann automatisch an die Ausländerbehörden weitergeben.

Zuständig für das AZR ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die AZR-Daten können allerdings von einer Vielzahl von Behörden in Deutschland bearbeitet und ergänzt werden. Es handelt sich um personenbezogene Daten. Dem gegenüber stehen die Wanderungstatistiken der Statistischen Landesämter, bei denen es sich um fallbezogene Daten handelt, hier werden alle An- und Abmeldungen gezählt.

¹ Personen, die neben einem nicht-deutschen Pass auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sog. „Doppelstaatler*innen“, werden nicht im AZR erfasst.

Aus der unterschiedlichen Erhebung der Daten ergeben sich statistische Unterschiede zwischen AZR-Daten und Wanderungsstatistiken, die stets zu berücksichtigen sind (Fachstelle Einwanderung 2018). Ungenauigkeiten in den Daten ergeben sich des Weiteren aus dem Umstand, dass sich einige EU-Bürger*innen während ihres Aufenthalts in Deutschland, z. B. zum Studium, erfahrungsgemäß nicht bei den Einwohnermeldeämtern registrieren oder registrierte Personen sich nach dem Wegzug nicht wieder abmelden. Dies führt dazu, dass die in der Studie verwendeten Daten zwar die valideste Datengrundlage darstellen, allerdings, insbesondere bei geringen Fallzahlen, stets unter Berücksichtigung der genannten Einschränkungen zu betrachten sind².

Hinweise zu den Begriffen „EU-Staatsangehörige“ und „EU-Bürger*innen“

Unter dem Begriff „*EU-Staatsangehörige*“ sind in der vorliegenden Publikation in der Regel **alle Staatsangehörigen der 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab dem 01.02.2020 außer Deutschland** erfasst. Personen, die neben der Staatsangehörigkeit eines EU-Staats auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden nicht miterfasst.

Für Daten, die sich auf den Zeitraum vor dem 01.02.2020 beziehen, wurden aus Vergleichsgründen die Daten von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs und Nordirland herausgerechnet. Ebenso wurden für Daten vor dem 01.07.2013 die Werte von kroatischen Staatsangehörigen hinzugefügt.

In einigen Fällen liegen Daten nur für die Gesamtheit der EU zum Erhebungszeitpunkt vor und eine Differenzierung sowie Heraus- bzw. Einberechnung einzelner Werte ist nicht möglich. Diese Fälle sind mit einem Hinweis versehen und werden entsprechend erläutert.

In der vorliegenden Publikation verwenden wir die Begriffe „*EU-Staatsangehörige*“ und „*EU-Bürger*innen*“ synonym. Während die Bezeichnung „*EU-Staatsangehörige*“ vor allem in statistischen Quellen (z. B. Graf 2022) und in Abgrenzung zu deutschen Staatsangehörigen und Drittstaatsangehörigen Verwendung findet, ist die Bezeichnung „*EU-Bürger*innen*“ in der breiteren (Fach-)Öffentlichkeit geläufiger.

² Weitere Fallgruppen von EU-Bürger*innen, die in den offiziellen Statistiken voraussichtlich untererfasst sind, sind Grenzgänger*innen oder entsandte Arbeitnehmer*innen, die sich zwar zum Arbeiten in Deutschland aufhalten und im Fall von entsandten Arbeitnehmer*innen auch hier wohnen, die aber vor allem über die Sozialversicherungsträger registriert sind und nicht zwingend in den Meldestatistiken auftauchen.

3. Demografie der EU-Bürger*innen in Deutschland und Sachsen-Anhalt

Das Wichtigste in Kürze

- Die Nettozuwanderung von EU-Bürger*innen nach Deutschland hat sich von 2015 bis 2021 mehr als halbiert.
- Rumänische, polnische und bulgarische Staatsangehörige bilden sowohl für Deutschland als auch für Sachsen-Anhalt die größten Gruppen an EU-Bürger*innen, die im Jahr 2021 eingewandert sind.
- Während der Wanderungssaldo von Personen ohne deutschen Pass, die zwischen dem Bundesgebiet und den EU-Staaten wandern, sinkt, ist im Jahr 2021 ein Trend zu mehr Zu- als Fortzügen in Sachsen-Anhalt zu beobachten.
- In Westdeutschland und Berlin ist ein höherer Anteil von EU-Bürger*innen an der Gesamtbevölkerung als in Ostdeutschland zu verzeichnen. Sachsen-Anhalt hat mit 1,8 % deutschlandweit den niedrigsten Anteil an EU-Bürger*innen (2021).
- Die Bevölkerung ohne deutschen Pass hat von 2011 bis 2021 in Sachsen-Anhalt stärker zugenommen als im restlichen Bundesgebiet. In Sachsen-Anhalt spielte dabei die Einwanderung aus EU-Staaten eine zentralere Rolle als dies für Gesamtdeutschland der Fall war.
- Der Anteil von EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass ist im Burgenlandkreis und im Landeskreis Anhalt-Bitterfeld mit jeweils 63,4 % und 46,3 % besonders hoch. Im Burgenlandkreis lebten zum Stichtag 31.12.2021 die meisten EU-Bürger*innen (7.285) in Sachsen-Anhalt.
- In Sachsen-Anhalt ist – wie deutschlandweit auch - ein Überhang an männlichen EU-Bürger*innen besonders in der Altersgruppe 20 bis 54 Jahre zu beobachten, wobei der Überhang in Sachsen-Anhalt weitaus ausgeprägter ist. Insgesamt ist die Bevölkerung der EU-Bürger*innen dort auch jünger als im bundesweiten Durchschnitt.

3.1. Migration von EU-Bürger*innen nach Deutschland 2015-2021 und TOP5-Staatsangehörigkeiten 2021

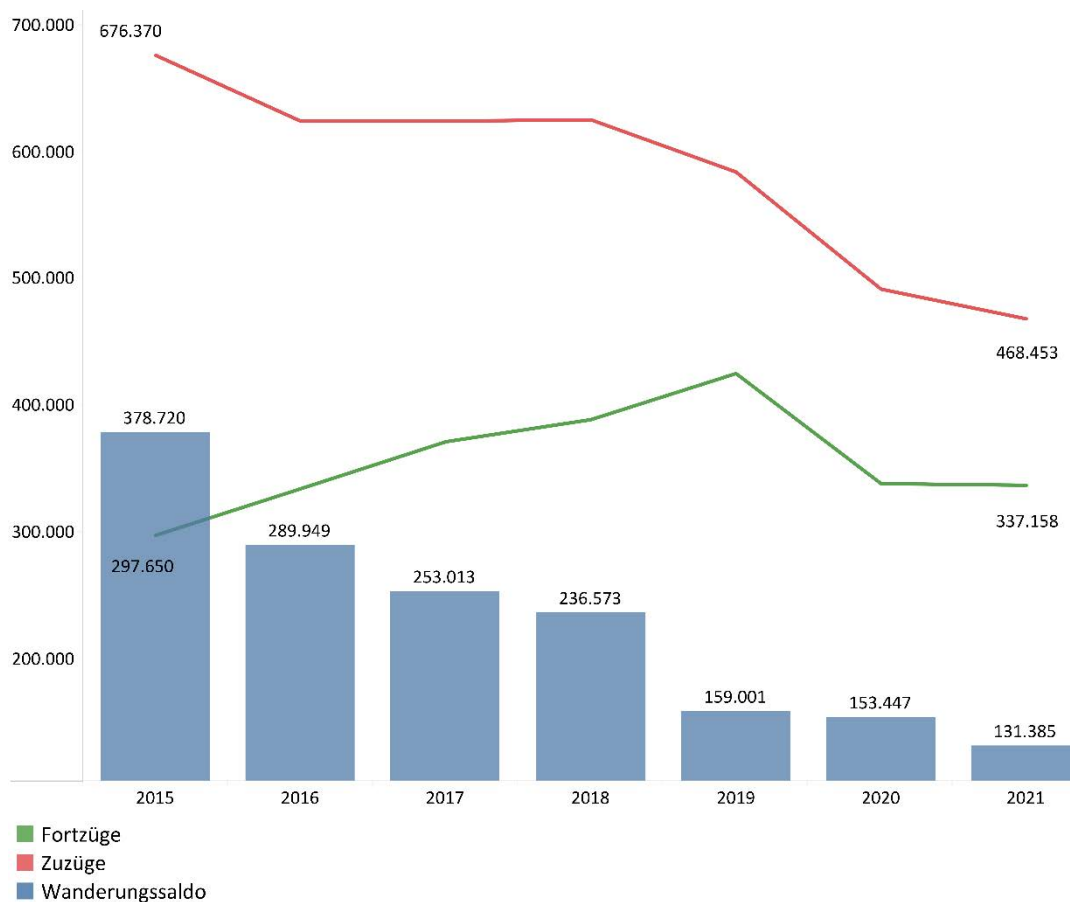


Abbildung 1 Migration von EU-Bürger*innen nach Deutschland, 2015-2021

Eigene Darstellung nach Graf 2022 © Minor

Die Migration von EU-Bürger*innen nach Deutschland ist in den letzten sieben Jahren zurückgegangen. Im Jahr 2021 wanderten zwar immer noch knapp über 800.000 Personen mit EU-Staatsangehörigkeit zwischen Deutschland und dem Ausland, allerdings stellt dies einen Rückgang um 23,6 % im Vergleich zum Jahr 2015 dar.

Auf der einen Seite sind seit dem Jahr 2015 jährlich signifikant weniger Zuzüge von EU-Bürger*innen aus dem Ausland nach Deutschland zu verzeichnen; auf der anderen Seite haben die Fortzüge ins Ausland in den Jahren 2015 bis 2019 zugenommen. In den Jahren 2020 und 2021 flachten die Veränderung sowohl der Zu- als auch der Fortzüge ab, da aufgrund der Corona-Pandemie weltweit die Mobilität eingeschränkter war. (Graf 2022)

Während im Jahr 2015 die Netto-Zuwanderung, also der Wanderungssaldo, noch 297.650 betrug, ist im Jahr 2021 nur noch eine Netto-Zuwanderung von 131.385 zu verzeichnen. Der Wanderungssaldo von EU-Bürger*innen hat sich in sieben Jahren mehr als halbiert.

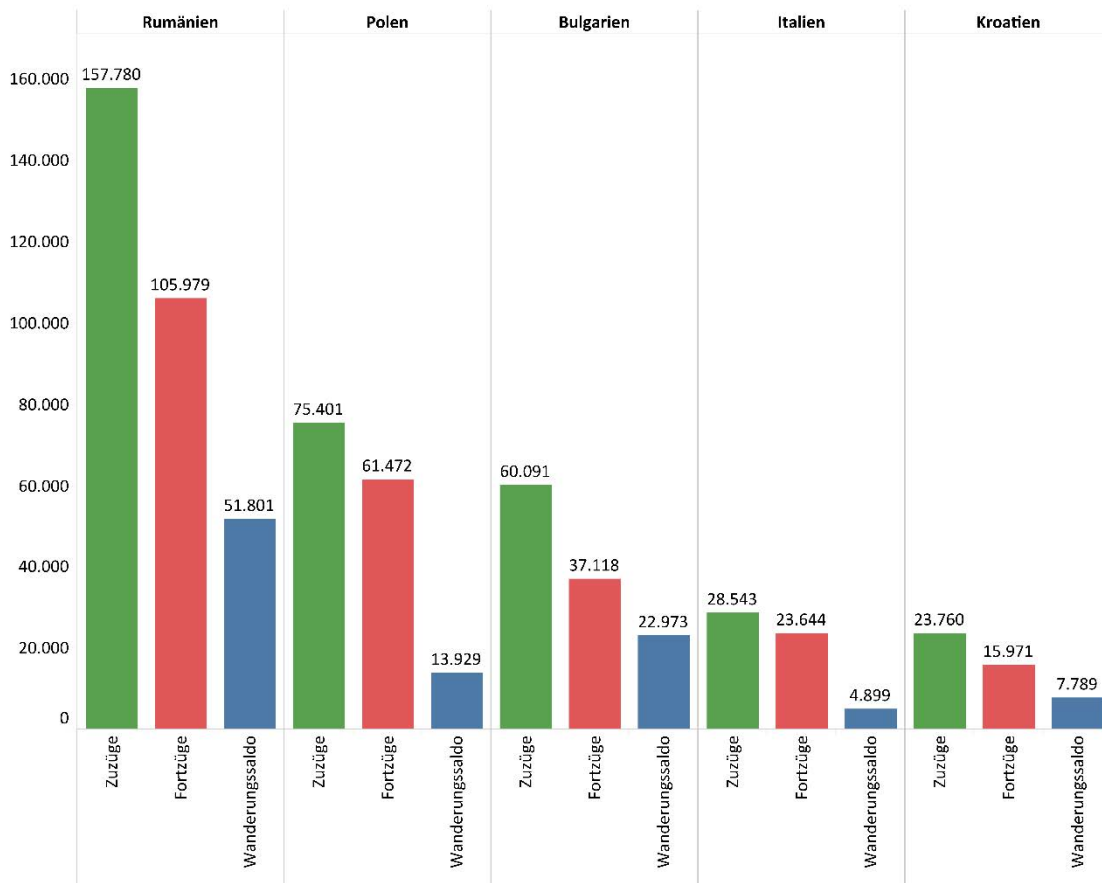


Abbildung 2 Migration der fünf größten Gruppen der EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland, 2021

Eigene Darstellung nach Graf 2022 © Minor

Im Jahr 2021 stellten rumänische Staatsangehörige die größte Gruppe an Neuzugewanderten mit EU-Staatsangehörigkeit –sowohl in Bezug auf die Brutto-Zuwanderung (157.780) als auch auf den Wanderungssaldo (51.801). Bei der Brutto-Zuwanderung folgen polnische und bulgarische Staatsangehörige, bei der Netto-Zuwanderung sind mehr bulgarische als polnische Staatsangehörige zu verzeichnen.

Insgesamt machte die Netto-Zuwanderung der drei größten Gruppen (rumänische, bulgarische, polnische Staatsangehörige) zwei Drittel des Wanderungssaldos von EU-Staatsangehörigen für Deutschland im Jahr 2021 aus.

Bei polnischen und italienischen Staatsangehörigen fällt auf, dass es im Jahr 2021 neben der Zuwanderung auch eine verhältnismäßig hohe Abwanderung gab, sodass die Netto-Zuwanderung niedriger ist als bei den Zuwanderungszahlen zu erwarten wäre.

3.2. Migration von EU-Bürger*innen nach Sachsen-Anhalt 2021³ und TOP5-Staatsangehörigkeiten 2021

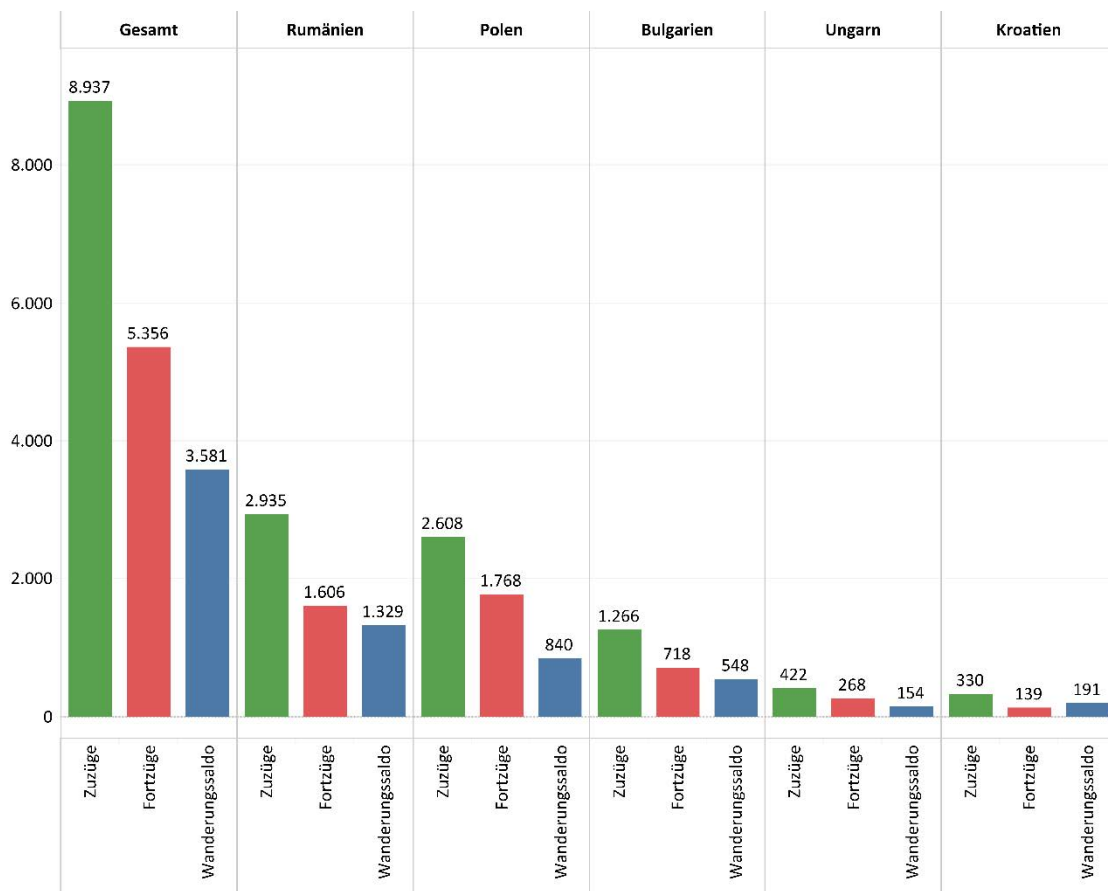


Abbildung 3 Migration aller EU-Staatsangehörigen und der größten Gruppen der EU-Staatsangehörigen nach und aus Sachsen-Anhalt, 2021

Eigene Darstellung nach Graf 2022 © Minor

Im Jahr 2021 zogen insgesamt 8.937 Personen mit EU-Staatsangehörigkeit nach Sachsen-Anhalt, während 5.356 aus dem Bundesland ins Ausland fortzogen. Es ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von 3.581.

Bei näherer Betrachtung der Zuwanderungsgruppen ist festzustellen, dass, wie für das gesamte Bundesgebiet, auch in Sachsen-Anhalt rumänische Staatsangehörige die größte Gruppe der Zugewanderten mit Staatsangehörigkeit eines EU-Staates bilden. Rumänische, polnische und bulgarische Staatsangehörige machten drei Viertel des

³ Eine differenzierte Darstellung der Migration von EU-Staatsangehörigen nach Bundesland erfolgt im Freizügigkeitsmonitoring des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erst seit 2021. Demnach ist eine Darstellung der Entwicklung seit 2015 für das Bundesland Sachsen-Anhalt mit den vorliegenden Daten, im Gegensatz zu den Daten für das gesamte Bundesgebiet (vgl. Abbildung 1) nicht möglich.

Wanderungssaldos von EU-Bürger*innen für Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 aus. Die drei Gruppen fallen demnach stärker ins Gewicht als im Bundesvergleich.

Im Gegensatz zum Bundesgebiet folgten an vierter Stelle der TOP5-Zugewandertengruppen mit EU-Staatsangehörigkeit ungarische Staatsangehörige. Bei den Daten für Sachsen-Anhalt ist allerdings grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen niedrig sind, sodass bereits wenige hundert Personen einen deutlichen Unterschied in der Verteilung der Zuwanderungsgruppen machen können.

3.3. Exkurs: Abwanderung von EU-Bürger*innen aus Deutschland nach Aufenthaltsdauer und Alter

Aufenthaltsdauer	Alter								
	20-25 J.	25-30 J.	30-35 J.	35-40 J.	40-45 J.	45-50 J.	50-55 J.	55-60 J.	60-65 J.
unter 1 J.	49,3%	27,5%	22,4%	23,1%	24,7%	24,9%	23,0%	19,0%	12,4%
1-4 J.	39,3%	40,9%	34,9%	31,9%	31,0%	31,0%	29,5%	25,2%	19,5%
4-6 J.	7,3%	17,8%	17,3%	14,7%	14,2%	13,3%	13,2%	13,4%	11,8%
6-8 J.	1,5%	8,6%	12,1%	11,0%	9,3%	8,7%	9,4%	9,9%	10,2%
8-10 J.	0,5%	2,7%	6,1%	6,6%	5,4%	5,3%	5,7%	5,9%	7,2%
10-15 J.	0,6%	0,9%	5,3%	7,9%	7,2%	6,6%	6,5%	8,8%	10,4%
15-20 J.	0,4%	0,3%	0,4%	2,9%	4,4%	3,8%	3,5%	4,4%	5,9%
20-25 J.	1,2%	0,2%	0,2%	0,4%	2,0%	2,7%	2,9%	3,5%	4,9%
25-30 J.		1,1%	0,4%	0,4%	0,6%	1,9%	3,6%	4,8%	6,7%
30-35 J.			0,9%	0,2%	0,1%	0,4%	1,2%	2,4%	3,2%
35-40 J.				0,8%	0,1%	0,1%	0,3%	1,1%	2,0%
40 J. und mehr					1,0%	1,1%	1,1%	1,6%	5,8%

Abbildung 4 Abwanderung von EU-Bürger*innen nach Aufenthaltsdauer und Alter zum 31.12.2020
 Verteilung der Aufenthaltsdauer nach Altersjahren in Prozent, Einfärbung der Rechtecke nach Höhe der Prozentangaben. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2021c⁴© Minor

Wie in Abbildung 1 deutlich geworden ist, wandern jedes Jahr nicht nur EU-Bürger*innen nach Deutschland ein, sondern eine signifikante Zahl an EU-Bürger*innen wandert jedes Jahr auch aus Deutschland ab. Mit Blick auf das Alter der Fortgezogenen zeigen sich allerdings Unterschiede, wie lange die Personen sich bereits in Deutschland aufgehalten haben. Während fast 50 % der fortgezogenen 20- bis 25-Jährigen bereits nach weniger als einem Jahr wieder aus Deutschland fortziehen, ist das für die Alterskohorten zwischen 25 und 65 Jahren nur für 12,4 % bis maximal 27,5 % der Fall. Grund für einen kurzen Verbleib der 20- bis 25-Jährigen dürfte vor allem ein Auslandssemester im Rahmen des Erasmus-Programms oder ein Auslandsaufenthalt im Rahmen einer Ausbildung sein.

⁴ Die Berechnungen beruhen auf einer Sonderabfrage beim Statistischen Bundesamt im Jahr 2021. Zahlen und Daten für Sachsen-Anhalt liegen daher zum Vergleich nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Tendenzen für das Bundesgebiet auch mehr oder weniger analog auf das Bundesland Sachsen-Anhalt übertragen lassen.

Für die Alterskohorte der 60- bis 65-Jährigen ist die Verteilung auf die Aufenthaltsdauer regelmäßiger. So haben sich 5,8 % der 60- bis 65-Jährigen, die im Jahr 2020 abgewandert sind, seit mehr als 40 Jahren in Deutschland aufgehalten und sind vermutlich mit Eintritt ins Rentenalter ins Ausland abgewandert.

Es ist auffällig, dass über alle Altersgruppen hinweg die Fortgezogenen vor allem in den ersten vier bis maximal acht Jahren ihres Aufenthalts Deutschland verlassen. Ist die Schwelle von acht Jahren überschritten, verbleiben die Personen in der Regel längerfristig in Deutschland und machen nur noch einen geringen Anteil der Abgewanderten in ihrer Alterskohorte aus. Angebote, die den längerfristigen Verbleib in Deutschland fördern, sollten somit vor allem zu Beginn des Aufenthalts der Personen in Deutschland greifen.

3.4. Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Deutschland und der EU, 2017-2021

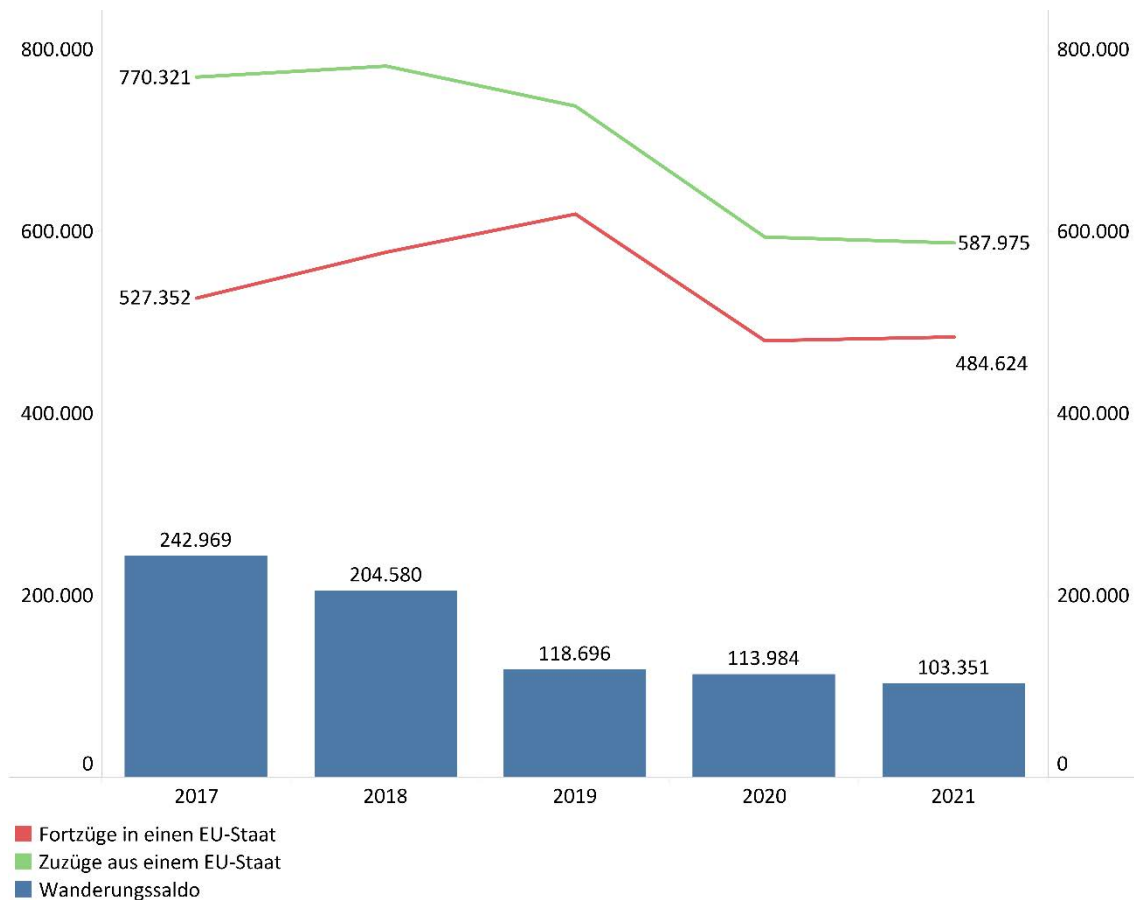


Abbildung 5 Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Deutschland und der EU, 2017-2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022r © Minor

Im Jahr 2017 wanderten knapp 1,3 Millionen Personen ohne deutschen Pass zwischen Deutschland und den EU-Staaten, 2021 waren es nur noch etwa 1,1 Millionen. Die Daten umfassen sowohl Personen mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates als auch Drittstaatsangehörige.

Der Wanderungssaldo (Nettozuwanderung) hat sich von 2017 bis 2021 mehr als halbiert. Besonders stark sank der Wanderungssaldo von 2018 auf 2019. Es waren besonders viele Fortzüge sowie gleichzeitig ein Rückgang der Zuzüge zu verzeichnen. In den Jahren 2020 und 2021, in denen die Mobilität weltweit aufgrund der Corona-Maßnahmen eingeschränkt war, gab es zwar weniger Fortzüge als in den Vorjahren, aber es waren auch weniger Zuzüge zu beobachten. Der Trend eines sinkenden Wanderungssaldos setzte sich fort. Im Jahr 2021 erreichte der Wanderungssaldo von Personen ohne deutschen Pass, die zwischen Deutschland und den EU-Staaten wanderten, mit 103.351 den niedrigsten Stand im Verlauf der letzten fünf Jahre.

3.5. Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Sachsen-Anhalt und der EU, 2017-2021

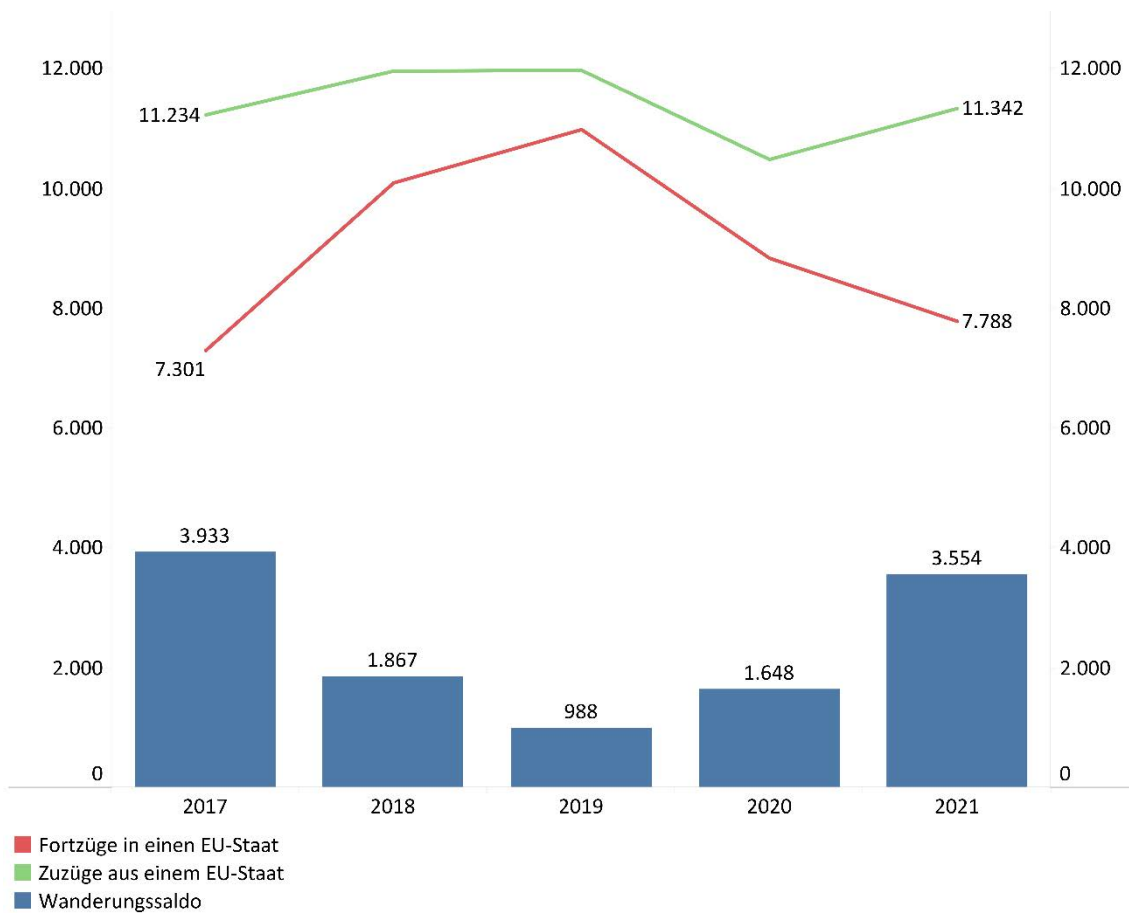


Abbildung 6 Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Sachsen-Anhalt und der EU, 2017-2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2019, 2020a, 2020b, 2021b, 2022a © Minor

Die Tendenzen für das Bundesgebiet lassen sich nicht auf Sachsen-Anhalt übertragen. Während in Deutschland für das Jahr 2021 die wenigsten Zuzüge aus einem EU-Staat zu beobachten waren, gab es mehr Zuzüge von Personen ohne deutschen Pass aus einem EU-Staat nach Sachsen-Anhalt als noch im Jahr 2017. Zwar sanken im Jahr 2020 aufgrund der weltweit eingeschränkten Mobilität auch die Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Sachsen-Anhalt, aber im Folgejahr gab es einen Aufschwung. Gleichzeitig waren die absoluten Zahlen für Sachsen-Anhalt weitaus niedriger als für das gesamte Bundesgebiet, so dass sich bereits Veränderungen um wenige Hunderte Fort- und Zuzüge deutlich in den Daten widerspiegeln.

Auffällig ist der niedrige Wanderungssaldo für Sachsen-Anhalt im Jahr 2019. Er beträgt lediglich ein Viertel der Wanderungssaldi der Jahre 2017 oder 2021. So gab es in dem Jahr mehr Zuzüge, aber auch überproportional mehr Fortzüge in einen anderen EU-Staat als in den Vor- und darauffolgenden Jahren.

Mit Blick auf den Wanderungssaldo von Personen ohne deutschen Pass, die zwischen Sachsen-Anhalt und den EU-Staaten wandern, scheint sich der Trend hin zu mehr Zuzügen und weniger Fortzügen zu entwickeln.

3.6. Bevölkerung ohne deutschen Pass in Deutschland, 2021 und 2011

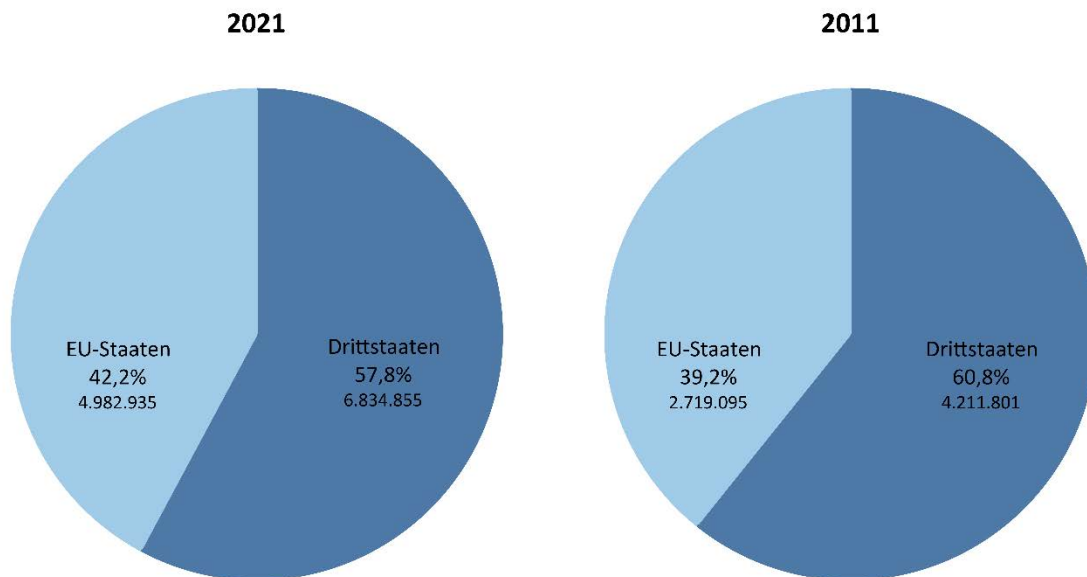


Abbildung 7 Anteile der Drittstaatsangehörigen und EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass in Deutschland in den Jahren 2021 und 2011 im Vergleich

Eigene Berechnung und eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022f © Minor

In Deutschland lebten im Jahr 2021 11,8 Millionen Personen ohne deutschen Pass, ein Anstieg um über 60 % im Vergleich zu 2011. Die Mehrheit bildeten sowohl im Jahr 2011 als auch im Jahr 2021 die Drittstaatsangehörigen, allerdings hat ihr Anteil an der Bevölkerung ohne deutschen Pass seit 2011 abgenommen.

Im Umkehrschluss hat der Anteil der EU-Bürger*innen zugenommen. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der in Deutschland wohnenden EU-Bürger*innen in einem größeren Maße zugenommen hat als die der Drittstaatsangehörigen. Grund dafür ist hauptsächlich die (Arbeits-)Migration im Rahmen der EU-Freizügigkeit.

3.7. Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt, 2021 und 2011

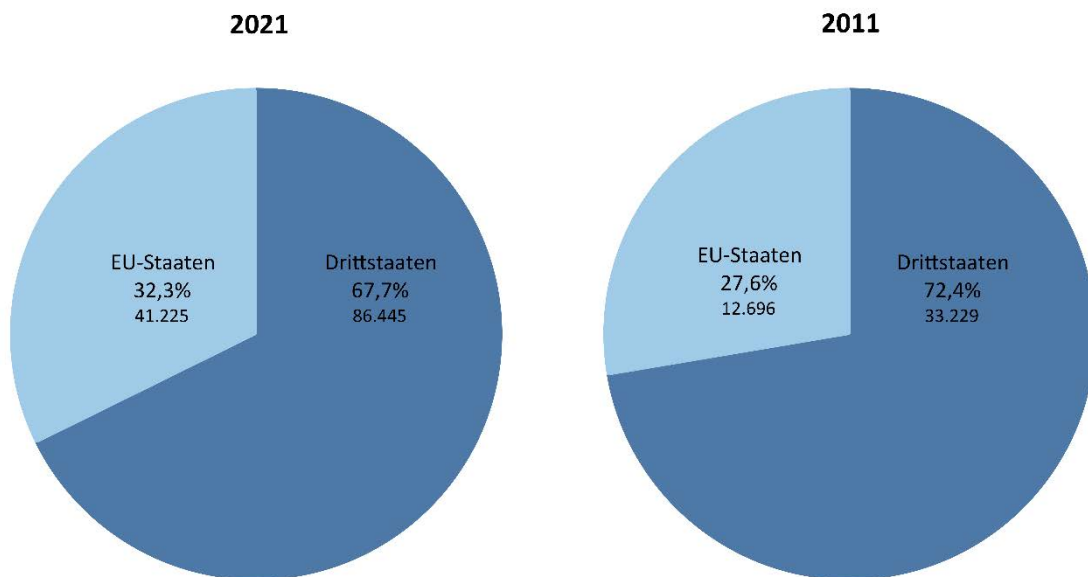


Abbildung 8 Anteile der Drittstaatsangehörigen und EU-Staatsangehörigen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2021 und 2011 im Vergleich

Eigene Berechnung und eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022d © Minor

Von 2011 bis 2021 nahm die Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt um 160 % zu. 2021 lebten 127.670 Personen ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt. Die Mehrheit bildeten im Jahr 2021 wie auch im Jahr 2011 die Drittstaatsangehörigen, in Sachsen-Anhalt war ihr Anteil mit 67,7 % um 10 %-Punkte höher als im Bundesdurchschnitt (Abbildung 7).

Im Vergleich zum Jahr 2011 hat 2021 der Anteil der Drittstaatsangehörigen abgenommen, da sich die Anzahl der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt seit 2011 mehr als verdreifacht hat. Die Anzahl der Drittstaatsangehörigen ist zwar auch angestiegen, allerdings weniger stark.

Der geringere Anteil an EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt (32,3 %) im Vergleich zu Deutschland (42,2 %) lässt sich unter anderem damit erklären, dass EU-Bürger*innen vor allem in Regionen ziehen, in denen es Arbeitsplätze für sie gibt (Pfeffer-Hoffmann 2021). Zwar ist die Veränderung der Anzahl der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt von 2011 bis 2021 größer als im Bundesdurchschnitt, dabei stellte sich aber die Ausgangslage für Sachsen-Anhalt 2011 anders dar als für andere Regionen. Es ist davon auszugehen, dass das Bundesland bis dahin in geringerem Maße von der Zuwanderung aus der EU profitiert hat und sich nun ein Nachholeffekt beobachten lässt.

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass die Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt in dem Zeitraum 2011-2021 stärker zugenommen hat als im Bundesgebiet. Der Anstieg ist in Sachsen-Anhalt stärker auf EU-Bürger*innen zurückzuführen als

im Rest von Deutschland, obgleich der Anteil der EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass geringer war als im bundesweiten Durchschnitt.

3.8. EU-Bürger*innen und Gesamtbevölkerung in den Bundesländern

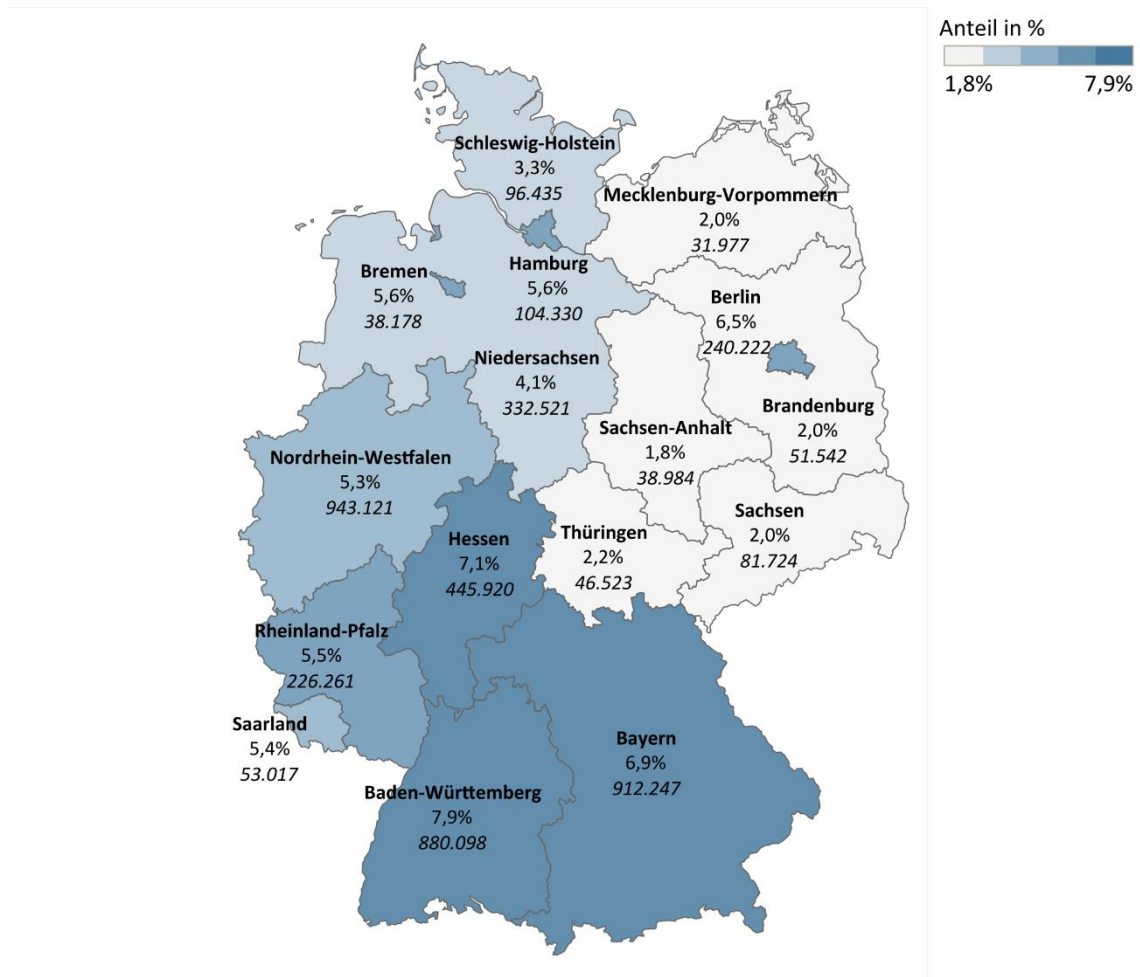


Abbildung 9 Anteil an der Gesamtbevölkerung und Anzahl der EU-Bürger*innen in den Bundesländern zum 31.12.2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022h © Minor

Bei der geografischen Verteilung der EU-Bürger*innen im Bundesgebiet besteht augenscheinlich ein großer Unterschied zwischen Westdeutschland und Berlin einerseits und Ostdeutschland andererseits. In keinem ostdeutschen Bundesland lag 2021 der Anteil der EU-Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung über 22 pro 1000 Einwohner*innen. In Westdeutschland und Berlin waren es hingegen mindestens 33 pro 1000 Einwohner*innen, die eine EU-Staatsangehörigkeit hatten.

Das Bundesland mit der größten Community an EU-Bürger*innen ist auch das Bundesland mit den meisten Einwohner*innen: Nordrhein-Westfalen. Dort lebten 2021 fast 950.000 Personen mit EU-Staatsangehörigkeit. Der Anteil von EU-Bürger*innen an der Gesamtbevölkerung war zum Stichtag mit 7,9 % in Baden-Württemberg am höchsten und in Sachsen-Anhalt mit 1,8 % am niedrigsten.

Wie in 3.7 deutlich wurde, hat die Bevölkerung mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren zwar überproportional zum Bundesdurchschnitt zugenommen, im Vergleich mit anderen Regionen und Bundesländern ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung jedoch weiterhin der niedrigste. Die Analyse der Migrationsdynamik legt nahe, dass der zentrale Pull-Faktor für eine Migration aus der EU in eine Region in Deutschland die Aufnahme von Arbeit ist (Pfeffer-Hoffmann 2021). Für Sachsen-Anhalt lässt sich hier ein Nachholeffekt beobachten: Während westdeutsche Bundesländer und Berlin sowie wirtschaftsstarke Regionen mit Großstädten (ebd.) bereits länger von der Migration aus EU-Staaten profitieren, lässt sich diese Entwicklung in Ostdeutschland erst seit kurzem beobachten.

3.9. EU-Bürger*innen und Bevölkerung ohne deutschen Pass in den Landkreisen Sachsen-Anhalts

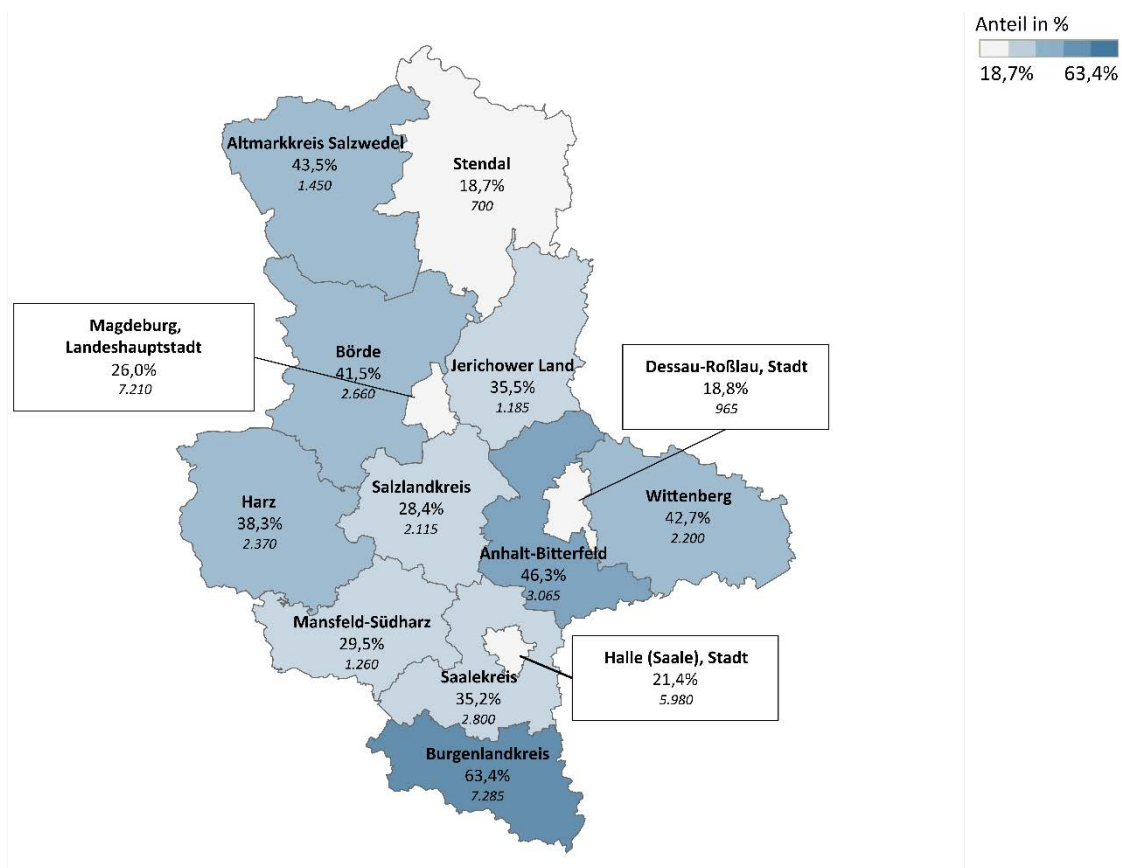


Abbildung 10 Anteil der EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass⁵ und Anzahl der EU-Bürger*innen in den Landkreisen Sachsen-Anhalts, 31.12.2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022g © Minor

Mit Blick auf die Landkreise und kreisfreien Städte lässt sich die Verteilung der EU-Staatsangehörigen im Land Sachsen-Anhalt differenzierter betrachten. Während im Landesdurchschnitt EU-Bürger*innen 32,3 % der ausländischen Bevölkerung (Abbildung 8) ausmachten, waren es im Burgenlandkreis sogar 63,4 %, im Landkreis Stendal hingegen nur 18,7 %. Der Burgenlandkreis hat nicht nur den höchsten Anteil von EU-Staatsangehörigen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass, dort lebten 2021 auch die meisten EU-Bürger*innen, nämlich 7.285 Personen.

⁵ Daten, die eine Darstellung der Anteile der EU-Bürger*innen an der Gesamtbevölkerung ermöglichen, liegen für die Landkreise und Städte nicht differenziert vor. Hierzu wäre eine Sonderauswertung beim Statistischen Bundesamt oder beim Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt anzufragen. Dies war im Rahmen der vorliegenden Studie nicht möglich. Eine Kombination aus Daten des Ausländerzentralregisters mit den Bevölkerungszahlen der Landkreise und Städte ist nicht umsetzbar, da es sich um unterschiedliche Methoden der Datenerhebung handelt [vgl. Fachstelle Einwanderung (2018)]

In den kreisfreien Städten ist der Anteil von EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass hingegen gering. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass dort in der Tendenz mehr Drittstaatsangehörige wohnen, was sich vermutlich unter anderem auf die Fluchtmigration der letzten Jahre, sog. Community-Effekte und internationale Studierende aus Drittstaaten an den Hochschulen und Universitäten in den Städten zurückführen lässt (siehe 4.6).

Der Burgenlandkreis und der Landkreis Anhalt-Bitterfeld stechen in den Anteilen und den absoluten Zahlen heraus, dort lebten 2021 verhältnismäßig viele EU-Staatsangehörige. Wie bereits in Kapitel 3.7 und 3.8 dargelegt, wandern Personen aus EU-Staaten vor allem zum Arbeiten nach Deutschland ein. Mit großer Wahrscheinlichkeit steht demnach auch der hohe Anteil an EU-Bürger*innen in den genannten Regionen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsstruktur vor Ort. Kurz gesagt leben EU-Bürger*innen häufiger in den Regionen Sachsen-Anhalts, in denen sich wichtige Standorte der chemischen Industrie (z. B. Chemiepark Bitterfeld-Wolfen – Landkreis Anhalt-Bitterfeld) und des verarbeitenden Gewerbes (z. B. Lebensmittelindustrie in Stadt Weißenfels – Burgenlandkreis) befinden.

3.10. Bevölkerungsstruktur der EU-Bürger*innen in Deutschland, 31.12.2021

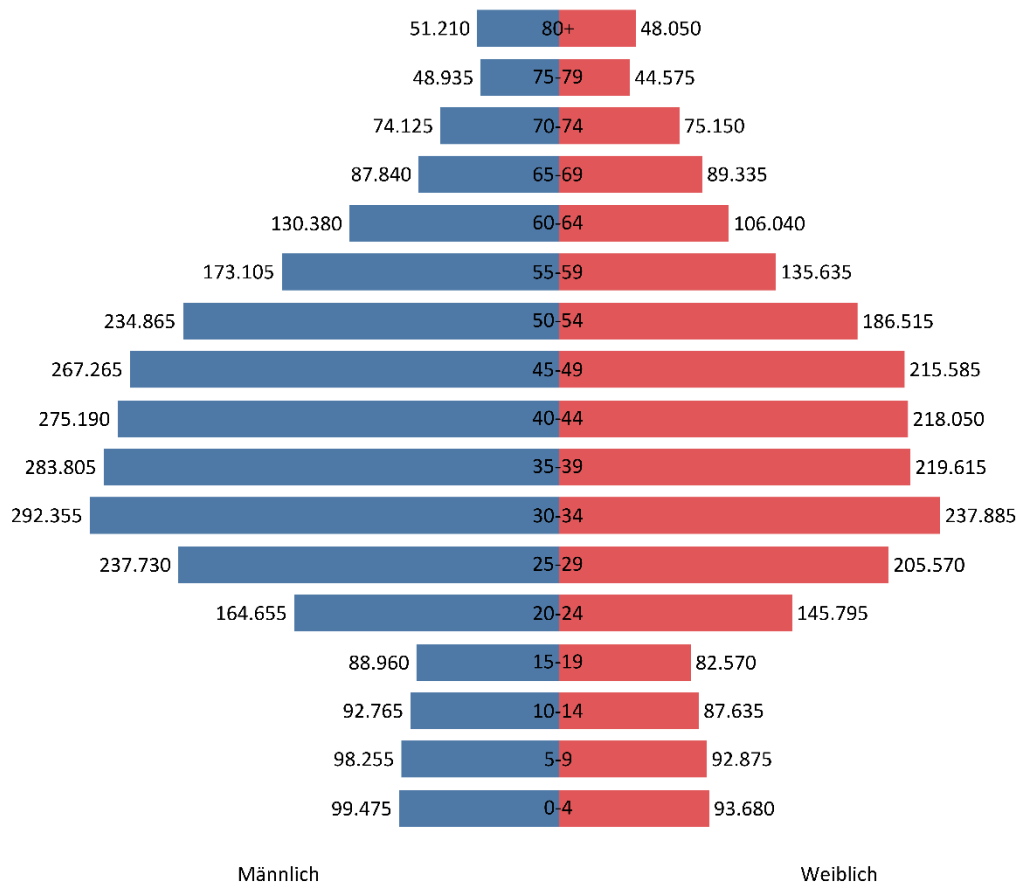


Abbildung 11 Bevölkerungsstruktur nach Geschlecht und Altersjahren der EU-Bürger*innen in Deutschland zum 31.12.2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022e © Minor

In der Bevölkerungspyramide für EU-Bürger*innen in Deutschland zum 31.12.2021 war ein Überhang an männlichen EU-Bürgern im Vergleich zu Frauen derselben Alterskohorte zu beobachten. Die größte Alterskohorte der Frauen (30 bis 34-Jährige) stand erst an fünfter Stelle aller Alterskohorten (männlich und weiblich) mit 237.885 Personen. Lediglich in den Alterskohorten der 65-74-Jährigen gab es mehr Frauen als Männer.

Vergleicht man die Bevölkerungspyramide der EU-Bürger*innen mit der Bevölkerungspyramide der Gesamtbevölkerung in Deutschland, so fällt auf, dass zum Stichtag mehr EU-Staatsangehörige im jüngeren, erwerbsfähigen Alter (20 bis 49 Jahre) waren, während in der Gesamtbevölkerung in Deutschland vor allem die Alterskohorten der Über-50-Jährigen die Bevölkerungsstruktur prägten (Statistisches Bundesamt 2022i). Demnach sind EU-Bürger*innen zentral für die Aufrechterhaltung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland.

3.11. Bevölkerungsstruktur der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt, 31.12.2021

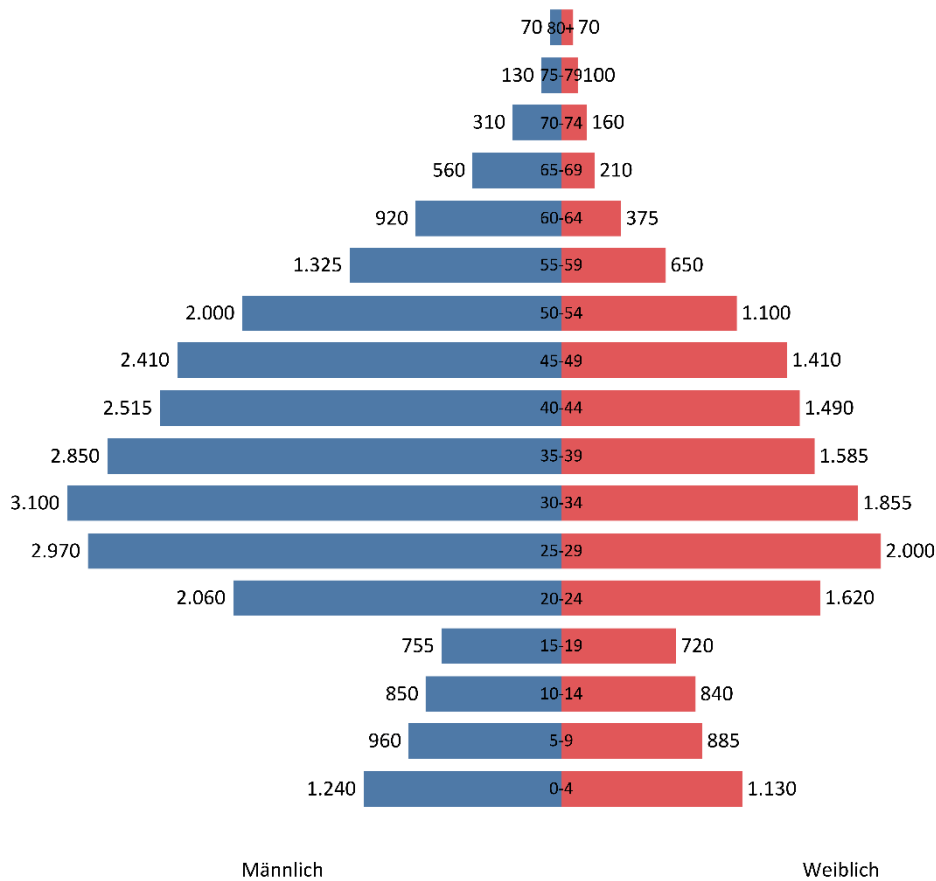


Abbildung 12 Bevölkerungsstruktur nach Geschlecht und Altersjahren der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt zum 31.12.2021

Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022c © Minor

Der Überhang der männlichen Alterskohorten der EU-Bürger*innen ist in Sachsen-Anhalt weitaus größer als in Deutschland gesamt (Abbildung 12). Jede der sieben männlichen Alterskohorten zwischen 20 bis 24 Jahren und 50 bis 54 Jahren war 2021 größer als die größte Alterskohorte der weiblichen EU-Bürger*innen (25 bis 29 Jahre). Zum Stichtag lebten in Sachsen-Anhalt 2.000 Frauen mit einer EU-Staatsangehörigkeit im Alter von 25 bis 29 Jahren im Vergleich zu knapp 3.000 Männern derselben Alterskohorte. In der Alterskohorte der 30 bis 34-Jährigen ist der Unterschied noch stärker ausgeprägt.

Bei den Über-55-Jährigen besteht ebenfalls ein Überhang an Männern, allerdings leben in Sachsen-Anhalt weitaus weniger EU-Bürger*innen dieser Alterskohorten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sowohl in Deutschland als auch in Sachsen-Anhalt ein Überhang an männlichen EU-Bürger*innen besonders in den

Altersgruppen 20 bis 54 Jahre besteht, wobei dieser in Sachsen-Anhalt weitaus ausgeprägter ist. Zudem ist die Bevölkerung der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt jünger als im Bundesdurchschnitt, auch gibt es mehr Kinder mit EU-Staatsangehörigkeit als im bundesweiten Vergleich zu erwarten wäre.

4. EU-Bürger*innen im Bildungssystem

Das Wichtigste in Kürze

- Während in Deutschland in den letzten zehn Jahren die Zahl der Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit gesunken ist, stieg die Zahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit, insbesondere aus den Staaten der EU-Osterweiterung (EU-11) an. Darunter sind mehrheitlich Grundschüler*innen.
- Auch in Sachsen-Anhalt stieg im genannten Zeitraum die Zahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit an. Darunter sind mehrheitlich Schüler*innen mit rumänischer, polnischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit.
- Sofern die Bedingungen die Eltern dieser Schüler*innen zu einem Verbleib in Deutschland bzw. Sachsen-Anhalt bewegen, werden in den kommenden Jahren hunderttausende Kinder aus zugewanderten Familien das deutsche Schulsystem durchlaufen und im Anschluss eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren.
- Viele Unternehmen in Deutschland klagen zunehmend über Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen. So ging die Anzahl an Bewerber*innen von 547.824 im Berichtsjahr 2016/17 auf 422.400 im Jahr 2021/22 zurück (Bundesagentur für Arbeit 2022a).
- 2019 markierte das Jahr mit der höchsten Anzahl Auszubildender mit EU-Staatsangehörigkeit (31.719) in Deutschland. Unter allen Auszubildenden der Top-10 EU-Staatsangehörigkeiten in Deutschland war Industrie und Handel im Jahr 2021 der am stärksten besetzte Ausbildungsbereich, gefolgt von den Bereichen Handwerk und Freie Berufe. Dasselbe gilt für Sachsen-Anhalt.
- Von den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit zählten 2021 insgesamt neun zu den Berufen mit Engpassanzeichen.
- Die Anzahl und der Anteil von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit spiegelt in Sachsen-Anhalt, wie auch in Deutschland insgesamt, insbesondere im Ausbildungsbereich „Öffentlicher Dienst“ nicht den Bevölkerungsschlüssel wider. Vor allem aufgrund der Altersstruktur bedarf es hier dringend einer gezielten Gegensteuerung.

- An den deutschen Hochschulen wurde im Verlauf der letzten sechs Jahre ein stetiger Zuwachs der Anzahl internationaler Studierender, insbesondere aus Drittstaaten, verzeichnet.
- 81 % aller Studierenden aus der EU in Deutschland waren im Wintersemester 2021/22 Staatsangehörige der Top-10 EU-Staaten. Mit Polen, Bulgarien, Kroatien und Rumänien waren unter diesen Staaten vier der EU-Osterweiterung (EU-11).
- In Sachsen-Anhalt sank die Zahl der Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22, während die der Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich anstieg.
- Insbesondere in den Top-20 Studienfächern von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt, die alle zu den MINT-bzw. angrenzenden Fächern (bspw. Medizin) gezählt werden können, stieg die Zahl an Studierenden der genannten Gruppe an.
- In vielen der untersuchten Top-20 und weiteren ausgewählten Studienfächern stellen Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt einen Großteil bzw. die absolute Mehrheit der Studierenden dar.
- Diese zukünftigen Fachkräfte nach erfolgreichem Abschluss des Studiums vor Ort zu halten, sollte oberste Priorität haben.

Die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen durch Bildung erhöht sowohl die individuelle als auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass ein starker Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Bevölkerung und dem langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstum besteht (Föllmi et al. 2019; Wößmann 2015). Dem Bildungssystem kommt damit eine entscheidende Rolle zu. Da Einwanderung nicht ausschließlich und linear Erwerbszuwanderung ist, soll in diesem Kapitel die Gruppe der EU-Staatsangehörigen im deutschen Bildungssystem analysiert werden. Im Vordergrund steht dabei die Entwicklung der Anteile von Kindern, jungen Erwachsenen und Erwachsenen, die selbst oder deren Eltern in den letzten Jahren aus anderen Mitgliedstaaten der EU nach Deutschland eingewandert sind, in Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Sprachkursen sowie Weiterbildungsmaßnahmen.

4.1. Häufigste Staatsangehörigkeiten der Schüler*innen aus der EU in Deutschland

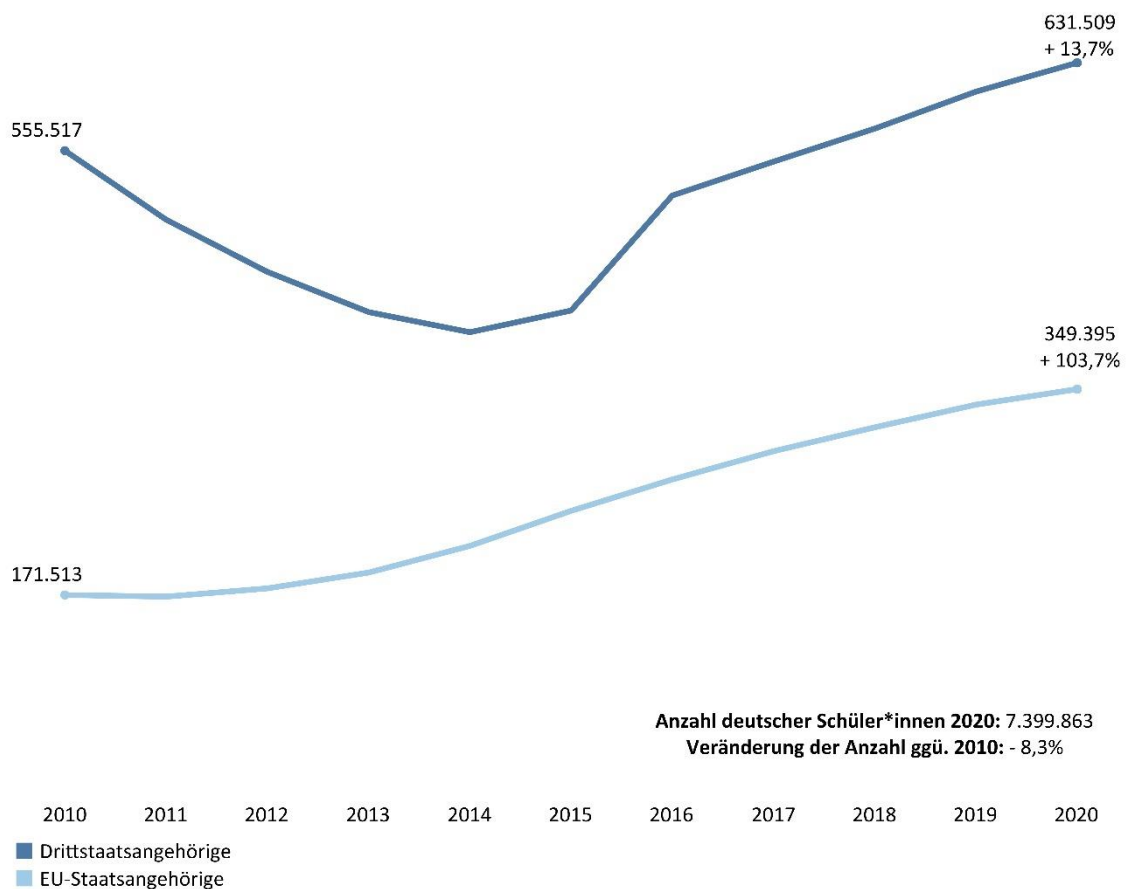


Abbildung 13: Entwicklung der Anzahl von Schüler*innen in Deutschland zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Staatsangehörigkeit

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k © Minor

Während in den letzten zehn Jahren die Zahl der Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit um 8,3 % auf knapp 7,4 Millionen gesunken ist, stiegen die Zahlen der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit und der mit einer Drittstaatsangehörigkeit an. In den zehn Jahren zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 wies die Zahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit an deutschen Schulen einen kontinuierlichen Anstieg aus und verdoppelte sich.

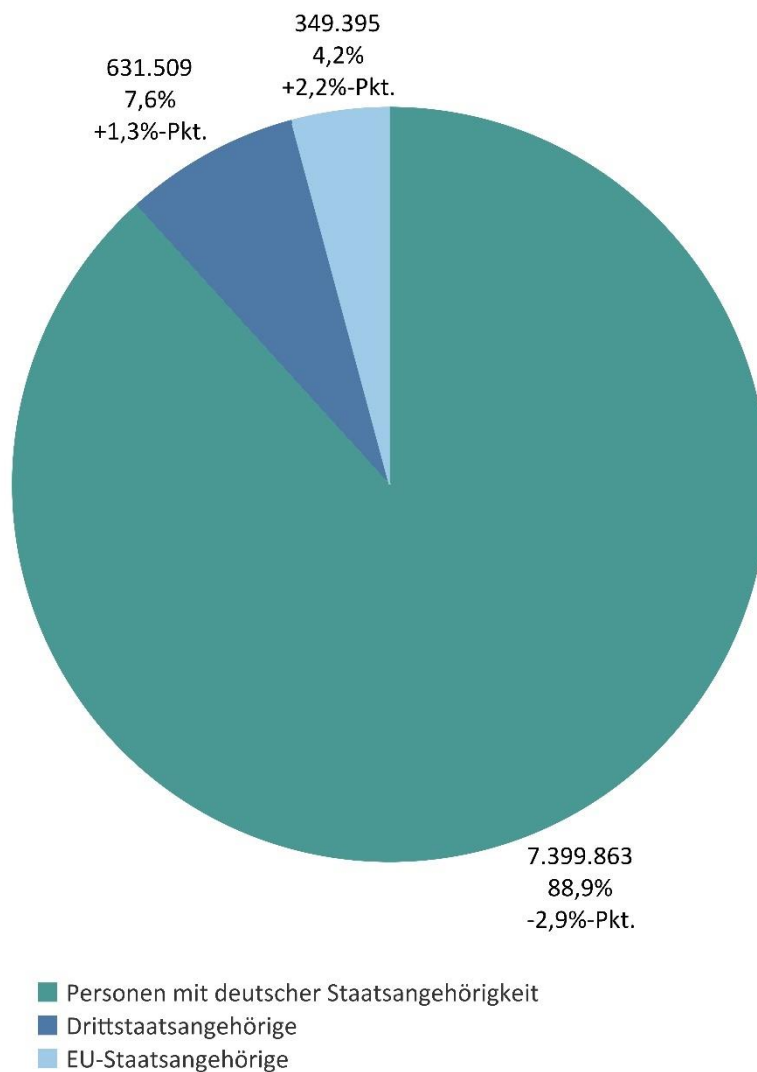


Abbildung 14: Anzahl und Anteil von Schüler*innen in Deutschland im Schuljahr 2020/21 nach Staatsangehörigkeit und die Veränderung des Anteils ggü. Schuljahr 2010/11 in Prozentpunkten
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Der Anteil deutscher Schüler*innen an allen Schüler*innen ist zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 um 2,9 %-Punkte auf 88,9 % gesunken. Durch das starke Wachstum der letzten zehn Jahre stieg der Anteil der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit an allen Schüler*innen an den deutschen Schulen um 2,2 %-Punkte auf 4,2 % an. Insgesamt machten sie zusammen mit Schüler*innen mit einer Drittstaatsangehörigkeit im Schuljahr 2020/21 11,8 % aller Schüler*innen in Deutschland aus. Die Zahl der Schüler*innen mit einem Migrationshintergrund ist wesentlich höher. Laut den Ergebnissen des Mikrozensus⁶ wiesen 2021 38,4 % aller Schüler*innen an allgemeinbildenden

⁶ Hierbei handelt es sich um eine repräsentative Befragung von rund 810.000 Personen in Deutschland (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus.html>)

Schulen in Deutschland einen Migrationshintergrund auf (Statistisches Bundesamt 2022m: 49).

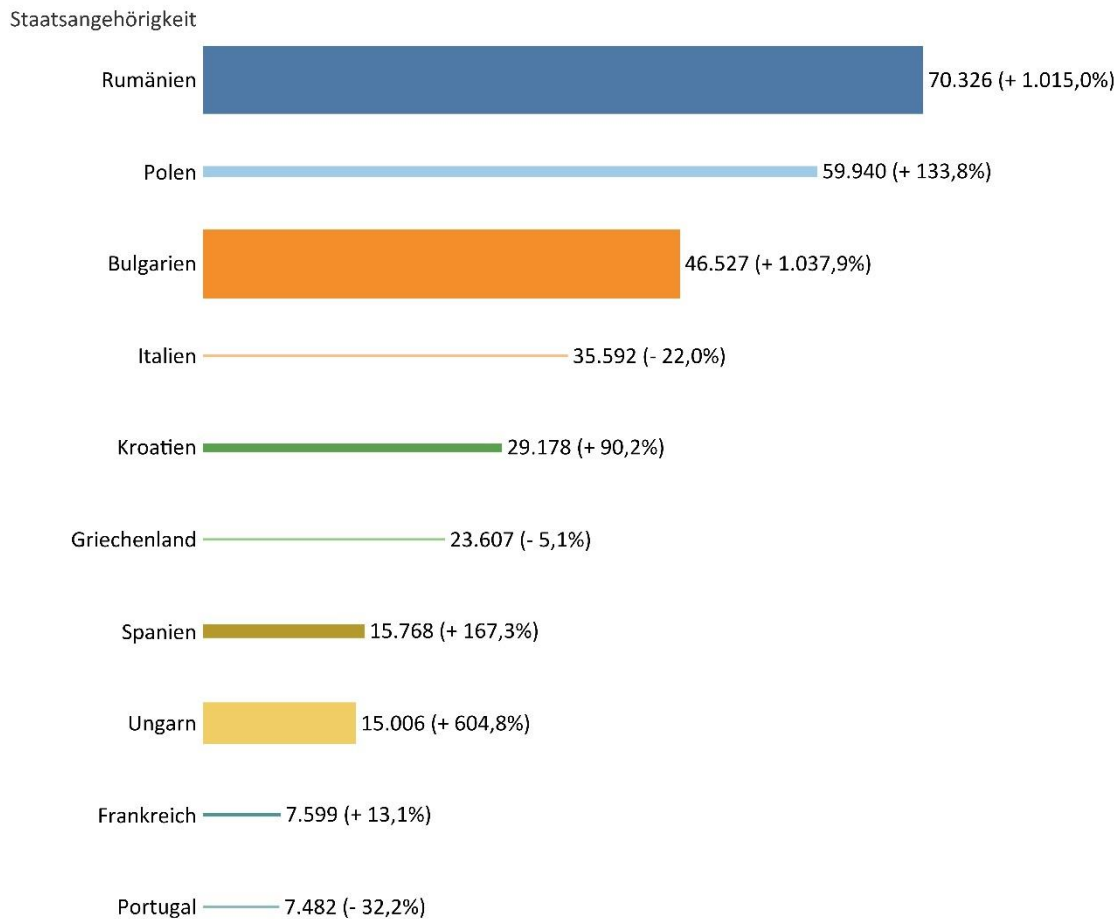


Abbildung 15: Top-10 der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland im Schuljahr 2020/21 und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Der Zuwachs der Schüler*innenzahl mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland ging zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 zum größten Teil auf den der Schüler*innenzahl aus den Staaten der EU-Osterweiterung (EU-11) zurück. Die Zahlen der Schüler*innen aus einigen zahlenmäßig stark vertretenden Alt-EU-Staaten gingen dagegen zurück. Bei den Schüler*innen aus bspw. Italien, Griechenland und Portugal handelt es sich zum großen Teil um Personen, die in der dritten Generation in Deutschland leben. Aufgrund ihrer im Vergleich zu den Eltern- und Großelterngeneration zahlenmäßig geringeren Kohorte bzw. der Altersstruktur wird sich der überwiegende Teil dieser Schüler*innen in immer höherem Maße auf das Ende seiner schulischen Laufbahn zubewegen. Die Schüler*innen aus bspw. Rumänien und Bulgarien sind hingegen eher den jüngeren Kohorten zuzuschreiben.

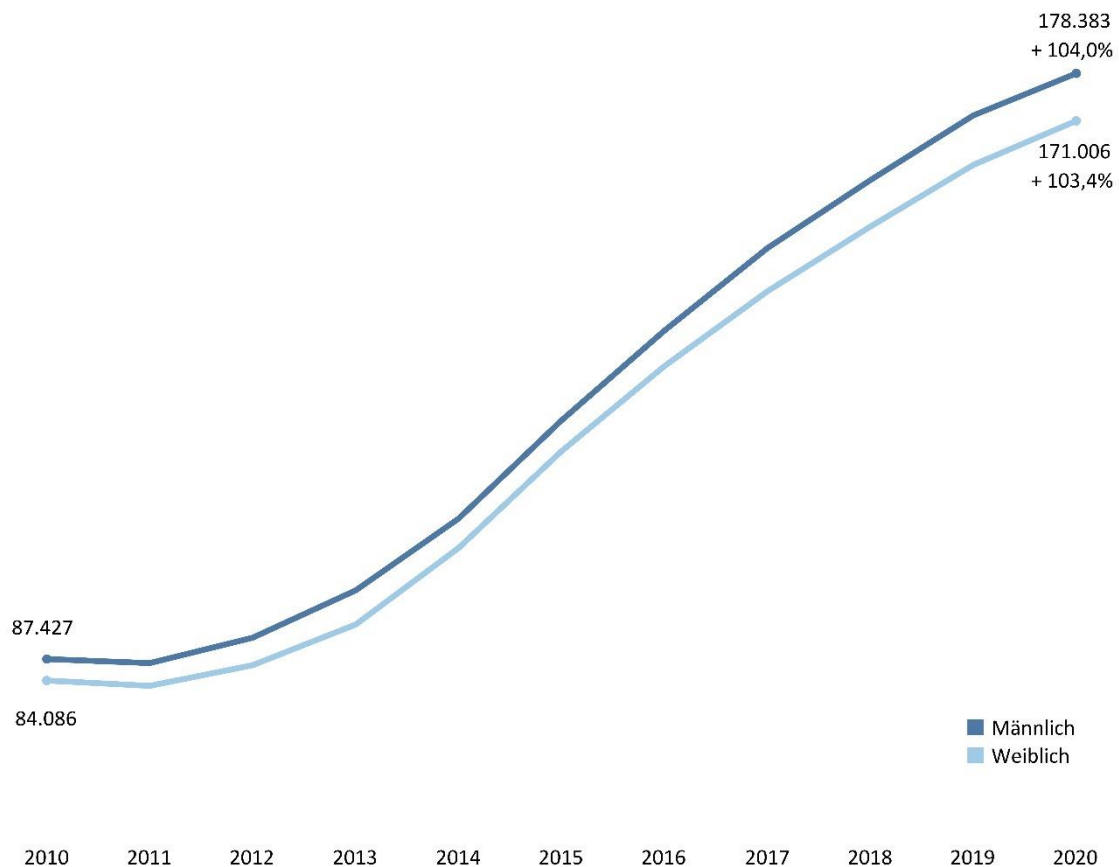


Abbildung 16: Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Geschlecht

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k © Minor

Die Entwicklung der Zahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland nach Geschlecht weist keine demografischen Auffälligkeiten auf und folgt einer für Deutschland und die EU natürlichen demografischen Entwicklung, mit einem leichten Überhang männlicher Personen (siehe auch Abbildung 11). Sowohl in Deutschland geborene als auch insbesondere die eingewanderten Schüler*innen aus der EU, die zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 deutsche Schulen besucht haben, deuten auf Familiengründungen und Familiennachzug hin, was für den längerfristigen Verbleib der Elterngeneration spricht.

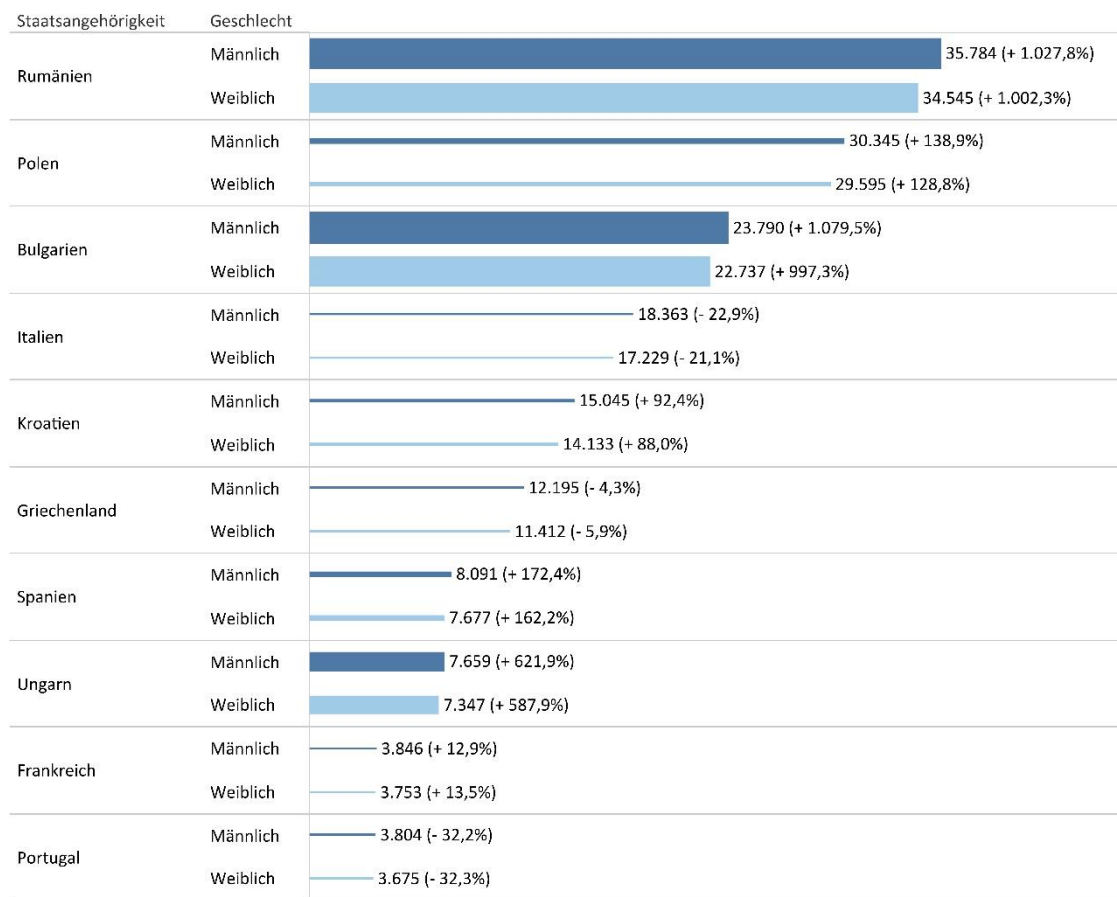


Abbildung 17: Top-10 der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit im Schuljahr 2020/21 in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Auch unter den Top-10 Herkunftsstaaten der EU-Schüler*innen sind keine besonderen Entwicklungen oder Auffälligkeiten nach Geschlecht festzustellen. Die Zunahme der Zahlen der Schüler*innen mit einer EU-Staatsangehörigkeit stieg für beide Geschlechter gleichermaßen an.

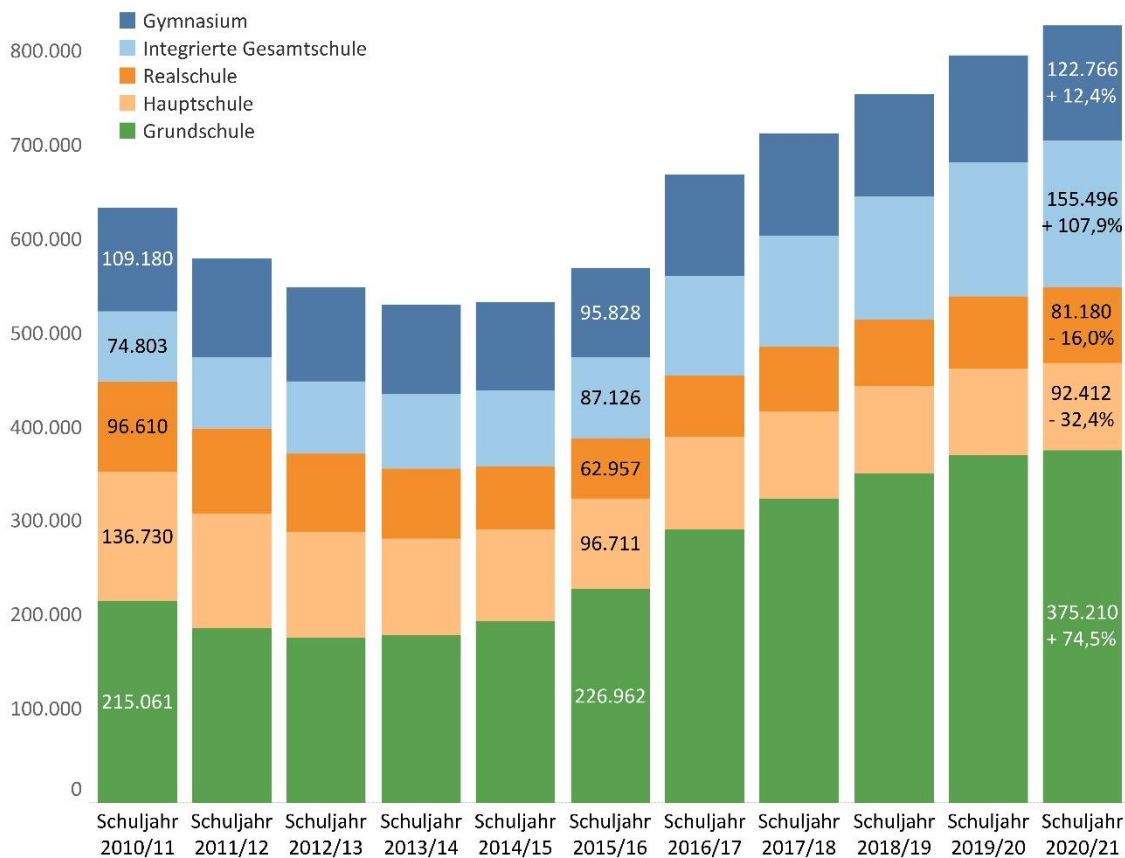


Abbildung 18: Anzahl nicht-deutscher Schüler*innen in Deutschland im Schuljahr 2020/21 nach ausgewählten Schularten⁷ und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Die Zunahme der Zahl nicht-deutscher Schüler*innen zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 ist mehrheitlich auf die steigende Zahl der Grundschüler*innen zurückzuführen. Diese wiederum ist vordergründig auf den zahlenmäßigen Anstieg der Schüler*innen aus den EU-11-Staaten zurückzuführen. Aufgrund von Familiengründungen bzw. des Familiennachzugs von Personen, die im Zuge der Fluchtmigration 2015/16 nach Deutschland kamen, ist davon auszugehen, dass die Anzahl nicht-deutscher Grundschüler*innen bzw. deutscher Grundschüler*innen mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren weiter steigt. Die Zahl der Erstklässler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit dürfte hingegen in den kommenden Jahren eher zurückgehen und die der Schüler*innen insgesamt mit EU-Staatsangehörigkeit auf hohem Niveau stagnieren, da sich das Einwanderungspotenzial aus den EU-11- bzw. EU-2-Staaten wegen des zunehmenden demografischen Wandels in diesen Staaten kontinuierlich erschöpfen wird (Becker & Komitowski 2022: 24).

⁷ Eine zusätzliche Ausdifferenzierung nach Staatsangehörigkeit ist bei den öffentlich zugänglichen Statistiken nicht vorhanden.

Sofern die Bedingungen in Deutschland die Eltern dieser Schüler*innen zu einem Verbleib im Land bewegen, werden in den kommenden Jahren hunderttausende Kinder aus eingewanderten Familien das deutsche Schulsystem durchlaufen und im Anschluss eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Im besten Fall entscheiden sie sich dann ihrerseits dafür, in Deutschland zu bleiben.

Hierfür sollte insbesondere deshalb alles getan werden, da Deutschland in den nächsten fünfzehn Jahren vor einer beispiellosen Pensionierungswelle der größten deutschen Generation aller Zeiten, der sog. Babyboomer, steht. Der Fachkräfteengpass wird sich dadurch noch einmal deutlich verschärfen. Demgegenüber hatten unter allen Schüler*innen in Deutschland, die eine allgemeinbildende Schule ohne einen Abschluss verließen, 72,6 % einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2022m: 49). Die gravierenden Versäumnisse im Bildungsbereich, die zu dieser Situation geführt haben, müssen dringend behoben werden. Deutschland kann es sich nicht leisten, weiterhin Potenziale zu verschenken.

4.2. Sachsen-Anhalt: Häufigste Staatsangehörigkeiten der Schüler*innen aus der EU

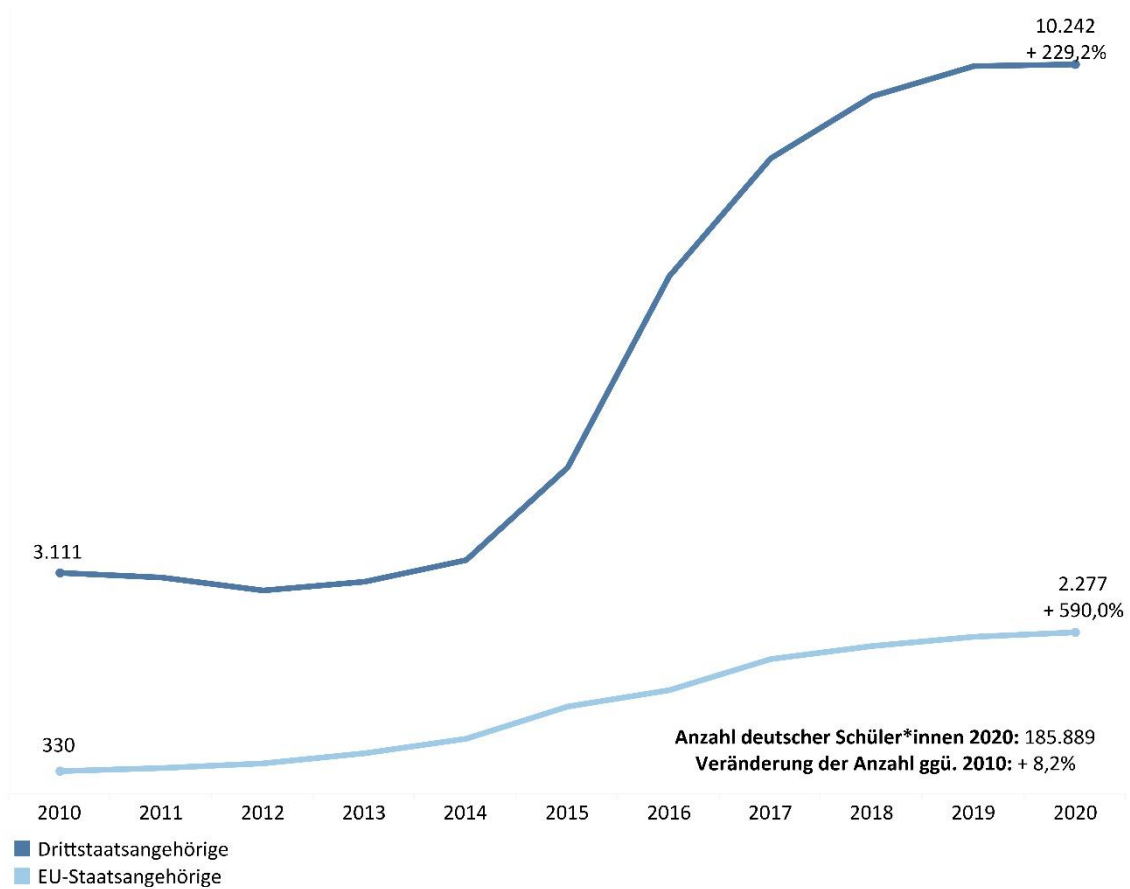


Abbildung 19: Entwicklung der Anzahl von Schüler*innen in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Staatsangehörigkeit

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k © Minor

Im Gegensatz zur bundesweiten Entwicklung, stieg in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 die Zahl deutscher Schüler*innen um 8,2 % auf 185.889 an. Die Zahlen der Schüler*innen mit EU- bzw. Drittstaatsangehörigkeit wiesen im gleichen Zeitraum eine wesentlich höhere Wachstumsrate auf, allerdings gingen sie von einem sehr viel niedrigeren Niveau aus.

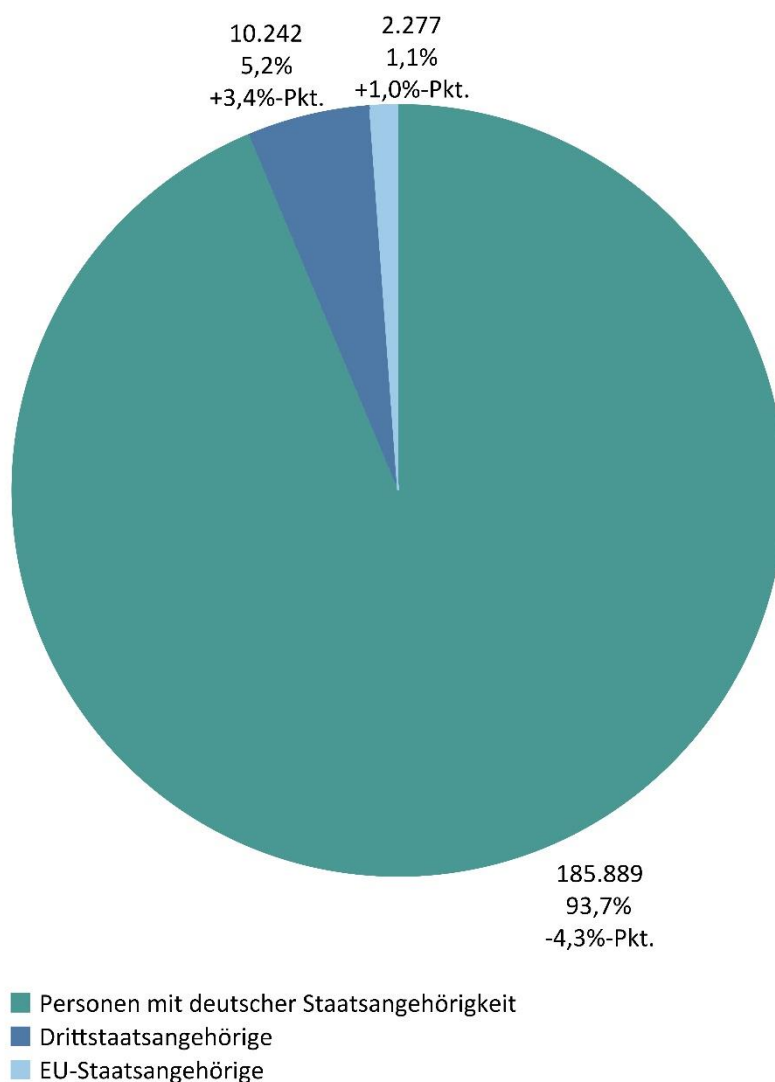


Abbildung 20: Anzahl an Anteil von Schüler*innen in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2020/21 nach Staatsangehörigkeit und die Veränderung des Anteils ggü. Schuljahr 2010/11 in Prozentpunkten
 Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Das höhere Wachstum der Zahlen von Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit sowie derjenigen mit Drittstaatsangehörigkeit ist auch für die Zunahme ihrer Anteile an allen Schüler*innen in Sachsen-Anhalt verantwortlich. So stieg der Anteil der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 um einen Prozentpunkt auf 1,1 % an.

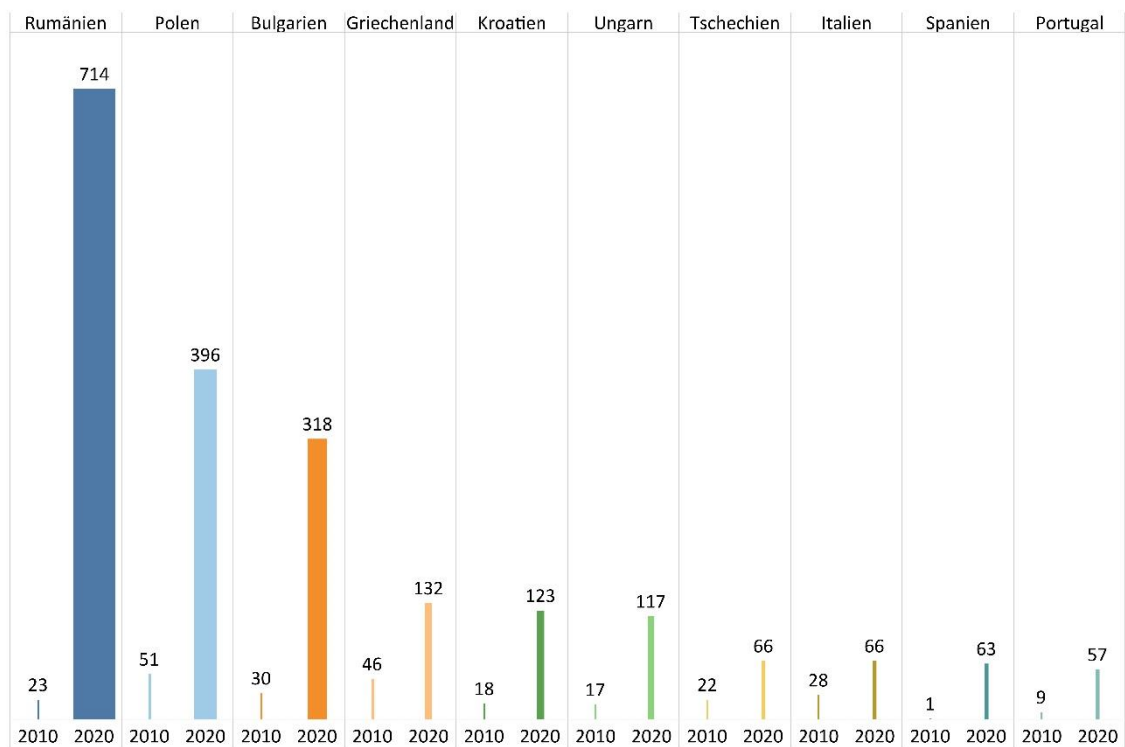


Abbildung 21: Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt in den Schuljahren 2020/21 und 2010/11 (Breite der Balken)

Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Der Anstieg der Zahl von Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 ging mehrheitlich auf den Anstieg der Zahl der Schüler*innen mit rumänischer, polnischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit zurück. Mit den zur Verfügung stehenden Daten können keine Aussagen über das Alter der Schüler*innen, die Schularten, die sie besuchen und ihre geografische Verteilung getroffen werden. Dafür benötigte Statistiken müssten im Rahmen einer Sonderauswertung erfragt werden, für die entsprechende zeitliche Ressourcen einzuplanen sind.

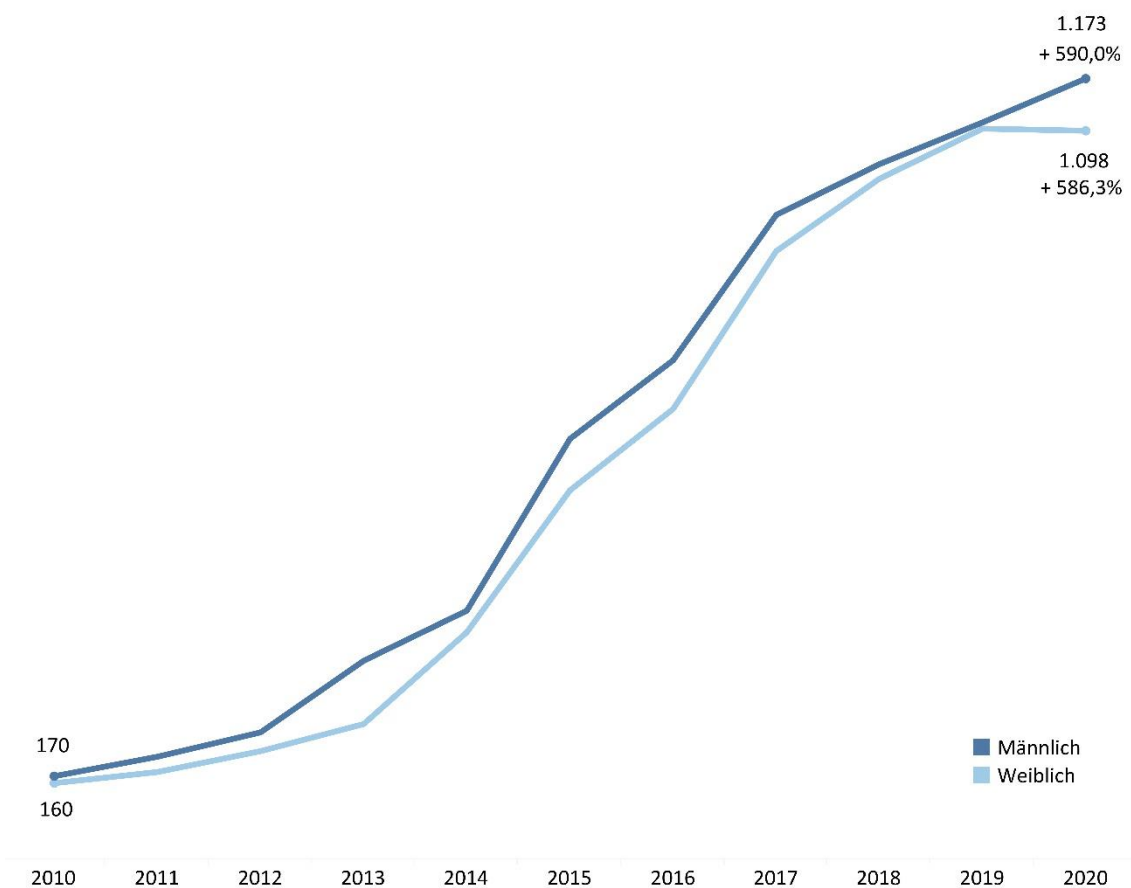


Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Geschlecht

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k © Minor

Auch die Entwicklung der Zahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht weist keine Unregelmäßigkeiten auf. Einzig der Rückgang der Zahl von Schülerinnen im Schuljahr 2020/21 bei weiterhin steigender Zahl der Schüler dieser Gruppe im gleichen Schuljahr wirft die Fragen auf, ob diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie steht und warum nur die Zahl der Schülerinnen zurückgegangen ist. Ob sich die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen mit EU-Staatsangehörigkeit wieder auf den vorgezeichneten Pfad zurückbegeben wird oder es sich um eine neue und dauerhafte Entwicklung handelt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

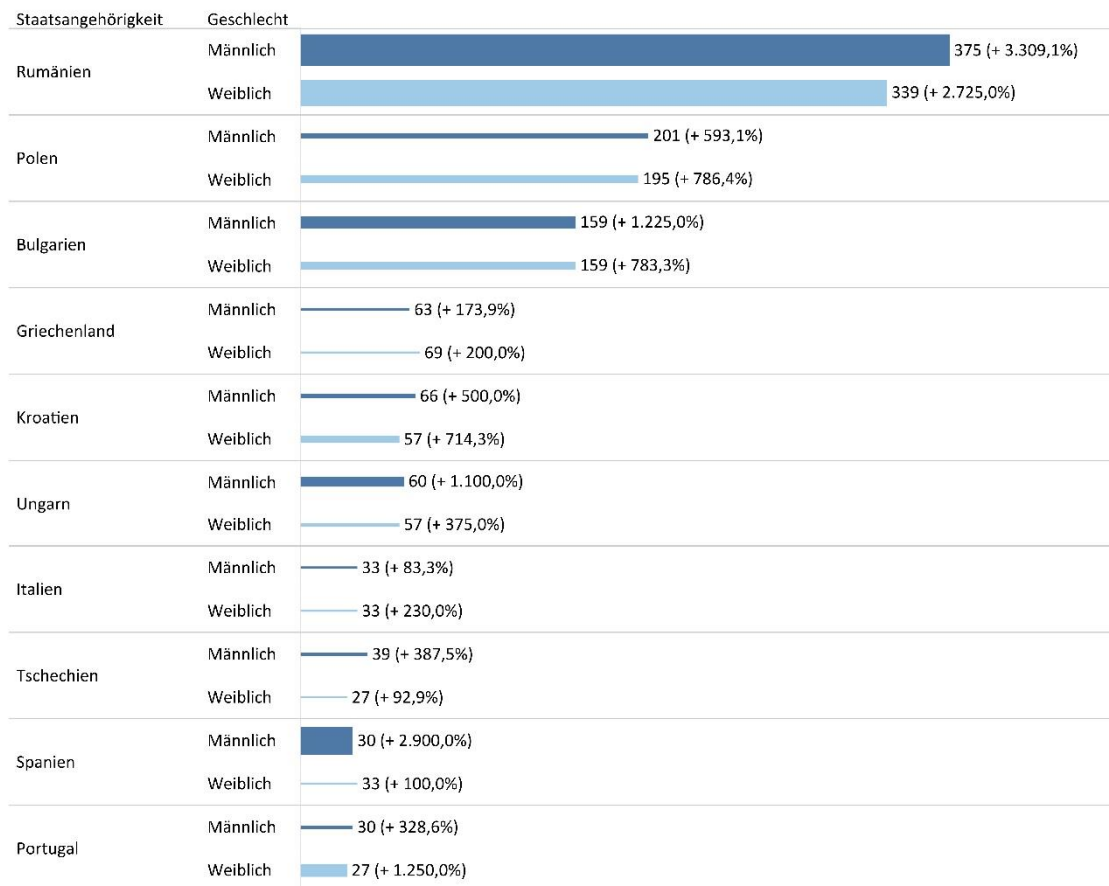


Abbildung 23: Top-10 Staatsangehörigkeitsgruppen der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit im Schuljahr 2020/21 in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k, 2011 © Minor

Wie auch im gesamtdeutschen Kontext sind unter den Top-10 Staatsangehörigkeitsgruppen der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit keine besonderen Entwicklungen oder Auffälligkeiten nach Geschlecht festzustellen.

4.3. EU-Bürger*innen in der Ausbildung (Daten deutschlandweit)

Viele Unternehmen in Deutschland klagen zunehmend über Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass die Anzahl an Bewerber*innen in den letzten Jahren von 547.824 im Berichtsjahr 2016/17 auf 422.400 im Jahr 2021/22 zurückgegangen ist (Bundesagentur für Arbeit 2022a). Dies bedeutet einen Rückgang um 125.424 Personen.

Im Berichtsjahr 2019/20 wurden insgesamt 530.265 Berufsausbildungsstellen gemeldet, 41.717 weniger als im Vorjahr. Von den 530.265 gemeldeten Berufsausbildungsstellen blieben den Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge 59.948 unbesetzt, was einem Zuwachs von 11,4 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Zeitgleich ist auch ein Anstieg an unversorgten Bewerber*innen auf 29.349 zu verzeichnen, 16,4 % mehr als ein Jahr zuvor (Bundesagentur für Arbeit 2021). Im Berichtsjahr 2021/22 stieg die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen auf 545.960 an, blieb jedoch weiterhin unter dem Niveau des Berichtsjahres 2018/19. Die Zahl der gemeldeten Bewerber*innen für Berufsausbildungsstellen sank zwischen den Berichtsjahren 2019/20 und 2021/22 um mehr als fünfzigtausend auf 422.400 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2022a). Auch die Zahlen der versorgten und unversorgten Bewerber*innen sanken im gleichen Zeitraum von 443.632 auf 399.715 (versorgte Bewerber*innen) bzw. von 29.349 auf 22.685 (unversorgte Bewerber*innen), während der Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen sich von 59.948 auf 68.868 erhöhte (Bundesagentur für Arbeit 2022a).

Zwischen den unversorgten Bewerber*innen und unbesetzten Stellen herrscht eine Inkongruenz, die u. a. auf regionale Disparitäten, fehlende Attraktivität einiger Berufe und ausgeschriebener Stellen sowie mangelnde Ausbildungsfähigkeit einiger Bewerber*innen zurückgeführt werden kann. Der Trend der letzten Jahre zur Abnahme der gemeldeten Berufsausbildungsstellen bei gleichzeitig nur leicht sinkender Zahl der unversorgten Bewerber*innen bzw. steigender Zahl unbesetzter Berufsausbildungsstellen gibt Anlass zur Sorge hinsichtlich der Sicherstellung des zukünftigen Fachkräfteangebots für den Standort Deutschland. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie 2020 (und 2021) sorgten für wirtschaftliche Unsicherheit in Betrieben, fehlende Ausbildungsmessen und kaum verfügbare Praktika-Plätze, womit sich die bereits bestehende Krise auf dem Ausbildungsmarkt noch zusätzlich verschärfte (Ebbinghaus 2021: 14ff.). Der „Corona-Knick 2020“ auf dem Ausbildungsmarkt verstärkte offensichtlich den bereits seit Jahren bestehenden Trend zum Rückgang der Ausbildungszahlen. Die wirtschaftliche Belebung 2021 und Anfang 2022 und die damit verbundene Verbesserung der Auftragslage in den Unternehmen haben den längerfristigen Trend nicht umkehren können.

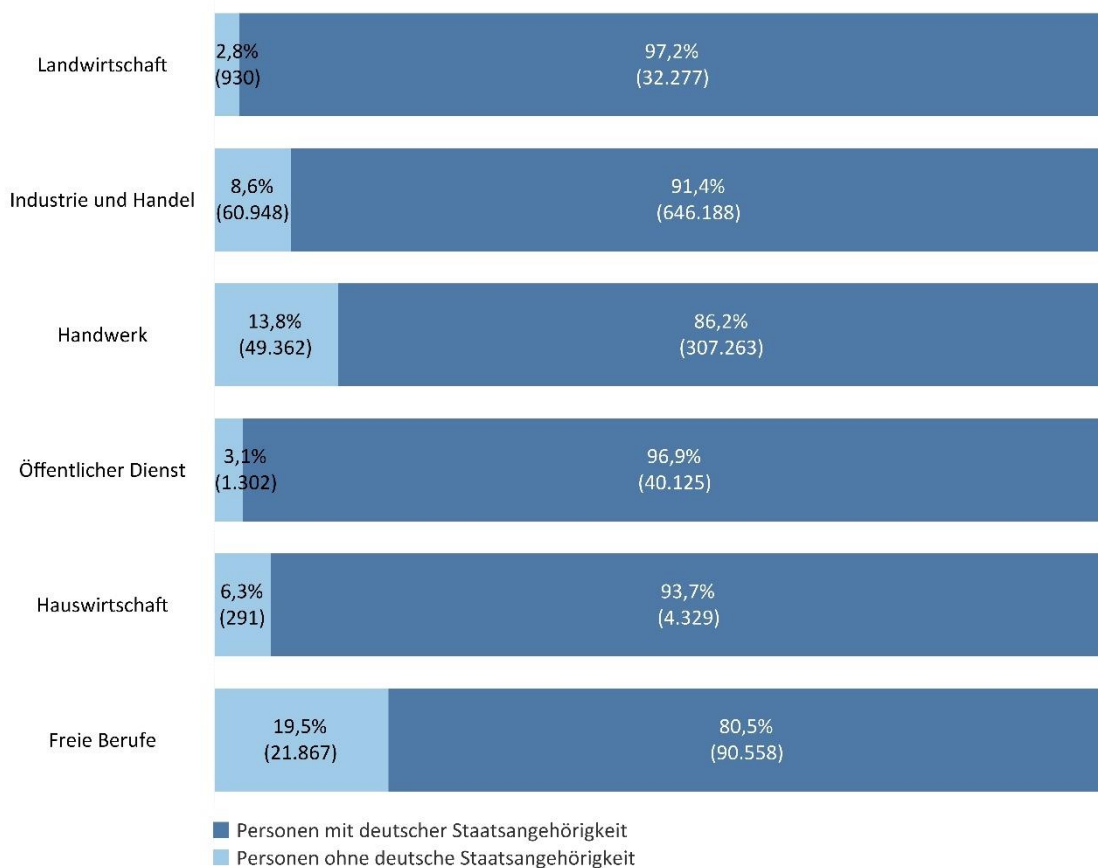


Abbildung 24: Anzahl und Anteil der Auszubildenden 2021 in Deutschland mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Ausbildungsbereichen

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022k © Minor

Die meisten Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland absolvierten ihre Ausbildung 2021 in den drei größten Ausbildungsbereichen Freie Berufe, Handwerk sowie Industrie und Handel. Während 2021 insgesamt rund 5,1 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt waren (Statistisches Bundesamt 2022t), verzeichneten die repräsentativen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020 insgesamt rund 938.000 Beschäftigte (Statistisches Bundesamt 2021e). Die Anzahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit war 2021 in den beiden Ausbildungsbereichen jedoch fast identisch. 2020 betrug der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die älter als 55 Jahre sind, insgesamt 26,2 % (1.304.055) (eigene Berechnungen basierend auf Statistisches Bundesamt 2021b). Um die drohenden Engpässe in diesem Bereich abzumildern, müssen in den kommenden fünfzehn Jahren die Bemühungen, Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu gewinnen, deutlich verstärkt werden.

INFOBOX „Freie Berufe“

Von den über 300 dualen Ausbildungsberufen (rechtliche Grundlage bildet das Berufsbildungsgesetz bzw. die Handwerksordnung) zählen folgende zum Ausbildungsbe-
reich der Freien Berufe:

- Medizinische*r Fachangestellte*r
- Zahnmedizinische*r Fachangestellte*r
- Tiermedizinische*r Fachangestellte*r
- Pharmazeutisch-Kaufmännische*r Angestellte*r
- Rechtsanwaltsfachangestellte*r
- Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte*r
- Patentanwaltsfachangestellte*r
- Notarfachangestellte*r
- Steuerfachangestellte*r

Neben diesen Ausbildungsberufen werden auch Bauzeichner*innen, Vermessungs-
techniker*innen und Bürokaufleute in freiberuflichen Praxen und Büros ausgebildet.

Diese Ausbildungsvertragsverhältnisse werden jedoch bei den hierfür zuständigen In-
dustrie- und Handelskammern registriert und damit auch dort statistisch erfasst
(Bundesverband der Freien Berufe 2022).

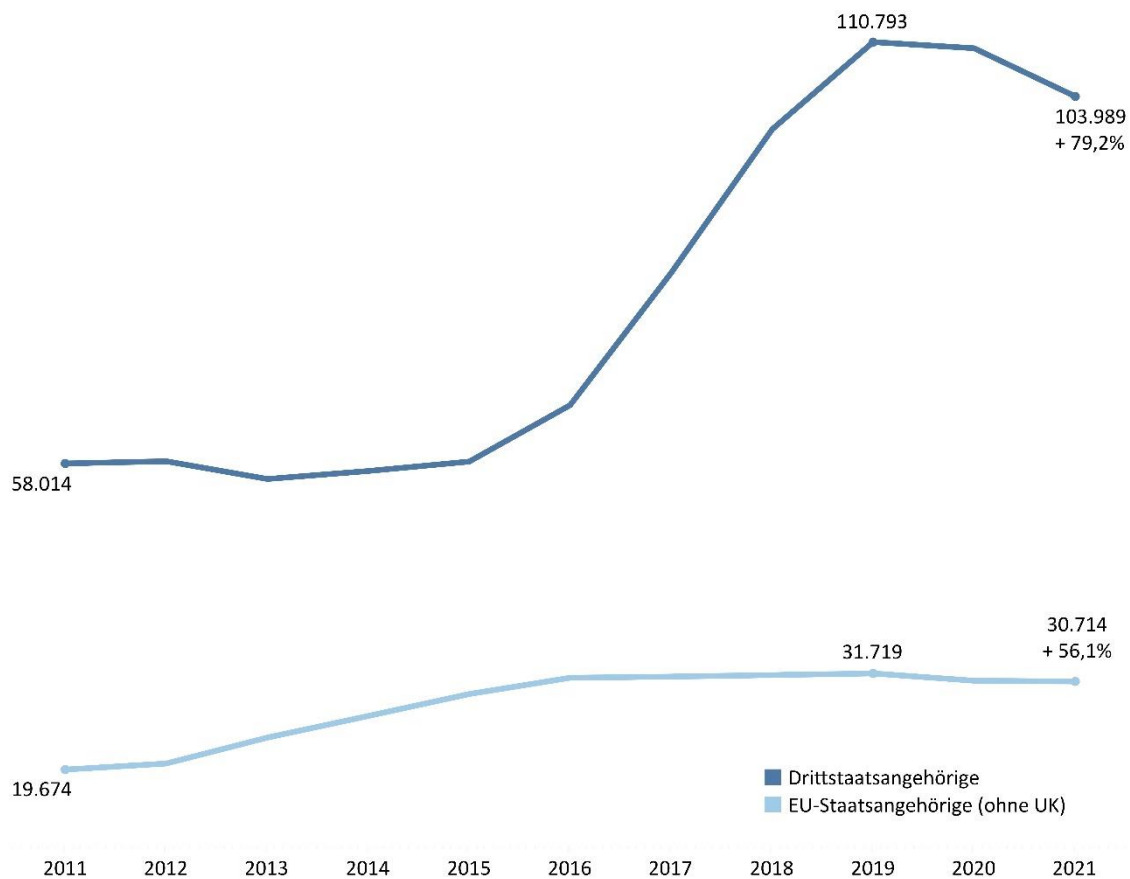


Abbildung 25: Entwicklung der Auszubildendenzahl 2011-2021 nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Auszubildendenzahl 2021 ggü. 2011 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022l, 2021a, 2020a, 2019b, 2018a, 2017a, 2016a, 2015, 2014, 2013, 2012 © Minor

2019 markierte das Jahr mit der höchsten Anzahl Auszubildender mit EU-Staatsangehörigkeit (31.719) und Drittstaatsangehörigkeit (110.793) in Deutschland. In den kommenden zwei Jahren sank die Zahl der Auszubildenden, lag 2021 jedoch weiterhin über den Werten von 2011. Aufgrund steigender Zahlen der Grundschüler*innen (Abbildung 18) ist in den kommenden Jahren mit steigenden Zahlen der Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu rechnen, sofern die Ausbildungsberufe sich a) im Wettbewerb mit den Studienplätzen behaupten können und b) die Quote nicht-deutscher Schulabgänger*innen ohne einen Abschluss gesenkt wird.

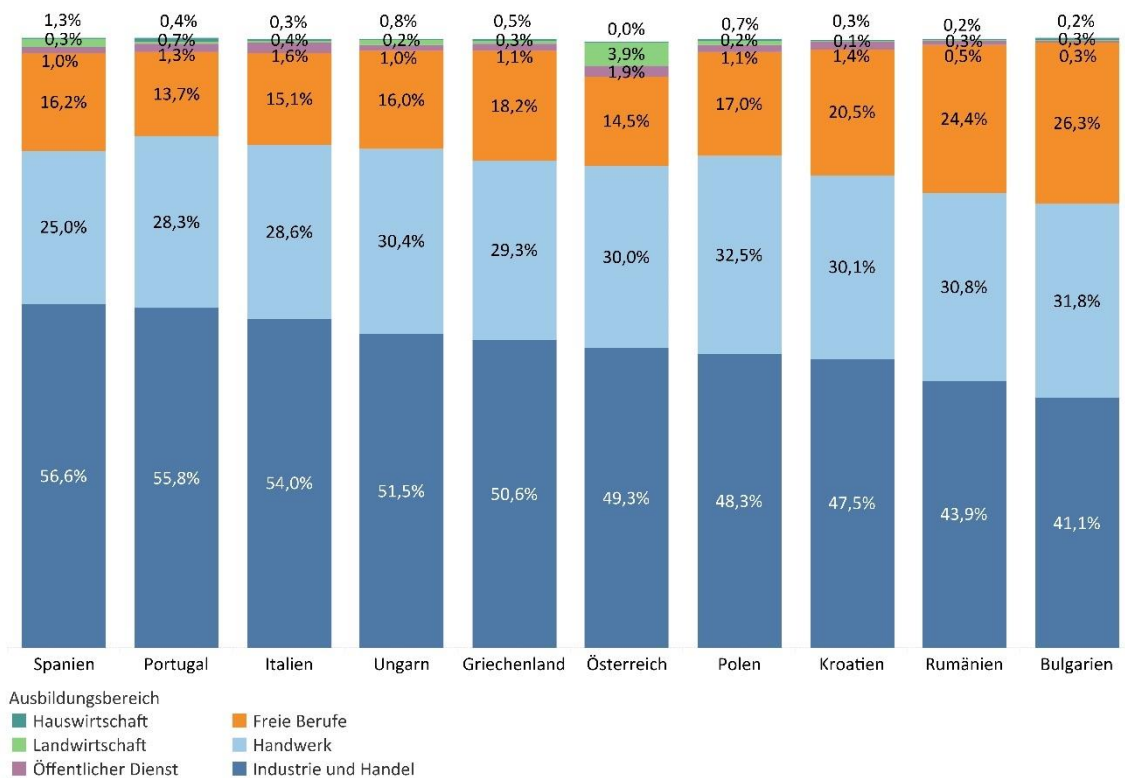


Abbildung 26: Top-10 der EU-Staatsangehörigkeiten von Auszubildenden 2021 in Deutschland nach Ausbildungsbereich

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022 | © Minor

Industrie und Handel war 2021 unter allen Auszubildenden der Top-10 EU-Staatsangehörigkeiten in Deutschland der am stärksten besetzte Ausbildungsbereich, gefolgt von den Bereichen Handwerk und Freie Berufe. Innerhalb der einzelnen Staatsangehörigkeiten sind erhebliche Differenzierungen bei den Anteilen der Ausbildungsbereiche festzustellen. Knapp 57 % aller Auszubildenden mit spanischer Staatsangehörigkeit absolvierten ihre Berufsausbildung im Bereich Industrie und Handel. Gleichzeitig wiesen sie die geringsten Anteile im Ausbildungsbereich Handwerk auf. Dem gegenüber absolvierten lediglich 41 % der bulgarischen Staatsangehörigen ihre Berufsausbildung im Bereich Industrie und Handel, während sie in den Ausbildungsbereichen Handwerk und Freie Berufe die höchsten Anteile Auszubildender unter den Top-10 EU-Staatsangehörigkeiten aufwiesen.

Wie diese Aufteilung bei den EU-Staatsangehörigen zustande kommt, welche Schwerpunkte in den einzelnen Bundesländern festzustellen und wodurch diese bedingt sind, kann im Rahmen der vorliegenden Studie nicht beantwortet werden. Hierfür wäre eine vertiefende Untersuchung notwendig.

Ausbildungsberuf		
	Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r)	4.344 (2,4)
	Medizinische(r) Fachangestellte(r)	2.970 (2,2)
	Verkäufer/in	2.703 (1,5)
	Kraftfahrzeugmechatroniker/in	2.502 (2,3)
	Friseur/in	2.286 (1,3)
	Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	2.244 (1,5)
	Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	2.220 (2,8)
	Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement	1.878 (0,8)
	Elektroniker/in	1.608 (3,0)
	Hotelfachmann/-fachfrau	1.578 (1,2)
	Koch/Köchin	1.449 (1,4)
0 - 1 Kein Anzeichen eines Engpasses		
1 - 2 Schwache Anzeichen eines Engpasses	Maler/in und Lackierer/in	1.269 (2,3)
2 - 3 Anzeichen eines Engpasses	Fachinformatiker/in	1.071 (2,2)
	Fachkraft für Lagerlogistik	987 (1,3)
	Fachkraft im Gastgewerbe	822 (1,2)
	Restaurantfachmann/-fachfrau	810 (1,2)
	Fachlagerist/in	798 (1,3)
	Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk	786 (2,5)
	Steuerfachangestellte(r)	717 (2,5)
	Maschinen- und Anlagenführer/in	708 (1,0)

Abbildung 27: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2021 in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit und die Gesamtbewertung der Engpassanalyse entsprechender Berufe für das Anforderungsniveau Fachkraft in Deutschland (Zahl in Klammern)

Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022l; Bundesagentur für Arbeit 2022d © Minor

Bundesweit zählten 2021 von den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit insgesamt neun zu den Berufen mit Anzeichen eines Engpasses. Weitere neun wiesen bereits schwache Anzeichen eines Engpasses auf, die sich in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels ebenfalls zu Engpassberufsgruppen entwickeln werden. Die Bedeutung jedes*jeder einzelnen dieser Absolvent*innen für den deutschen Arbeitsmarkt wird weiter zunehmen. Um sie nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung längerfristig in Deutschland zu halten, sollten seitens der Arbeitsmarktakteure frühzeitig Bedarfe für ein erfolgreiches Integrationsmanagement vor Ort identifiziert und damit verbundene nötige Schritte entsprechend umgesetzt werden.

4.4. Auszubildende ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt

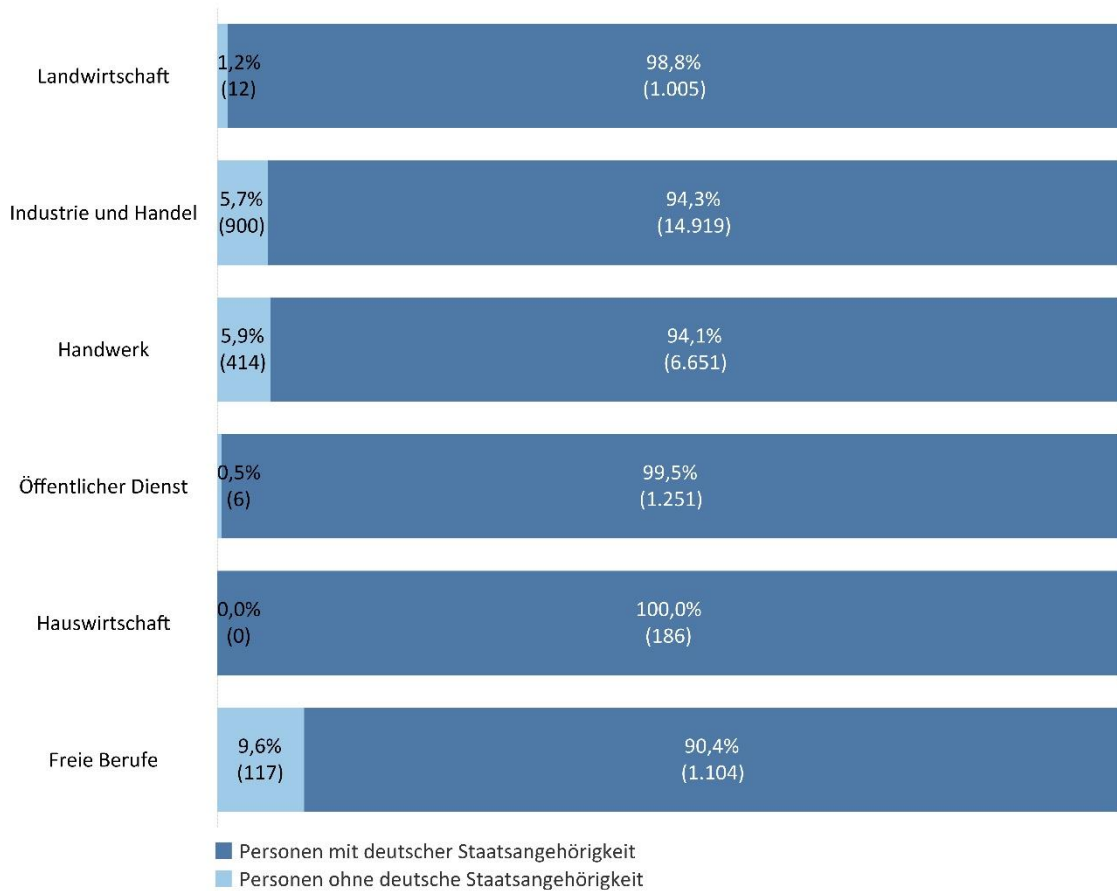


Abbildung 28: Anzahl und Anteil der Auszubildenden 2021 in Sachsen-Anhalt mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Ausbildungsbereichen

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022 | © Minor

Wie in Gesamtdeutschland absolvierten auch in Sachsen-Anhalt die meisten Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit ihre Ausbildung 2021 in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk und Freie Berufe. Anteilig an allen Auszubildenden stellten diejenigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Ausbildungsbereich Freie Berufe den größten Anteil dar. Während für Gesamtdeutschland die Anteile von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Ausbildungsbereichen Öffentlicher Dienst und Landwirtschaft ähnlich waren, zeigt sich für Sachsen-Anhalt, dass ein Ausbildungsplatz im Öffentlichen Dienst noch seltener von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit besetzt wird. An dieser Stelle bedarf es insbesondere aufgrund der Altersstruktur, wie auch für Gesamtdeutschland, einer dringlichen Gegensteuerung.

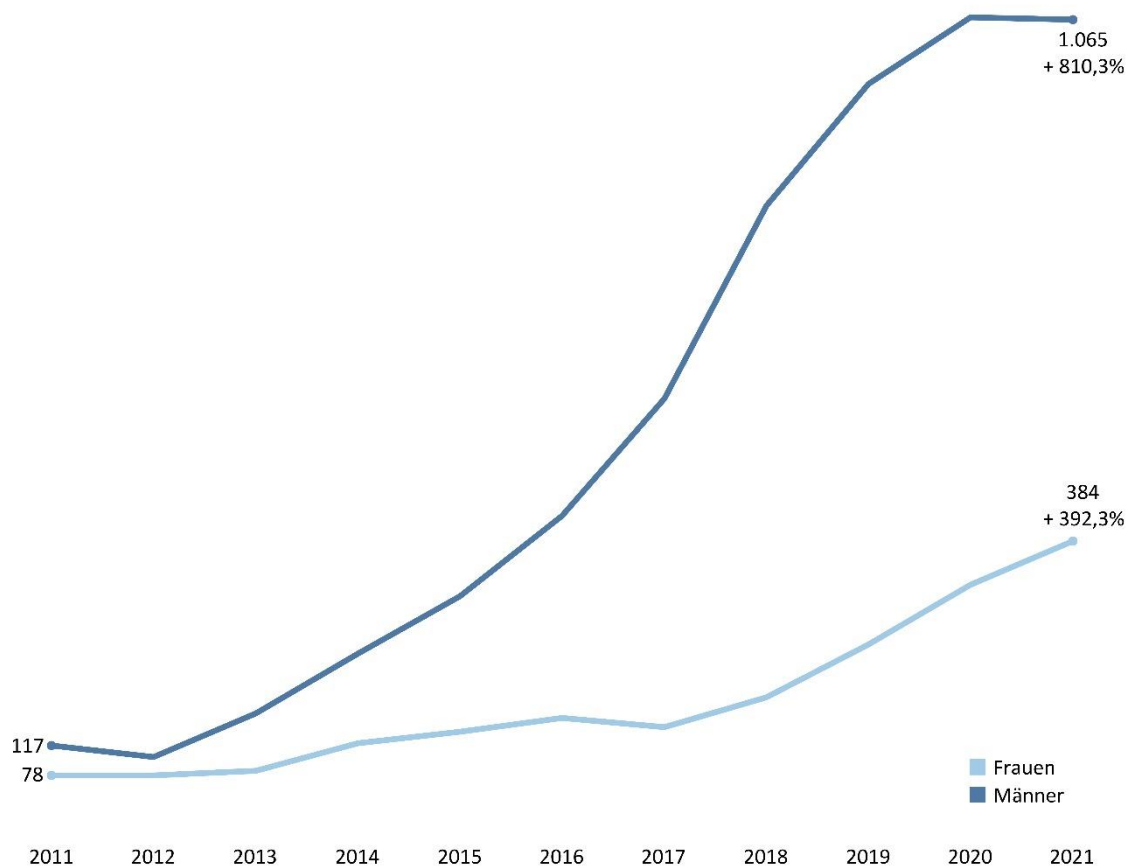


Abbildung 29: Anzahl der Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Geschlecht in Sachsen-Anhalt 2021 und die Veränderung der Anzahl ggü. 2011 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022I, 2021a, 2020a, 2019b, 2018a, 2017a, 2016a, 2015, 2014, 2013, 2012 © Minor

Die Zahl männlicher Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt erfuhr zwischen 2012 und 2020 einen starken Zuwachs, bevor sie 2021 stagnierte. Es bleibt abzuwarten, ob die Zahl 2022 auf den alten Wachstumspfad zurückkehrt oder ob 2021 eine vorläufige Trendwende in der Entwicklung markiert, bevor, eines Verbleibs der Eltern vorausgesetzt, die stärkeren Kohorten im Grundschulalter das Schulsystem durchlaufen haben und einen Eingang auf den Ausbildungsmarkt finden werden.

Anders verlief die bisherige Entwicklung der Zahl weiblicher Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt. Nach einer leichten Wachstums- bzw. Stagnationsphase zwischen 2011 und 2017 stieg die Zahl bis einschließlich 2021 kontinuierlich an.

Diese konträre Entwicklung bedürfte einer vertieften Untersuchung, um sowohl positive als auch negative Gründe hierfür zu identifizieren und entsprechend (gegen)steuern zu können.

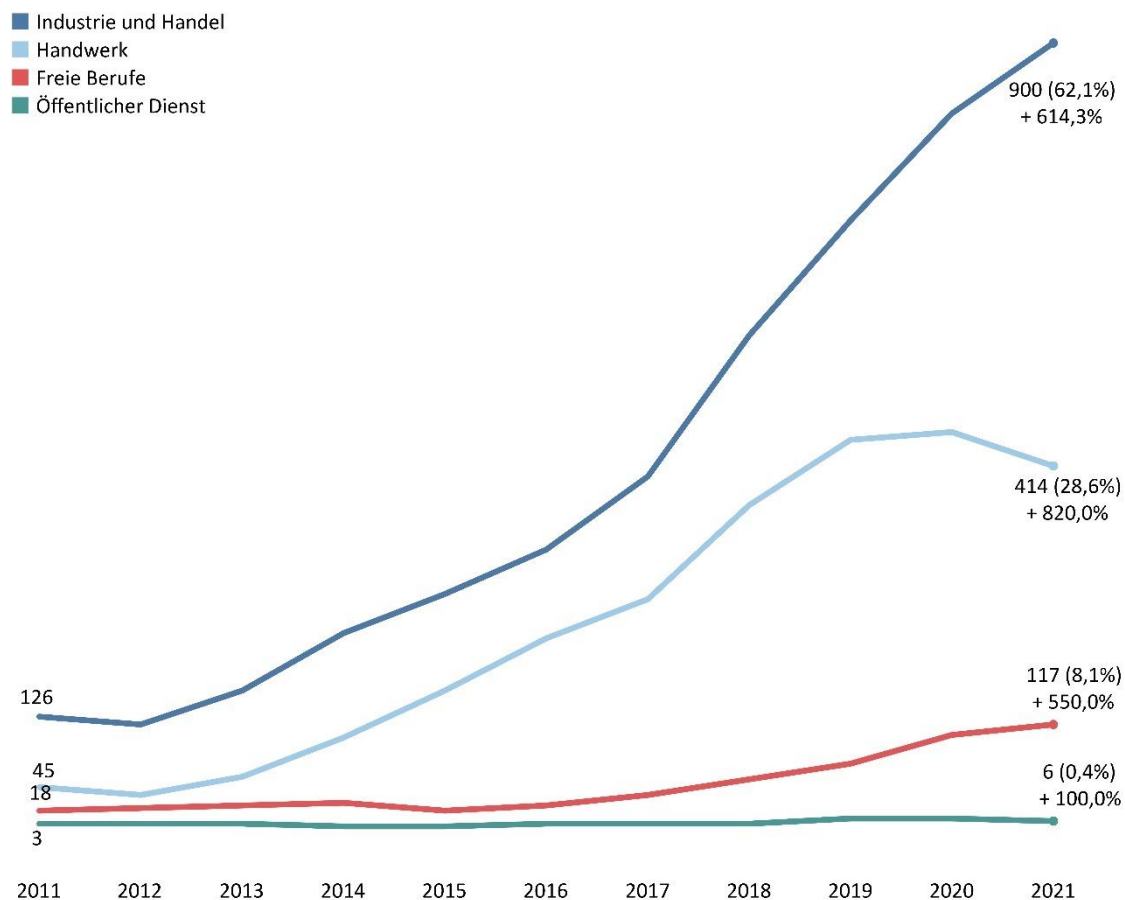


Abbildung 30: Entwicklung der Anzahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Ausbildungsbereichen zwischen 2011 und 2021 und die Veränderung der Anzahl 2021 ggü. 2011 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022l, 2021a, 2020a, 2019b, 2018a, 2017a, 2016a, 2015, 2014, 2013, 2012 © Minor

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Ausbildungsbereichen auf einer Zeitschiene zwischen 2011 und 2021, fällt ein quasi-exponentielles Wachstum der Auszubildendenzahl im Ausbildungsbereich Industrie und Handel auf. Der Entwicklung der Zahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Ausbildungsbereich Freie Berufe könnte in Sachsen-Anhalt zum großen Teil auf weibliche Auszubildenden zurückgehen, da die Entwicklungslinie die in Abbildung 29 nahezu identisch nachbildet. Die Stagnation bei der männlichen Auszubildendenzahl 2021 geht auf die Stagnation bzw. den Rückgang der Auszubildendenzahl im Ausbildungsbereich Handwerk zwischen 2019 und 2021 zurück. Um die Gründe hierfür näher zu beleuchten, wäre eine vertiefende Untersuchung nötig.

In den zehn Jahren zwischen 2011 und 2021 stieg die Zahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst in Sachsen-Anhalt nie über sechs Personen. Hier sollte dringend gegengesteuert werden, um zu verhindern, dass die Teilhabe von EU- und Drittstaatsangehörigen am Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt unter Ausschluss des öffentlichen Dienstes stattfindet.

4.5. EU-Staatsangehörige an deutschen Hochschulen (Daten deutschlandweit)

Im Jahr 2021 studierten weltweit 5,6 Millionen Studierende außerhalb ihres Herkunftslandes (Studentenwerke 2022). Deutschland gilt dabei als beliebtester Studienstandort unter den nicht-englischsprachigen Ländern und belegt Platz vier hinter den USA, Großbritannien und Australien (Studentenwerke 2022).

Für die Bundesrepublik stellen internationale Studierende im Zuge der Globalisierung zunehmend eine wirtschaftliche, außenpolitische und gesellschaftliche Bereicherung dar, indem sie als Brückenbauer*innen zwischen Deutschland und ihren Herkunftsländern agieren. Zudem spielen sie für die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs und die Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels eine bedeutende Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland (Komitowski et al. 2018; Bouchara 2015). So besteht auch in den kommenden Jahren ein hoher Bedarf insbesondere an Hochschulabsolvent*innen der Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften, Humanmedizin, Gesundheits- sowie Ingenieurwissenschaften. Absolvent*innen aus EU- und Drittstaaten spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Damit diese nach Abschluss ihres Studiums längerfristig in Deutschland verbleiben, sollten seitens Politik und Gesellschaft gezielte Maßnahmen und Strategien zu ihrer Verankerung und erfolgreichen Integration in den deutschen Arbeitsmarkt deutlich stärker als bisher in den Fokus genommen werden.

Die Studienabbruchsquoten bei den Studierenden aus der EU sind weiterhin auf einem bedenklich hohen Niveau und übersteigen die der deutschen Studierenden (Becker 2021a: 131ff.). Relativierend ist jedoch festzustellen, dass es statistisch nicht nachvollzogen werden kann, ob bei der Rückkehr in die Herkunftsstaaten ein Studienabschluss erreicht wird. Nichtsdestotrotz bedeutet der Studienabbruch in den meisten Fällen den Wegzug aus Deutschland, was u. a. auch darauf zurückzuführen ist, dass Studienabbrecher*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bisher kaum in das Blickfeld der Fachkräftepotenzialsicherung gerückt wurden.

Aufenthaltsrechtliche Fragen spielen beim Arbeitsmarktzugang von Absolvent*innen mit EU-Staatsangehörigkeit keine Rolle (Komitowski et al. 2018: 4). Umso mehr gilt es an dieser Stelle, frühzeitig und mithilfe einer gezielten Ansprache der Studierenden die Weichen für ihren Übergang in den deutschen Arbeitsmarkt zu stellen.

Sofern ein erfolgreicher Abschluss eines Studiums in Deutschland vorliegt, haben drittstaatsangehörige Absolvent*innen nach § 20 Abs. 3 AufenthG das Recht, für 18 Monate eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitssuche zu erhalten. Die Datenlage zur Frage, wie viele Absolvent*innen dauerhaft nach einem erfolgreich absolvierten Studium in Deutschland verbleiben, ist mittlerweile veraltet. Studien aus den Jahren 2011

und 2015 beziffern die Verbleibquote bei 26 % (OECD 2011: 69) und 54 % (Hanganu 2015: 3).

Laut den Ergebnissen einer Studie des Sachverständigenrates für Integration und Migration aus dem Jahr 2017 verblieben 69,2 % der aus insbesondere MINT-Fächern befragten internationalen Studierenden in Deutschland (Lokhande 2017; Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2017: 16). Ein Jahr nach der Beendigung ihres Studiums waren drei von zehn Absolvent*innen arbeitssuchend (31,3 %), während vier von zehn einer Erwerbstätigkeit nachgingen, von der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten (37,9 %).

Eine besondere Disparität offenbart sich jedoch bei den mangelnden Deutschkenntnissen internationaler Absolvent*innen. Einerseits ist Internationalisierung und internationaler Wettbewerb um die „The Best and the Brightest“ ein erklärtes Ziel deutscher Universitäten. Darauf erfolgte in den letzten Jahren eine zunehmende sprachliche Internationalisierung des Curriculums. Andererseits wird die erfolgreiche berufliche Integration von Absolvent*innen in Deutschland dadurch beschränkt, dass Arbeitgeber*innen von ihnen in den allermeisten Fällen fließende Deutschkenntnisse erwarten (Schu 2020: 111). Die Forcierung von Infokampagnen der Arbeitgeber*innen in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren des Arbeitsmarktes, Berufsberatungen und Career Centern an Universitäten und Hochschulen, eine gezielte Bewerbung studienvorbereitender und -begleitender Deutschkurse an den DaF-Instituten (Deutsch als Fremdsprache) der Universitäten bzw. des Erlernens der deutschen Sprache in berufsvorbereitenden oder -begleitenden Sprachkursen wären an dieser Stelle empfehlenswert. Auch eine parallele Internationalisierung der Betriebsabläufe und der Sprachverwendung insbesondere in international- und exportorientierten Unternehmen wären überlegenswert, um nicht von vornherein potenzielle Fachkräfte und neue Kolleg*innen auszuschließen.

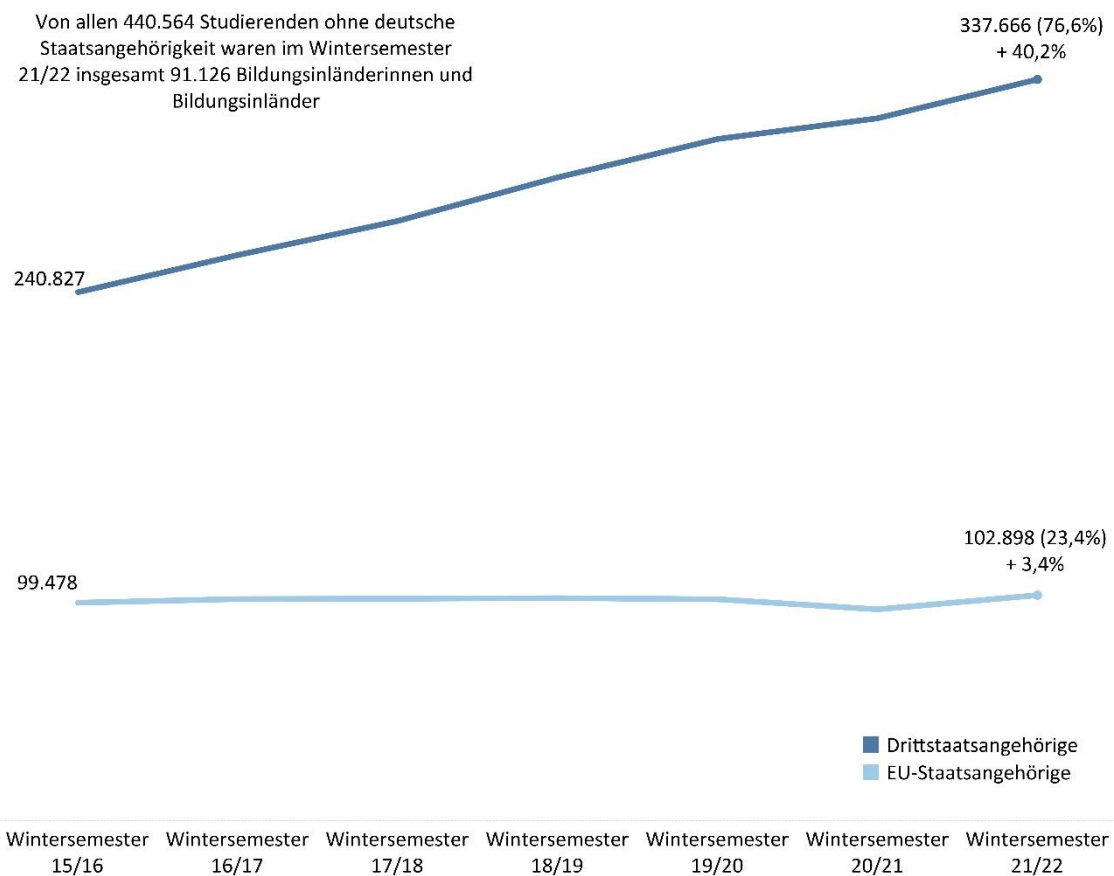


Abbildung 31: Entwicklung der Anzahl Studierender aus EU- und Drittstaaten in Deutschland⁸

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022n, 2021d, 2020b, 2019c, 2018b, 2017b, 2016b © Minor

Im Verlauf der letzten sechs Jahre wurde ein stetiger Zuwachs der Anzahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen verzeichnet. Stieg die Zahl derer aus Drittstaaten zwischen dem Wintersemester 2015/16 und dem Wintersemester 2021/22 um 40,2 % auf 337.666 an, betrug der Zuwachs bei EU-Bürger*innen im gleichen Zeitraum lediglich 3,4 %. Ein Fünftel aller internationalen Studierender in Deutschland 2020/21 waren Bildungsinländer*innen, das heißt sie haben ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben.

⁸ In der Abbildung 31 und Abbildung 32 sind Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs als EU-Staatsangehörige mit eingerechnet.

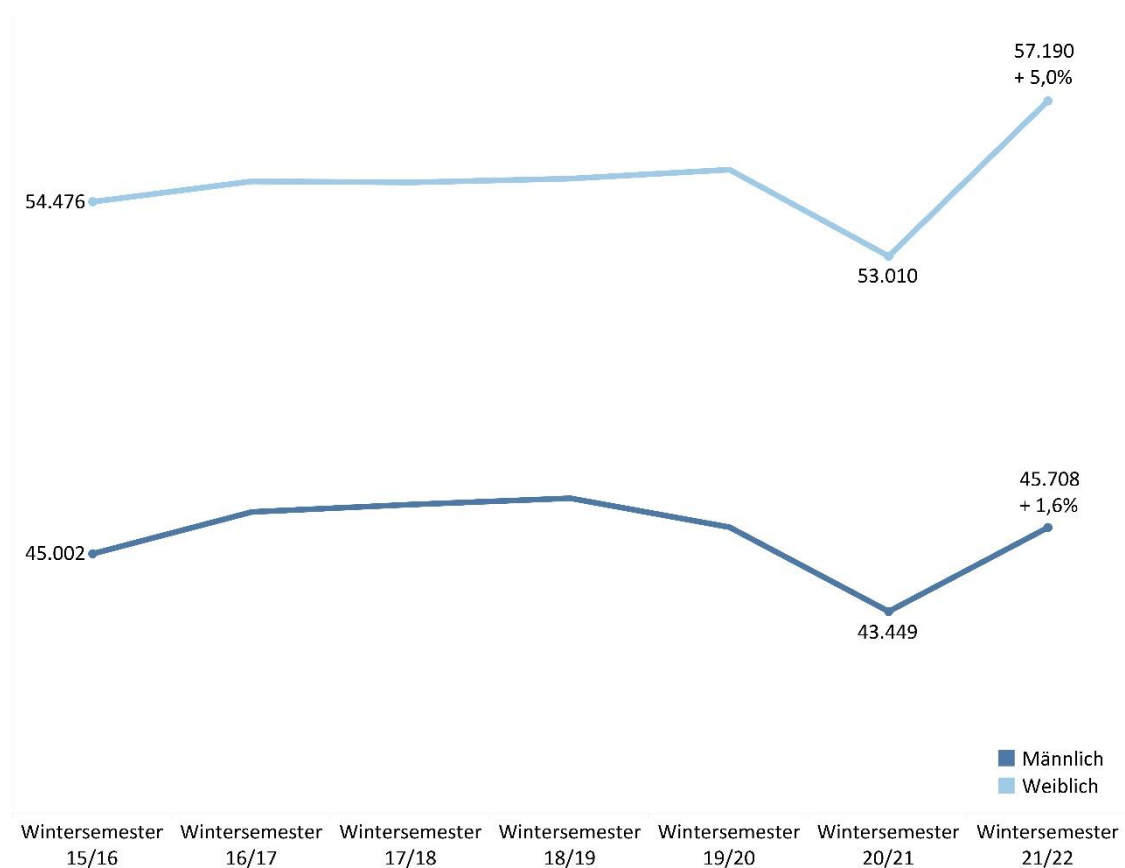


Abbildung 32: Entwicklung der Zahl der Studierenden mit EU-Staatsbürgerschaft in Deutschland nach Geschlecht

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022n, 2021d, 2020b, 2019c, 2018b, 2017b, 2016b © Minor

Während der beiden Jahre der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen ging die Zahl sowohl weiblicher als auch männlicher Studierender mit EU-Staatsangehörigkeit an den deutschen Hochschulen deutlich zurück. Erfreulicherweise handelt es sich bei diesem krisenbedingten Rückgang um keine langfristige Entwicklung. So stieg ihre Zahl im Wintersemester 2021/22 wieder an und kehrte insgesamt auf den längerfristigen Entwicklungspfad zurück.

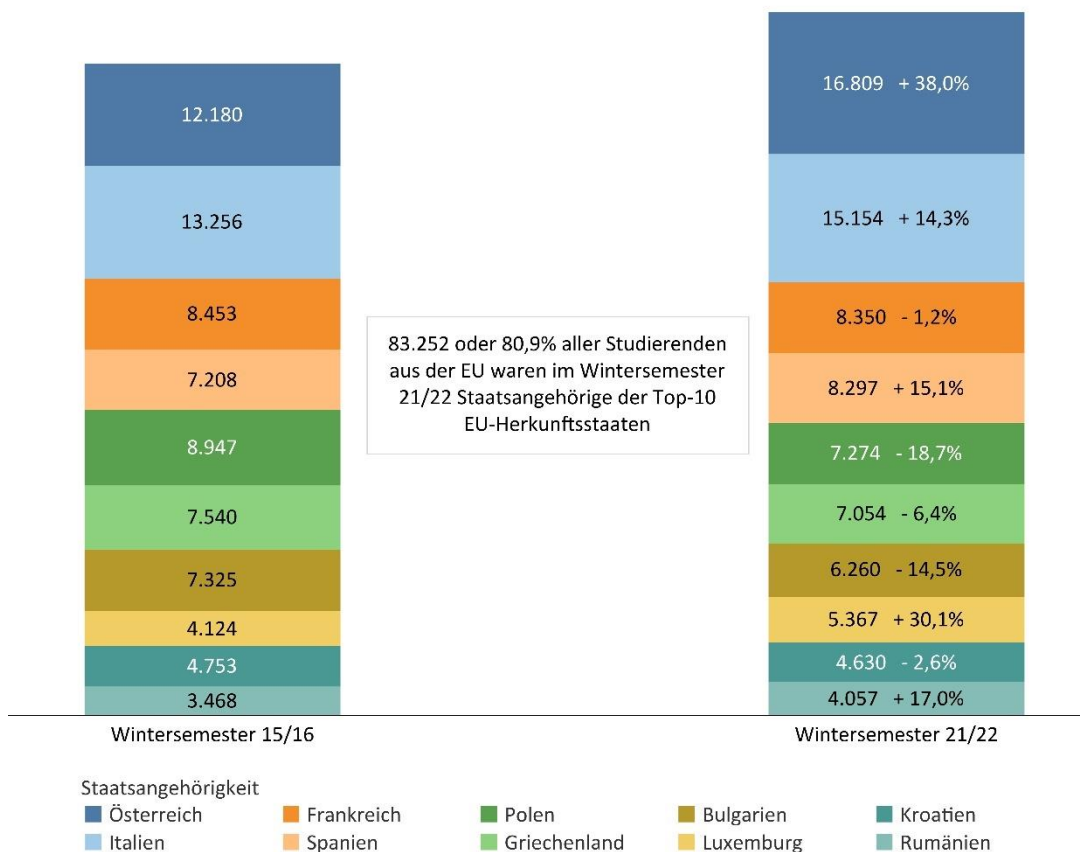


Abbildung 33: Top-10 der Herkunftsstaaten Studierender mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland im Wintersemester 2021/22 und die Veränderung ihrer Anzahl ggü. Wintersemester 2015/16 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022n, 2016b © Minor

81 % aller Studierenden aus der EU in Deutschland waren im Wintersemester 2021/22 Staatsangehörige der Top-10 EU-Staaten. Mit Polen, Bulgarien, Kroatien und Rumänien waren unter diesen Staaten vier der EU-Osterweiterung (EU-11). In dieser Gruppe stieg lediglich die Zahl rumänischer Studierender gegenüber dem Wintersemester 2015/16 an, während die der drei anderen Herkunftsländer zum Teil deutlich zurückging. Auch unter den Studierenden aus den Top-10 Alt-EU-Staaten (EU-16) an deutschen Hochschulen zeigt sich ein differenziertes Bild. So stieg die Zahl der Studierenden aus Österreich und Luxemburg um mehr als 30 %, die Zahl derer mit französischer und griechischer Staatsangehörigkeit ging hingegen leicht zurück.

4.6. Deutsche und Nicht-Deutsche Studierende in Sachsen-Anhalt

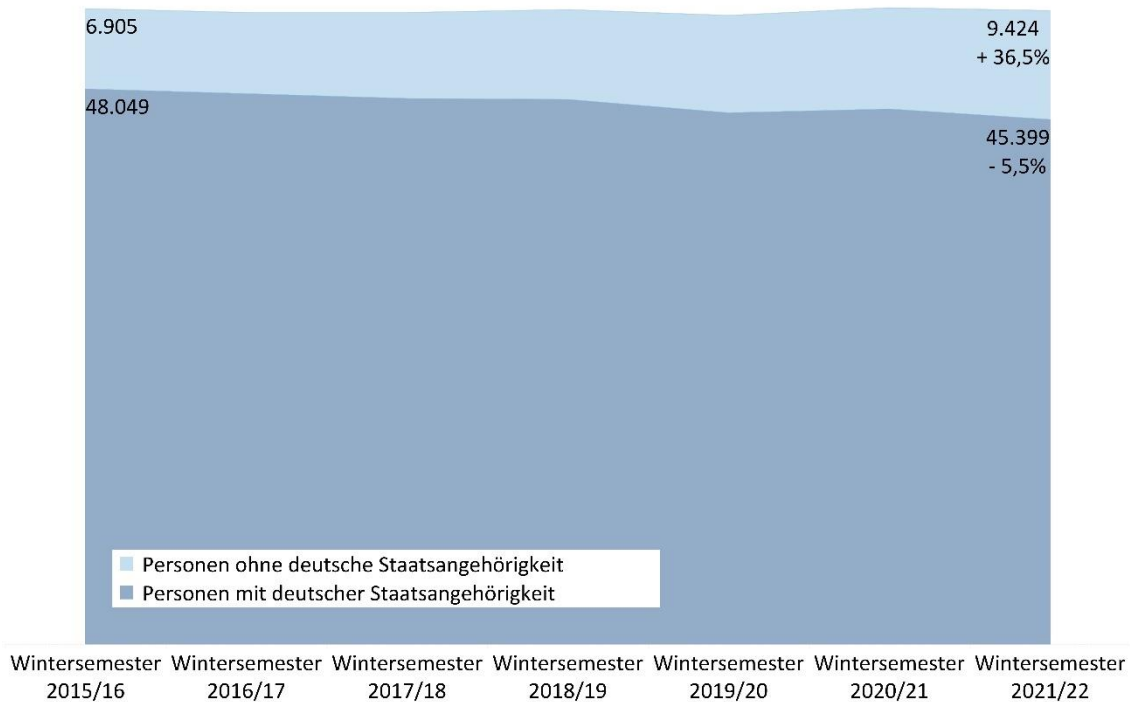


Abbildung 34: Entwicklung der Zahl Studierender mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Studierendenzahl im Wintersemester 2021/22 ggü. Wintersemester 2015/16

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022p © Minor

Zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 sank die Zahl der Studierender mit deutscher Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt, während die der Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich anstieg. Die Zunahme um 36,5 % spiegelt sich im Anteil der Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit an allen Studierenden in Sachsen-Anhalt wider. Er erhöhte sich von 12,6 % im Wintersemester 2015/16 auf 17,2 % im Wintersemester 2021/22. Die Attraktivität des Studienortes Sachsen-Anhalt für nicht-deutsche Studierende ist ein sehr positives Zeichen für die Entwicklung des Landes. Unter der Voraussetzung, dass notwendige Integrations- und Onboarding-Maßnahmen sowohl in den Betrieben als auch in der Aufnahmegesellschaft identifiziert und umgesetzt werden, können die Absolvent*innen in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung vor Ort leisten.

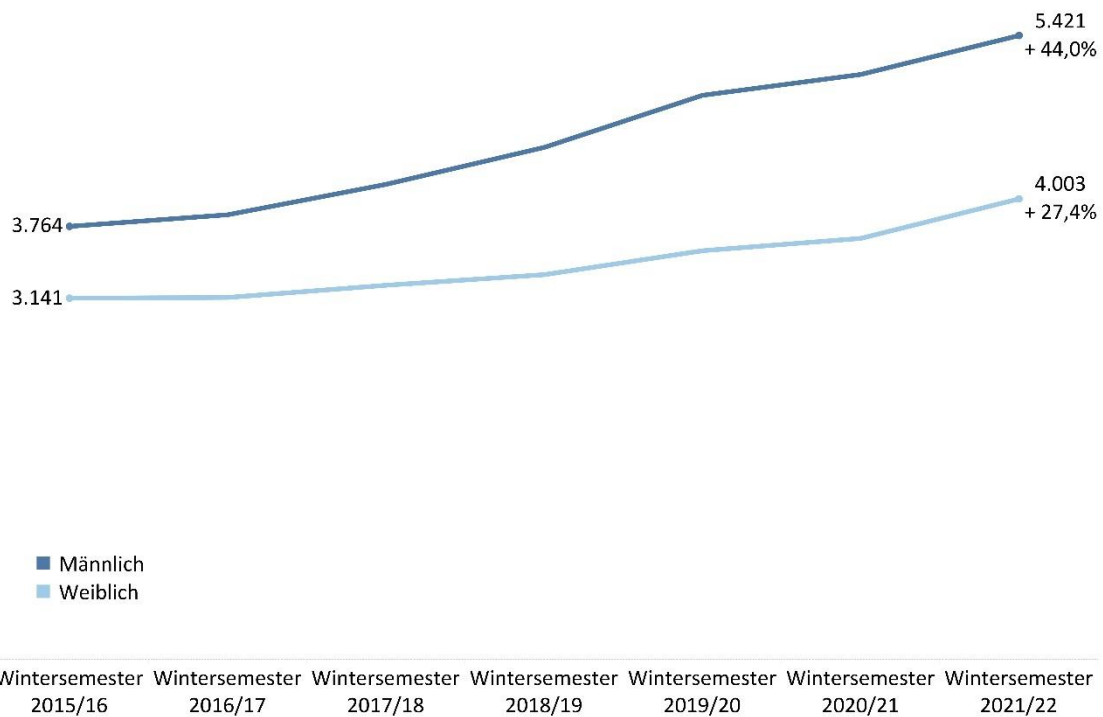


Abbildung 35: Entwicklung der Zahl Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und deren Veränderung im Wintersemester 2021/22 ggü. Wintersemester 2015/16 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022p © Minor

Sowohl die Zahl männlicher als auch weiblicher Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt verzeichnete zwischen dem Wintersemester 2015/16 und Wintersemester 2021/22 einen zweistelligen Prozentzuwachs. Die Zunahme männlicher Studierender war dabei um einiges höher, was möglicherweise auf die Attraktivität der angebotenen Studienfächer zurückzuführen ist. Um zukünftig mehr weibliche Studierende für bisher männlich dominierte Studiengänge zu gewinnen, sind u. a. gezielte Strategien seitens der Universitäten und Fachhochschulen des Landes nötig.

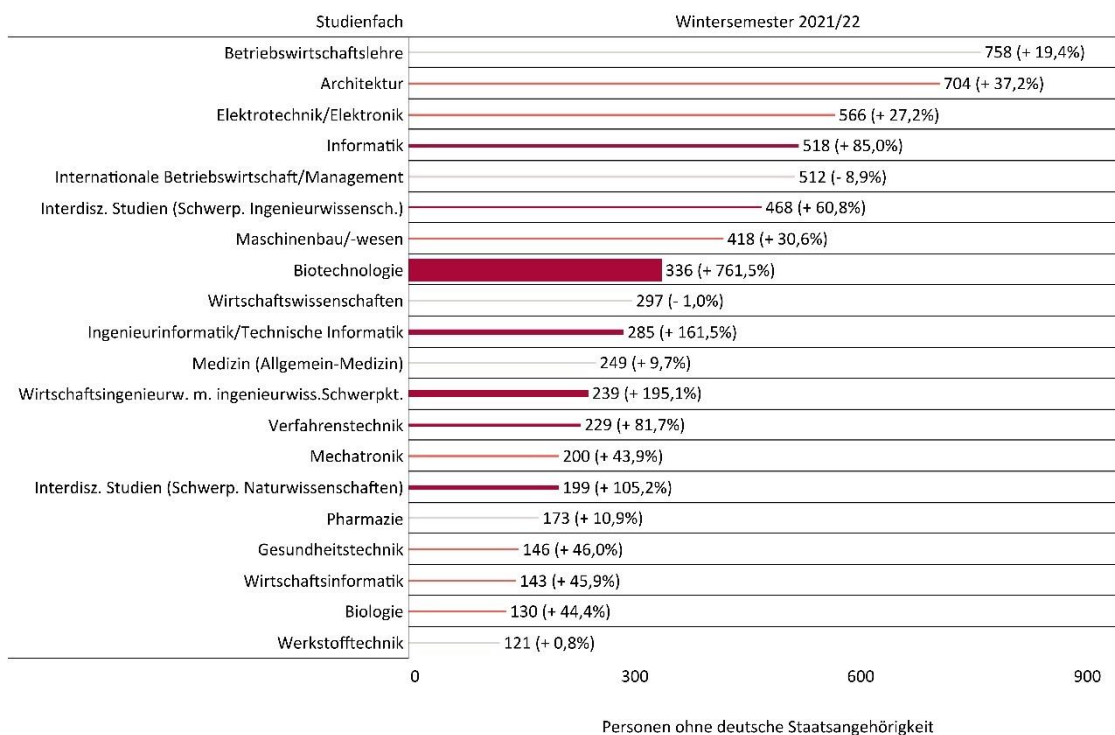


Abbildung 36: Top-20 Studienfächer von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im Wintersemester 2021/22 und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Wintersemester 2015/16 in Prozent (Breite der Balken)

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022o © Minor

Mit Ausnahme der Studienfächer „Wirtschaftswissenschaften“ und „Internationale Betriebswirtschaft/Management“ verzeichneten alle Top-20 Studienfächer von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 eine Zunahme an Studierenden der genannten Gruppe. Alle der Top-20 Studienfächer können zu den MINT-bzw. angrenzenden Fächern (bspw. Medizin) gezählt werden. Deren Absolvent*innen sind bereits heute gefragte Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, woran sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern wird. Umso bedeutender wird es zukünftig sein, ggf. (noch) mangelnde Deutschkenntnisse internationaler Absolvent*innen und diesbezügliche Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts miteinander in Einklang zu bringen. Zudem sollten verstärkt auch Studienabbrecher*innen als wertvolles Potenzial für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wahrgenommen werden.

Studienfach	
Werkstofftechnik	121 (98,4%)
Gesundheitstechnik	146 (80,2%)
Architektur	704 (69,6%)
Biotechnologie	336 (69,0%)
Interdisz. Studien (Schwerp. Naturwissenschaften)	199 (68,9%)
Ingenieurinformatik/Technische Informatik	285 (67,2%)
Mechatronik	200 (51,5%)
Internationale Betriebswirtschaft/Management	512 (46,1%)
Elektrotechnik/Elektronik	566 (43,5%)
Verfahrenstechnik	229 (40,5%)
Maschinenbau/-wesen	418 (34,2%)
Interdisz. Studien (Schwerp. Ingenieurwissensch.)	468 (33,5%)
Regenerative Energien	24 (32,9%)
Chemie-Ingenieurwesen/Chemieverfahrenstechnik	95 (29,9%)
Informatik	518 (28,2%)
Volkswirtschaftslehre	78 (26,9%)
Wirtschaftswissenschaften	297 (26,4%)
Wirtschaftsingenieurw. m. ingenieurwiss.Schwerpkt.	239 (23,1%)
Chemie	50 (21,8%)
Pharmazie	173 (20,9%)
Wirtschaftsingenieurw.m.wirtschaftswiss.Schwerpkt.	63 (20,2%)
Wirtschaftsinformatik	143 (19,9%)
Biologie	130 (18,6%)
Statistik	23 (16,9%)
Physik	77 (16,8%)
Betriebswirtschaftslehre	758 (16,0%)
Biochemie	59 (14,1%)
Wirtschaftsmathematik	4 (12,5%)
Mathematik	45 (12,3%)
Bioinformatik	13 (10,0%)
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	39 (7,8%)
Medizin (Allgemein-Medizin)	249 (7,7%)
Zahnmedizin	19 (7,3%)
Wirtschaftsrecht	16 (7,0%)
Lebensmitteltechnologie	9 (6,9%)
Medieninformatik	28 (5,8%)
Rechtswissenschaft	88 (4,2%)
Pflegewissenschaft/-management	8 (3,6%)
Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	96 (1,9%)
Gesundheitswissenschaften/-management	10 (1,8%)
Verwaltungswissenschaft/-wesen	5 (1,5%)

Abbildung 37: Anzahl von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im Wintersemester 2021/22 nach ausgewählten Studienfächern und ihr Anteil an allen Studierenden im gleichen Studienfach (Einfärbung) in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022o © Minor

In vielen der untersuchten Top-20 und weiteren ausgewählten Studienfächern stellen Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt einen Großteil bzw. die absolute Mehrheit der Studierenden dar. Fachkräftebedarfe mit Anforderungsniveau „Expert*in“ werden in den kommenden Jahrzehnten in Sachsen-Anhalt in vielen Berufsgruppen zum großen Teil oder sogar ausschließlich durch internationale Absolvent*innen gedeckt werden können. Diese vor Ort zu halten, sollte deshalb oberste Priorität haben. Der Entwicklung und Umsetzung des betrieblichen und gesellschaftlichen Integrationsmanagements kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Studienfach	
Biotechnologie	69,0% (+56,3%-Pkt.)
Mechatronik	51,5% (+22,8%-Pkt.)
Verfahrenstechnik	40,5% (+20,3%-Pkt.)
Wirtschaftsingenieurw. m. ingenieurwiss.Schwerpkt.	23,1% (+18,5%-Pkt.)
Volkswirtschaftslehre	26,9% (+17,6%-Pkt.)
Maschinenbau/-wesen	34,2% (+16,2%-Pkt.)
Gesundheitstechnik	80,2% (+13,1%-Pkt.)
Interdisz. Studien (Schwerp. Ingenieurwissensch.)	33,5% (+13,1%-Pkt.)
Ingenieurinformatik/Technische Informatik	67,2% (+12,2%-Pkt.)
Elektrotechnik/Elektronik	43,5% (+10,8%-Pkt.)
Werkstofftechnik	98,4% (+10,8%-Pkt.)
Wirtschaftsingenieurw.m.wirtschaftswiss.Schwerpkt.	20,2% (+8,5%-Pkt.)
Informatik	28,2% (+8,4%-Pkt.)
Interdisz. Studien (Schwerp. Naturwissenschaften)	68,9% (+8,2%-Pkt.)
Wirtschaftsmathematik	12,5% (+7,7%-Pkt.)
Bioinformatik	10,0% (+6,0%-Pkt.)
Chemie	21,8% (+5,7%-Pkt.)
Betriebswirtschaftslehre	16,0% (+5,1%-Pkt.)
Biochemie	14,1% (+5,1%-Pkt.)
Physik	16,8% (+4,6%-Pkt.)
Chemie-Ingenieurwesen/Chemieverfahrenstechnik	29,9% (+4,5%-Pkt.)
Pharmazie	20,9% (+4,4%-Pkt.)
Biologie	18,6% (+4,1%-Pkt.)
Statistik	16,9% (+4,1%-Pkt.)
Wirtschaftsrecht	7,0% (+3,8%-Pkt.)
Wirtschaftswissenschaften	26,4% (+2,9%-Pkt.)
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	7,8% (+2,5%-Pkt.)
Regenerative Energien	32,9% (+2,3%-Pkt.)
Medieninformatik	5,8% (+2,0%-Pkt.)
Internationale Betriebswirtschaft/Management	46,1% (+1,5%-Pkt.)
Gesundheitswissenschaften/-management	1,8% (+0,9%-Pkt.)
Medizin (Allgemein-Medizin)	7,7% (+0,7%-Pkt.)
Mathematik	12,3% (+0,7%-Pkt.)
Rechtswissenschaft	4,2% (+0,3%-Pkt.)
Architektur	69,6% (+0,3%-Pkt.)
Lebensmitteltechnologie	6,9% (+0,2%-Pkt.)
Pflegewissenschaft/-management	3,6% (+0,1%-Pkt.)
Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	1,9% (+0,0%-Pkt.)
Wirtschaftsinformatik	19,9% (-0,7%-Pkt.)
Verwaltungswissenschaft/-wesen	1,5% (-2,2%-Pkt.)
Zahnmedizin	7,3% (-3,2%-Pkt.)

Abbildung 38: Anteil Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt an allen Studierenden im jeweiligen Studienfach in Prozent (Wintersemester 2021/22, ausgewählte Studienfächer) und die Veränderung des Anteils ggü. Wintersemester 2015/16 (Einfärbung) in Prozentpunkten
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2022o © Minor

Die Veränderung der Anteile Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt an allen Studierenden im jeweiligen Studienfach zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 fallen sehr unterschiedlich aus. So lässt sich z. B. die Abnahme des Anteils Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Studienfach Wirtschaftsinformatik um 0,7 %-Punkte zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 auf die stark steigende Zahl Studierender mit deutscher Staatsangehörigkeit (von 378 auf 575) und die weniger stark steigende Zahl Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit (von 98 auf 143) zurückführen. Demgegenüber hängt die starke Zunahme des Anteils Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Studienfach Biotechnologie um 56,3 %-Punkte zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 mit der stark sinkenden Zahl Studierender mit deutscher Staatsangehörigkeit (von 269 auf 151) und der gleichzeitig steigenden Zahl Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit (von 39 auf 336) zusammen.

4.7. Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen sowie an Weiterbildungen (Daten deutschlandweit)

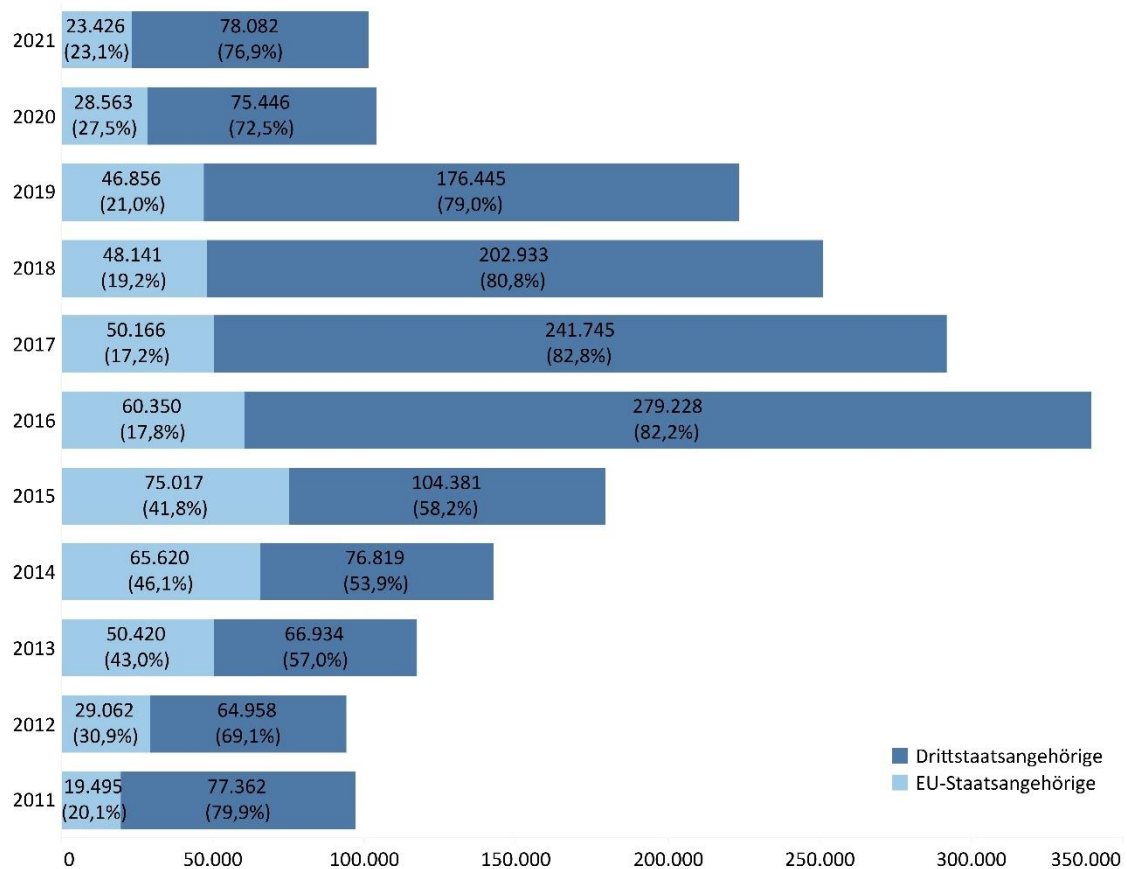


Abbildung 39: Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Integrationskursteilnehmenden aus den EU- und Drittstaaten zwischen 2011 und 2021

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2022b, 2020, 2019, 2018 © Minor

„Als EU-Bürger haben Sie keinen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kann Sie aber zum Integrationskurs zulassen, wenn Sie noch nicht ausreichend Deutsch sprechen, besonders integrationsbedürftig sind und es freie Kursplätze gibt.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2022a)

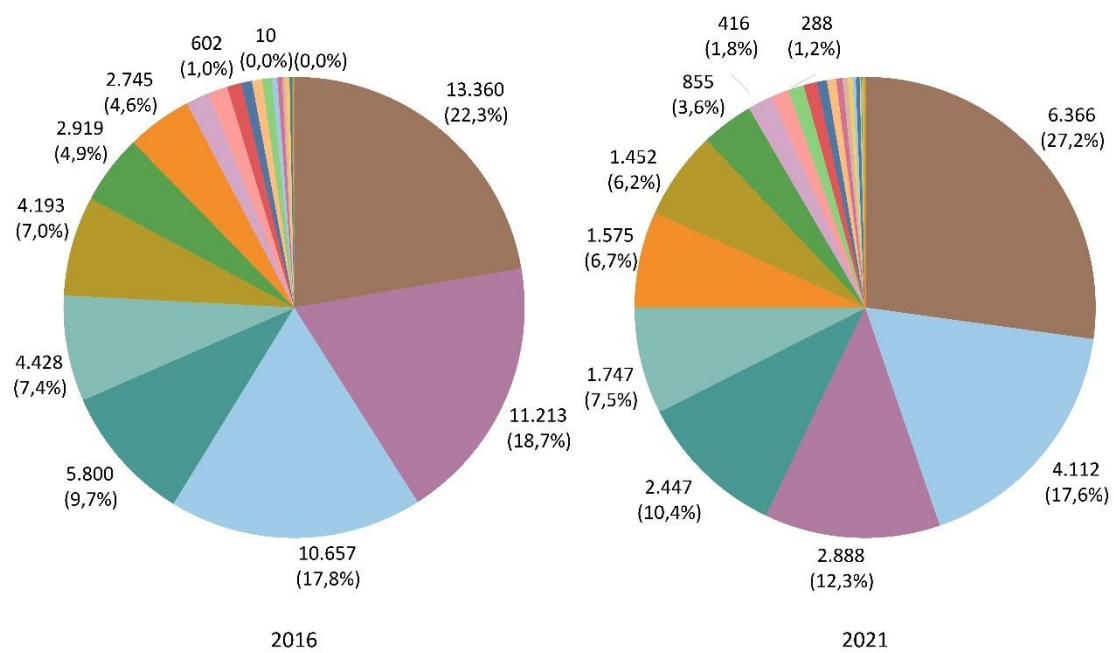
Sofern diese Voraussetzungen seitens der EU-Bürger*innen erfüllt werden, ist grundsätzlich eine Pauschale von 2,29 Euro pro Unterrichtsstunde (Kostenbeitrag) zu entrichten, woraus sich bei den vorgegebenen 700 Stunden pro Integrationskurs ein Gesamtbetrag von 1.603 Euro ergibt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2022a).

Den Integrationskursen wird für den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Teilhabe an Bildung und Gesellschaft eine zentrale Rolle zugeschrieben (Rhode & Stitteneder 2018: 88). Doch für viele EU-Staatsangehörige, die generell an der Teilnahme an einem

Integrationskurs interessiert wären, stellt insbesondere die Kombination aus Vollzeitbeschäftigung und niedrigem Einkommen ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg zum Spracherwerb dar (Becker 2021a: 139f.).

Trotz dieser Hürden markierten die Jahre 2013 bis 2019 starke Teilnehmendenzahlen von EU-Bürger*innen an den Integrationskursen (Abbildung 39). Die durch die Eindämmungsmaßnahmen der Corona-Pandemie gekennzeichneten Jahre 2020 und 2021 führten zum starken Rückgang der Teilnehmendenzahl insgesamt. Für 2022 ist ein starker Anstieg der Teilnehmendenzahl von Drittstaatsangehörigen (insbesondere aus der Ukraine) zu erwarten. Die Entwicklung der Teilnehmendenzahl der EU-Bürger*innen 2022 kann an dieser Stelle nicht vorhergesagt werden, da sie zum einen von der Verfügbarkeit der Plätze sowie zum anderen von den finanziellen Möglichkeiten der EU-Teilnehmenden, die Kurskosten zu tragen, und von der Einschätzung der besonderen Integrationsbedürftigkeit abhängig sind.

Um EU-Bürger*innen eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft insgesamt zu ermöglichen, sollten offensichtliche Bedarfe hinsichtlich des Spracherwerbs stärker gefördert und allen Interessierten ein unkomplizierter Zugang zu den bestehenden Angeboten ermöglicht werden.



Staatsangehörigkeit der EU-Kursteilnehmenden (Sortierung nach 2021)



Abbildung 40: Anzahl und Anteil der Integrationskursteilnehmenden aus der EU in den Jahren 2021 und 2016 nach Staatsangehörigkeit

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2022b, 2018 © Minor

Die Zahl der Integrationskursteilnehmenden mit EU-Staatsangehörigkeit wurde 2021, wie bereits 2016, maßgeblich von den Staatsangehörigen der EU-Osterweiterungsstaaten (EU-11), insbesondere aus Rumänien, Bulgarien und Polen, dominiert.

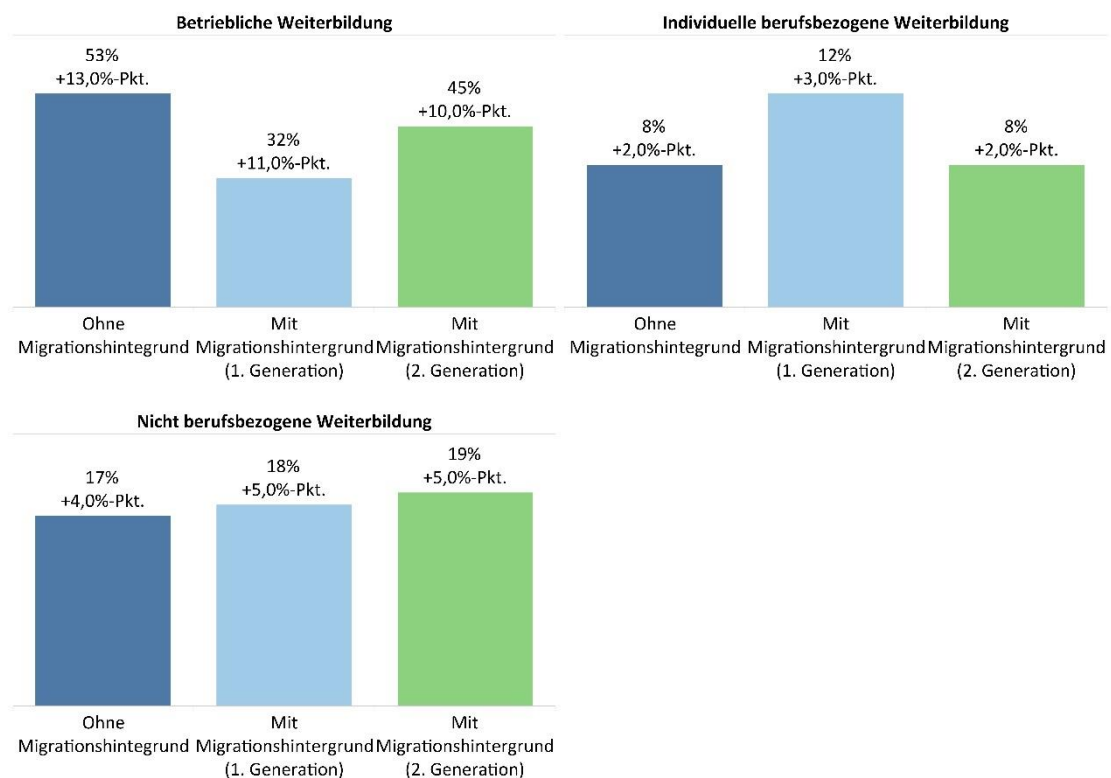


Abbildung 41: Quoten der Weiterbildungsbeteiligung 2020 nach Migrationshintergrund in Prozent und die Veränderung der Quoten ggü. 2016 in Prozentpunkten⁹

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesministerium für Bildung und Forschung 2022b © Minor

Die bestehende Diskrepanz zwischen der Forderung der EU nach lebenslangem Lernen (Europäische Union 2015) einerseits und einer teils tiefen Kluft in der betrieblichen Weiterbildungsbeteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen andererseits (OECD 2021: 160ff.; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2018: 20; 2022b: 40ff.) stellt eine besondere Herausforderung für die Verwirklichung der sozialen Teilhabe und Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten dar.

⁹ Grundgesamtheit der Umfrage: 18- bis 64-Jährige: 2016: n = 7.102, 2018: n = 5.359, 2020: n = 5.455 (Bundesministerium für Bildung und Forschung (2022b: 41).

5. EU-Staatsangehörige auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Das Wichtigste in Kürze

- Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (ohne Auszubildene) mit einer EU-Staatsangehörigkeit stieg zwischen März 2017 und März 2022 deutschlandweit um knapp 68 % auf rund 2,4 Millionen Personen an. Damit stellen sie insgesamt 7,3 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland dar.
- In Sachsen-Anhalt stieg ihre Zahl im selben Zeitraum um knapp 180 % auf rund 24.500 Personen an. Sie stellten demnach im März 2022 insgesamt 3,2 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land dar.
- Die starken Zuwächse bei der Beschäftigungszahl von EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt sind als Zeichen des „Aufholens“ der bundesweiten Entwicklung zu sehen und deuten zudem auf Pull-Effekte des Arbeitsmarktes hin.
- Zwischen Januar 2017 und April 2022 stieg die Beschäftigungsquote der EU-Bürger*innen in Deutschland um 8,1 %-Punkte auf 61,2 %. In Sachsen-Anhalt lag sie im April 2022 bei 66 %.
- Die Zahl arbeitssuchender EU-Staatsangehöriger sank in Deutschland im September 2022 verglichen mit September 2017 um 4,4 % auf 341.084 Personen. Auch in Sachsen-Anhalt ging die Zahl arbeitssuchender EU-Staatsangehöriger in diesem Zeitraum zurück.
- Verglichen mit September 2017 stieg die Zahl arbeitsloser EU-Staatsangehöriger in Deutschland im September 2022 um 9,6 % auf 190.444 Personen an. Die pandemiebedingte Krise des deutschen Arbeitsmarktes, die besonders negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration von EU-Bürger*innen hatte, spielte hierbei eine zentrale Rolle.
- In Sachsen-Anhalt stieg die Zahl arbeitsloser EU-Staatsangehöriger im September 2022 verglichen mit September 2017 um 15,2 % auf 1.572 Personen an. Damit waren zwei Prozent aller arbeitslosen Personen in Sachsen-Anhalt EU-Staatsangehörige.
- Die Arbeitslosenquote von EU-Bürger*innen sank in Sachsen-Anhalt zwischen Januar 2017 und März 2022 von 12,6 % auf 6,5 % und lag damit sogar deutlich unter der Arbeitslosenquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

- Die meisten sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Bürger*innen in Deutschland (37,3 %) haben laut Angabe ihrer Arbeitgeber*innen eine betriebliche bzw. eine schulische Berufsausbildung abgeschlossen. Für Sachsen-Anhalt zeichnet sich ein fast identisches Bild ab.
- Auffällig ist der in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Gesamtdeutschland deutlich höhere Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit fehlenden Angaben der Arbeitgeber*innen zum Berufsabschluss (37,4 %). Es ist davon auszugehen, dass in vielen dieser Fälle Qualifikationen und Berufserfahrungen zwar vorliegen, diese jedoch mangels Unterlagen und/oder aufwendiger, kostenintensiver Anerkennungsverfahren in Deutschland, formal (noch) nicht anerkannt sind.
- Bezüglich des Anforderungsniveaus der ausgeübten Tätigkeit fällt der hohe Anteil von EU-Bürger*innen auf, die als „Helfer*innen“ tätig sind. Im Januar 2022 lag ihr Anteil für Gesamtdeutschland bei 38,9 % und ist damit fast dreimal so hoch wie bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dasselbe gilt für Sachsen-Anhalt (36,2 %). Es ist davon auszugehen, dass viele der auf Helferniveau tätigen EU-Bürger*innen, u. a. aufgrund einer (noch) fehlenden Anerkennung ihrer vorhandenen Abschlüsse, unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind.
- Der Anteil der EU-Bürger*innen an den sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor lag in Sachsen-Anhalt mit 59 % sowohl deutlich über dem Niveau der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit als auch über dem der westdeutschen Bundesländer und Berlins.
- Im August 2022 waren in Sachsen-Anhalt bis zu einem Drittel aller beschäftigten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Top-10 Engpassberufen älter als 55 Jahre. EU-Staatsangehörige stellten hier zwar zahlenmäßig nur einen geringen Anteil an allen Beschäftigten dar, allerdings ist der Großteil von ihnen im Alter von 25 bis unter 55 Jahren und steht damit dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt noch wesentlich länger zur Verfügung.
- Der Anteil von EU-Bürger*innen an allen Beschäftigten wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit mittelfristig wesentlich erhöhen. Vorausgesetzt ihres Verbleibs in Sachsen-Anhalt, werden sie deshalb zukünftig einen immer größeren Beitrag zur Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt leisten.

Studienergebnisse des European Union Labour Force Survey (EU-LFS) weisen darauf hin, dass arbeitsbezogene Gründe das häufigste Motiv für eine Einwanderung von EU-Bürger*innen nach Deutschland darstellen (Eurostat 2021c). Im Rahmen des European Union Labour Force Survey (EU-LFS) wurden 2014 EU- und Drittstaatsangehörige im Alter zwischen 15 und 64 Jahren bezüglich ihrer Migrationsmotive befragt. Mit 41,1 % wurde der Grund „Arbeit“ von EU-Bürger*innen als das häufigste Motiv für die Migration nach Deutschland angegeben (Eurostat 2021c). 49,2 % dieser Befragten hatten bereits im Vorfeld ihrer Einreise eine Arbeit in Deutschland gefunden, 51,8 % der Befragten mit dem Einwanderungsgrund „Arbeit“ kamen nach Deutschland, um sich vor Ort auf die Suche nach Arbeit zu begeben. Familiäre Gründe stellten für insgesamt 29,3 % aller befragten EU-Bürger*innen das Hauptmotiv dar, um nach Deutschland zu migrieren. Weitere 4,9 % gaben Bildung und Ausbildung als Grund an (Eurostat 2021c).

Wie bereits im Kapitel 3.10 und 3.11 erläutert, ist der Großteil der EU-Bürger*innen in Deutschland und in Sachsen-Anhalt im erwerbsfähigen Alter und steht dem Arbeitsmarkt somit potenziell zur Verfügung. Im folgenden Kapitel wird näher erörtert, in welchem Ausmaß EU-Staatsangehörige Zugang zum Arbeitsmarkt finden, inwiefern ihre Arbeitsmarktintegration im Rahmen einer qualifikationsentsprechenden und angemessen entlohnten Erwerbstätigkeit stattfindet und welche arbeitsmarktbezogenen Auswirkungen der Corona-Eindämmungsmaßnahmen bei ihnen festzustellen sind. Zudem wird untersucht, wie es um die Altersstruktur der Beschäftigten mit deutscher und EU-Staatsangehörigkeit in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt bestellt ist.

5.1. Deutschland: Beschäftigungszahlen und -quote sowie Arbeitssuchenden- und Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquote

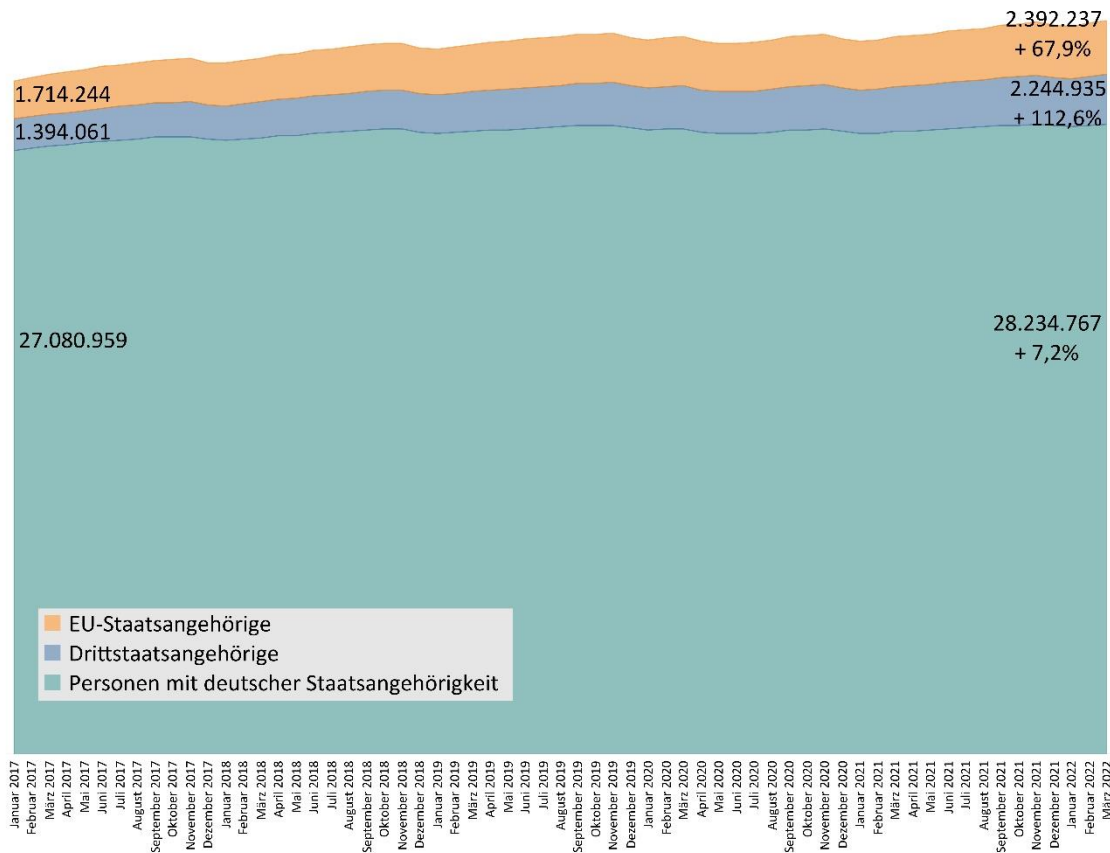


Abbildung 42: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach (Bundesagentur für Arbeit 2022k) © Minor

Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene mit einer EU-Staatsangehörigkeit stieg zwischen März 2017 und März 2022 deutschlandweit um knapp 68 % auf rund 2,4 Millionen Personen an, womit sie insgesamt 7,3 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland darstellten, noch vor den Drittstaatsangehörigen mit 6,8 %. Zwar stieg zwischen Januar 2017 und März 2022 die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit um 1.153.808 Personen an, das Potenzial für die Erhöhung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten scheint sich bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit jedoch weitestgehend zu erschöpfen. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU- und Drittstaatsangehörigen um 1.528.867 Personen zu (EU-Staatsangehörige: + 850.874 Personen; Drittstaatsangehörige: +677.993 Personen).

Weitere Steigerungen der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer mittleren Frist von zehn Jahren ist lediglich durch die Zuwanderung von Arbeitskräften sowie durch die Erhöhung der Beschäftigungsquote unter den eingewanderten Personen in Deutschland zu erwarten.

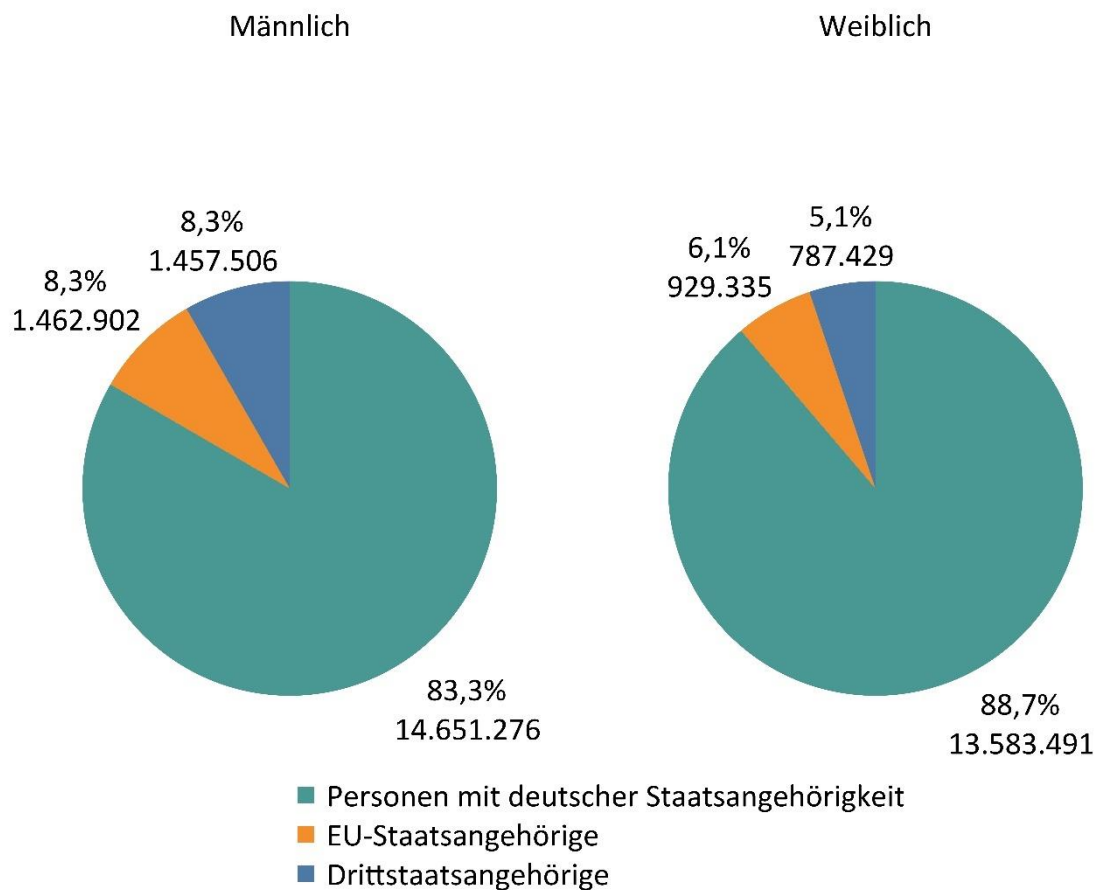


Abbildung 43: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Deutschland im März 2022 und ihr Anteil an allen Beschäftigten in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Männliche EU-Staatsangehörige stellten insgesamt 8,3 % aller männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildene) in Deutschland, während Frauen mit EU-Staatsangehörigkeit 6,1 % aller weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildene) in Deutschland ausmachten. Ob dieser Unterschied an einer höheren Beschäftigungsquote männlicher EU-Staatsangehöriger liegt, wie genau die Beschäftigungsquoten einzelner Staatsangehöriger zum Gesamtergebnis beitragen und welche Gründe für die diesbezüglichen Unterschiede vorliegen, dazu kann an dieser Stelle keine Aussage getroffen werden. Bei Bedarf müsste dies in einer weiteren Studie vertiefend untersucht werden.

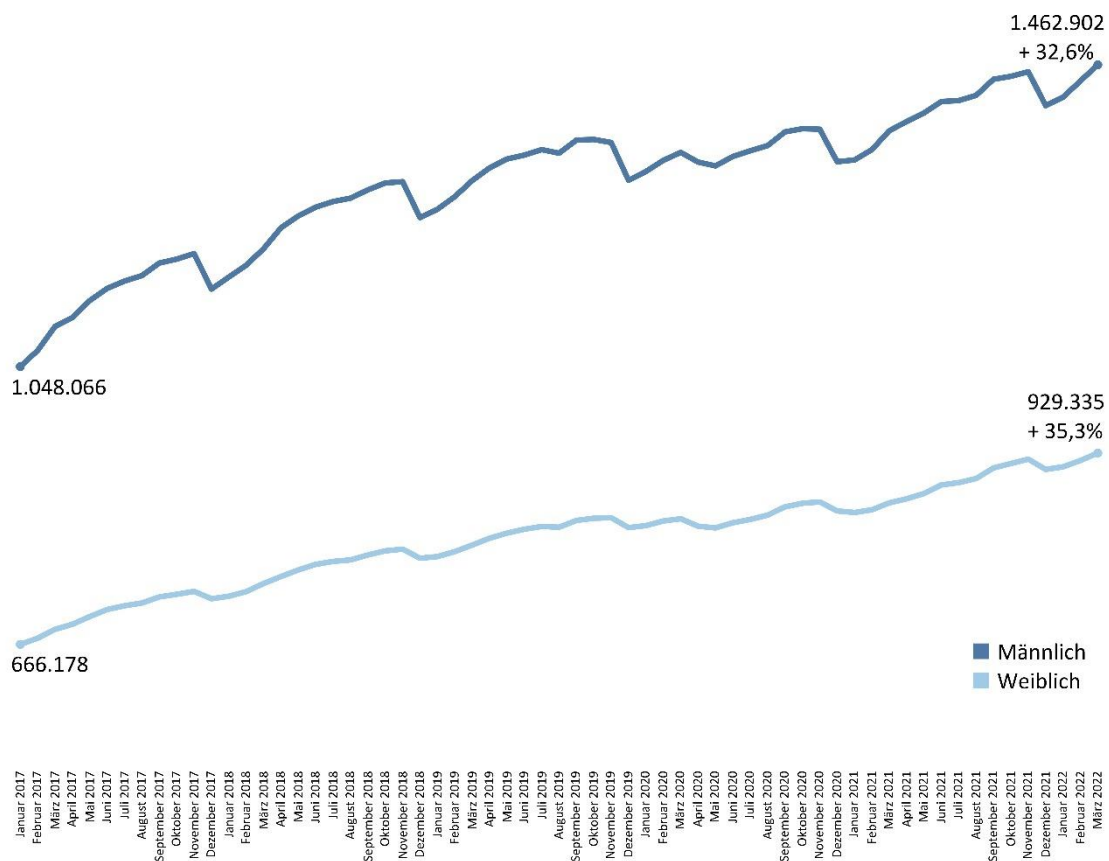


Abbildung 44: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Der Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter EU-Staatsangehöriger zwischen Januar 2017 und März 2022 verlief relativ gleichmäßig mit einem etwas geringeren Anstieg unter den männlichen EU-Bürger*innen im März 2022 verglichen zu März 2017. Dies ist weniger auf die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten durch Neuzuwanderung zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Steigerung der Beschäftigungsquote unter den bereits im Land lebenden EU-Bürger*innen (Abbildung 45).

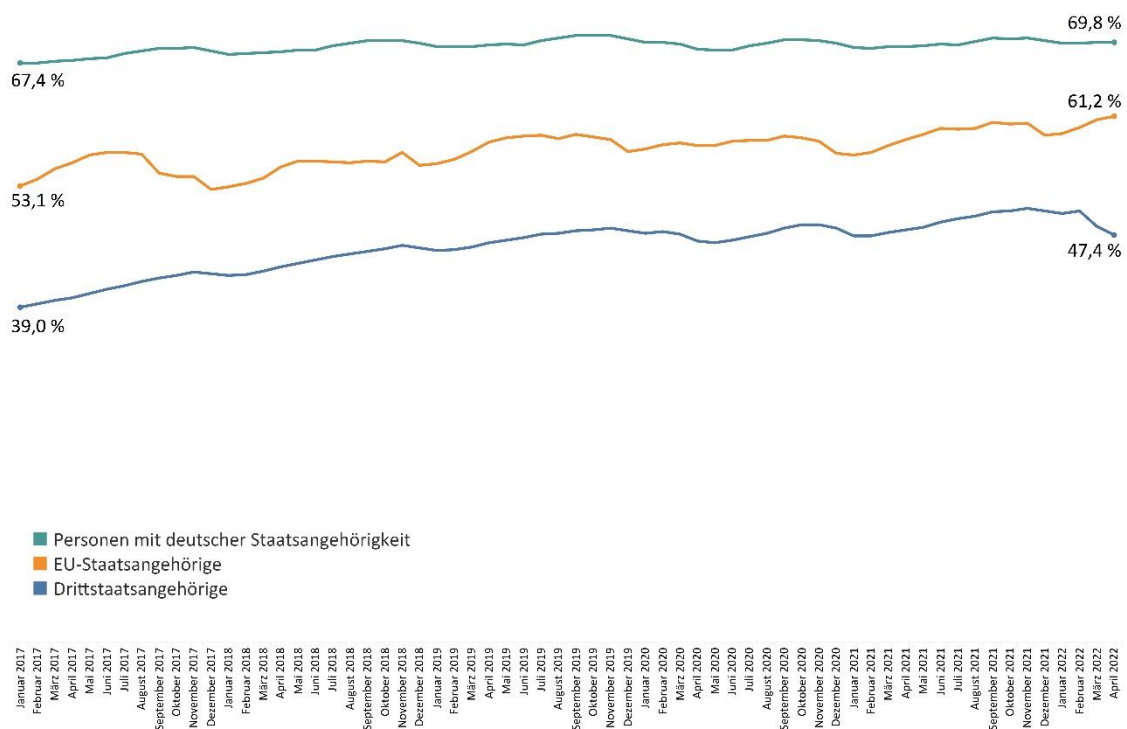


Abbildung 45: Entwicklung der Beschäftigungsquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit
Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022i © Minor

In den fünf Jahren zwischen Januar 2017 und April 2022 stieg die Beschäftigungsquote der EU-Bürger*innen in Deutschland um 8,1 %-Punkte auf 61,2 %. Betrag der Abstand zur Beschäftigungsquote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Januar 2017 noch 14,3 %-Punkte, sank er im April 2022 auf 8,6 %-Punkte. Der Rückgang der Beschäftigungsquote unter den Drittstaatsangehörigen ab Februar 2022 ist durch die Fluchtbewegung im Zuge des Krieges in der Ukraine zu erklären, da Geflüchteten aus der Ukraine direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland ein Recht auf die Ausübung einer Beschäftigung eingeräumt wurde, was statistisch in der Steigerung der Erwerbspersonen und im Absinken der Beschäftigungsquote abzulesen ist. Durch das Fortschreiten des demografischen Wandels in Deutschland ist in den kommenden 15 Jahren zwar von einer weiteren Angleichung der Beschäftigungsquoten auszugehen, die zentrale Frage wird jedoch sein, ob es gelingt, EU- und Drittstaatsangehörige qualifikationsadäquat zu beschäftigen bzw. ggf. mit Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die Anhebung der Quote von Beschäftigten in höheren Anforderungsniveaus der ausgeübten Tätigkeiten zu sorgen.

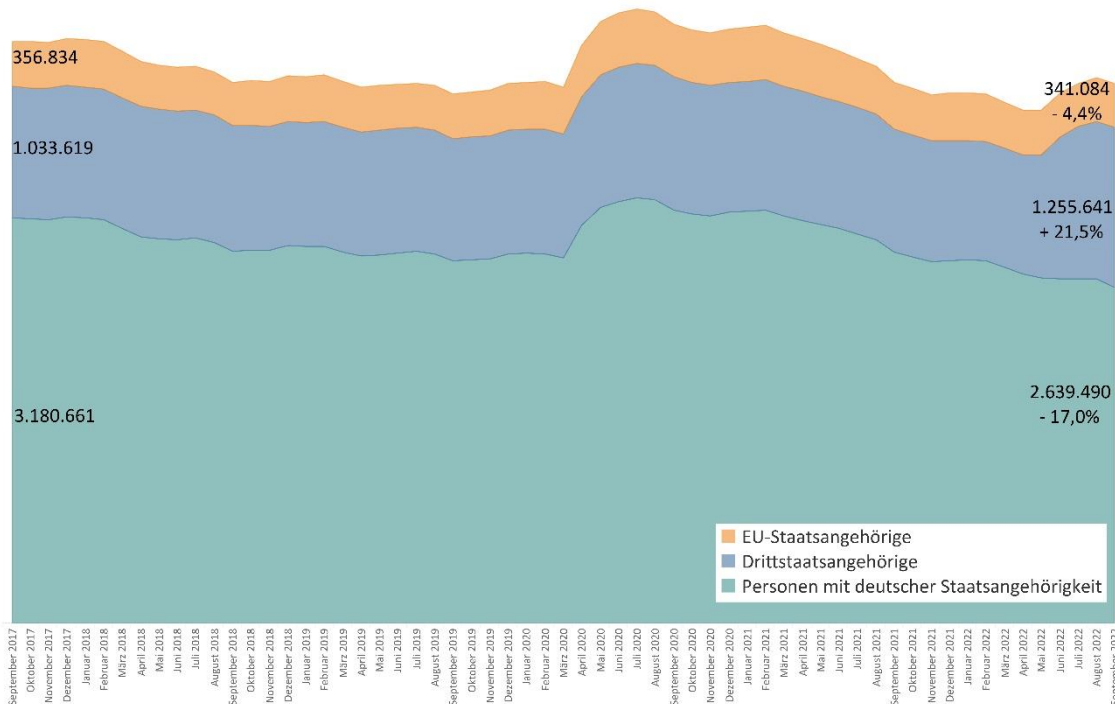


Abbildung 46: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Die Zahl arbeitssuchender EU-Staatsangehöriger sank im September 2022 verglichen mit September 2017 um 4,4 % auf 341.084 Personen. Im gleichen Zeitraum wurde unter Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein Rückgang um 17 % verzeichnet. Die Steigerung der Zahl Arbeitssuchender unter den Drittstaatsangehörigen ist auf die Fluchtmigration im Zuge des Krieges in der Ukraine zu sehen. Potenziale für die Erhöhung der Beschäftigtenzahl deutschlandweit sind zukünftig größtenteils nur noch mithilfe der Erhöhung der Beschäftigungsquote unter den Erwerbspersonen aus Drittstaaten realisierbar (Abbildung 50).

Arbeitsuchende¹⁰ sind Personen, die

- *eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen,*
- *sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet haben,*
- *die angestrebte Tätigkeit ausüben können und dürfen.*

Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit ausüben (§ 15 SGB III). Bei den *Arbeitsuchenden* wird zwischen *arbeitslosen* und *nicht-arbeitslosen Arbeitsuchenden* unterschieden.

Arbeitslose (ALO) sind Personen, die

- *vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben (Beschäftigungslosigkeit),*
- *eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen (Eigenbemühungen),*
- *den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeiten dürfen, arbeitsfähig und -bereit sind (Verfügbarkeit),*
- *in der Bundesrepublik Deutschland wohnen,*
- *nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben,*
- *sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.*

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit (2022e).

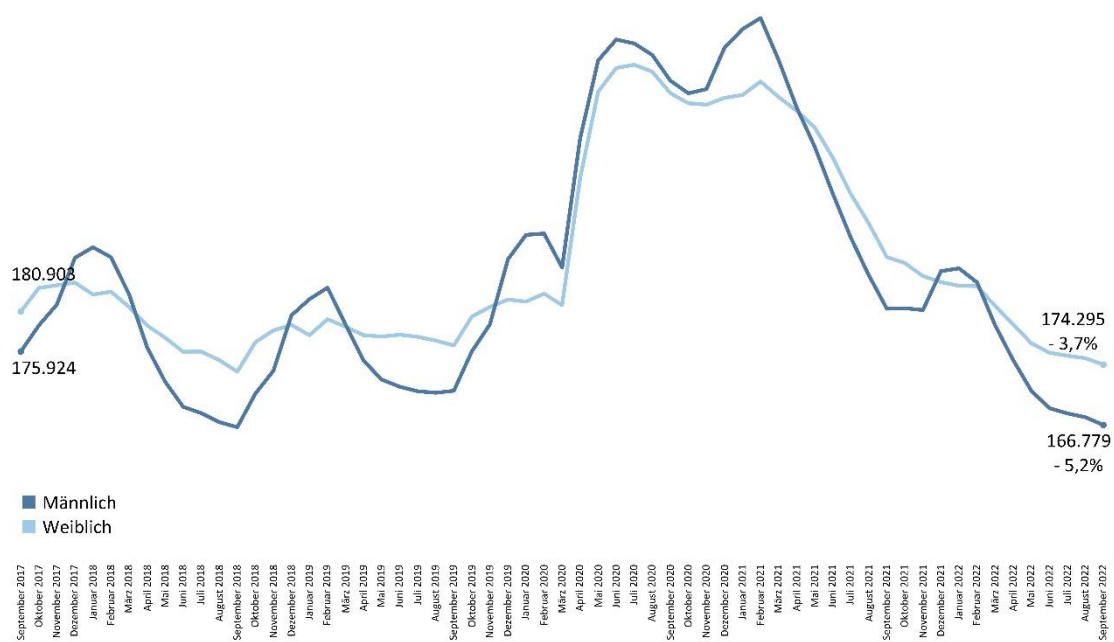


Abbildung 47: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Die Entwicklung der Zahl männlicher Arbeitssuchender aus der EU in Deutschland zeigte gegenüber der Entwicklung der Zahl weiblicher Arbeitssuchender aus der EU einen Verlauf mit sowohl stärkeren positiven als auch negativen Ausschlägen. Gründe dafür könnten sowohl in den unterschiedlichen Berufsgruppen als auch in der Beschäftigungsart (Voll- oder Teilzeit sowie ausschließlich geringfügige Beschäftigung) liegen, wobei davon auszugehen ist, dass sie für einzelne EU-Staatsangehörigkeiten unterschiedlich ausfallen. Um hier zielgerichtet entgegensteuern zu können, müsste eine umfassende Untersuchung dieser Gründe erfolgen.

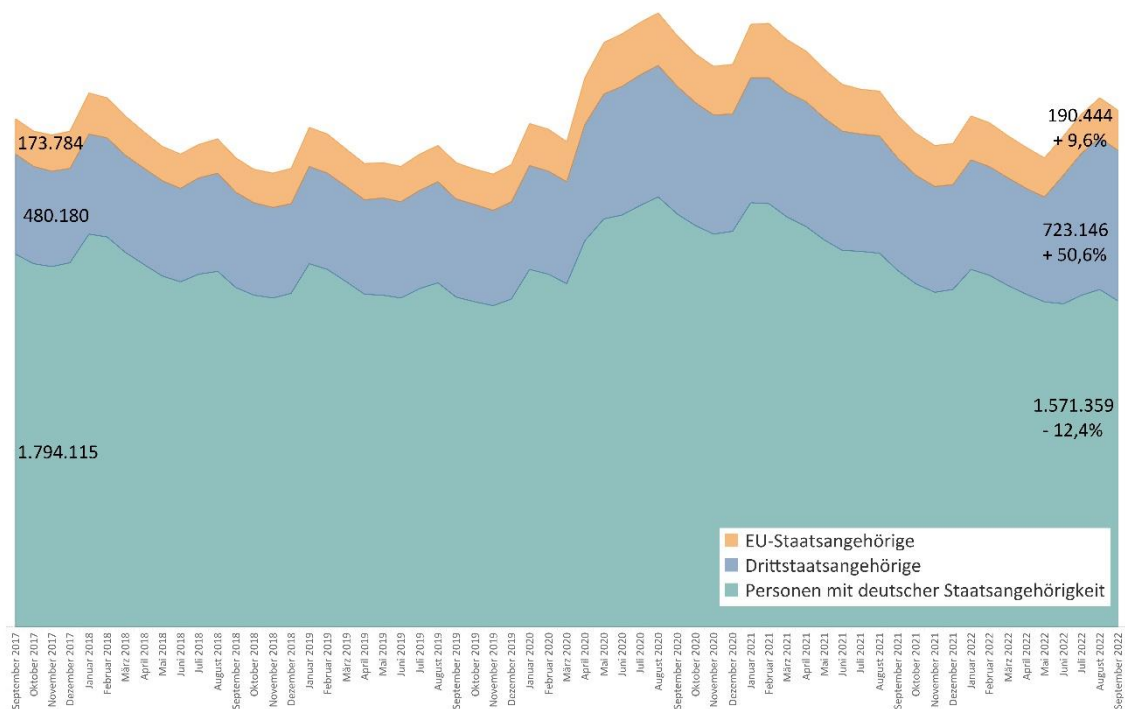


Abbildung 48: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach (Bundesagentur für Arbeit 2022k) © Minor

Verglichen mit September 2017 stieg die Zahl arbeitsloser EU-Staatsangehöriger im September 2022 um 9,6 % auf 190.444 Personen an. Es kann davon ausgegangen werden, dass die pandemiebedingte Krise des deutschen Arbeitsmarktes hierbei eine wichtige Rolle spielte, da sie besonders negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration von EU-Bürger*innen hatte (Becker & Hampel 2022; Behrendt 2021; Becker et al. 2021; Becker et al. 2020b). Allerdings ist zu beachten, dass es sich bei der EU-Migration nicht um eine lineare, sondern vielmehr eine zirkuläre und höchst dynamische Migrationsform handelt. So verlassen in den Alterskohorten der 30-60-Jährigen mehr als 50 % aller EU-Bürger*innen Deutschland nach einer Aufenthaltsdauer von weniger als vier Jahren. In den Alterskohorten der 20- bis unter 30-Jährigen sind es mehr als zwei Drittel (Abbildung 4).¹¹

Die besonders negativen Folgen der Corona-Eindämmungsmaßnahmen auf die Arbeitsmarktintegration der EU-Bürger*innen und die anschließende schnelle Erholung des Arbeitsmarktes (5.7 Deutschland: Pandemie-Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit) werfen die Frage auf, ob es sich 2022 bei den EU-Bürger*innen in Deutschland noch um dieselben Personen handelt, die 2020-2021 ihre Arbeit verloren haben. Wie viele von diesen Personen verließen das Land und zogen entweder in ihre Herkunftsstaaten

¹¹ Hier Ergebnisse unserer noch unveröffentlichten Untersuchung.

zurück oder im Zuge der EU-Freizügigkeit in einen anderen EU-Staat weiter? Und wie viele der Personen sind nach Deutschland zurückgekehrt, um erneut hier zu leben und zu arbeiten? Wichtig wäre in diesem Kontext auch die Beschäftigung mit der Frage, welche Unterstützungsmaßnahmen und -strukturen nötig und effektiv wären, um EU-Staatsangehörige auch in Krisenzeiten im Land zu halten? Die Beantwortung dieser Fragen wird vor dem Hintergrund des zunehmenden Fehlens von Arbeitskräften aufgrund einer schrumpfenden Bevölkerung (Dettmers 2022) zukünftig noch dringender sein.

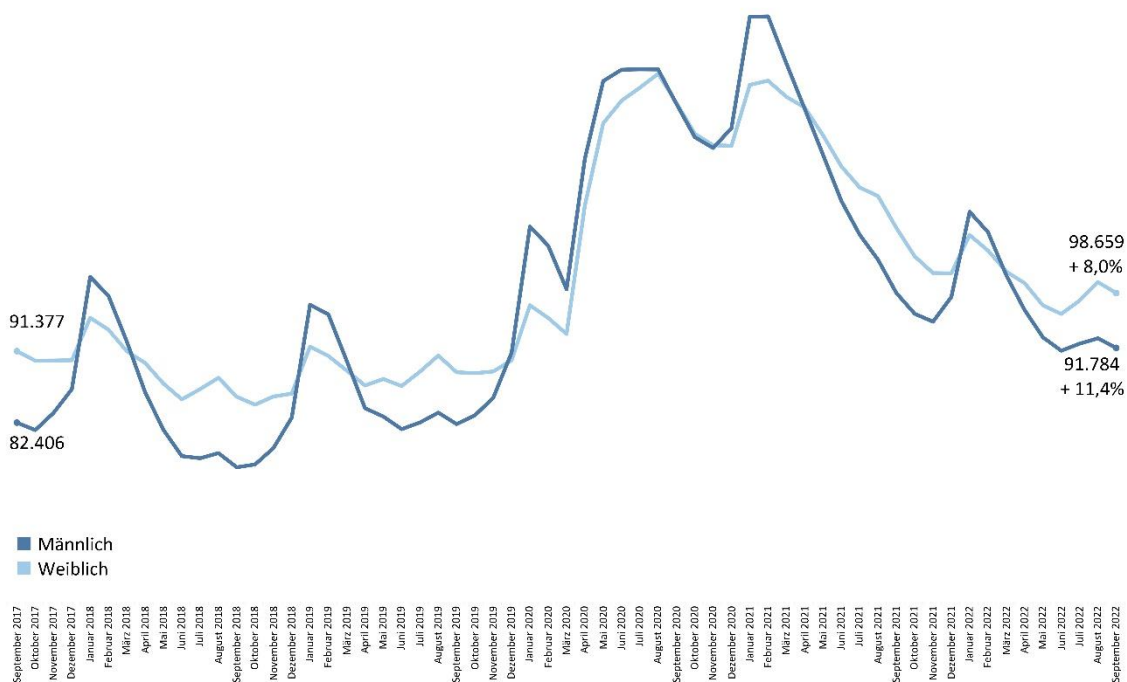


Abbildung 49: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Ähnlich wie bei der Zahl der Arbeitsuchenden (siehe Abbildung 47) zeigt die Entwicklung der Zahl männlicher Arbeitsloser aus der EU in Deutschland gegenüber der weiblichen Arbeitslosen aus der EU einen Verlauf mit stärkeren positiven wie negativen Ausschlägen. Ein wichtiger Grund dafür ist möglicherweise der Geschlechterunterschied bei den Berufsgruppen bzw. daraus resultierende Unterschiede in der Anzahl der saisonalen Beschäftigung.

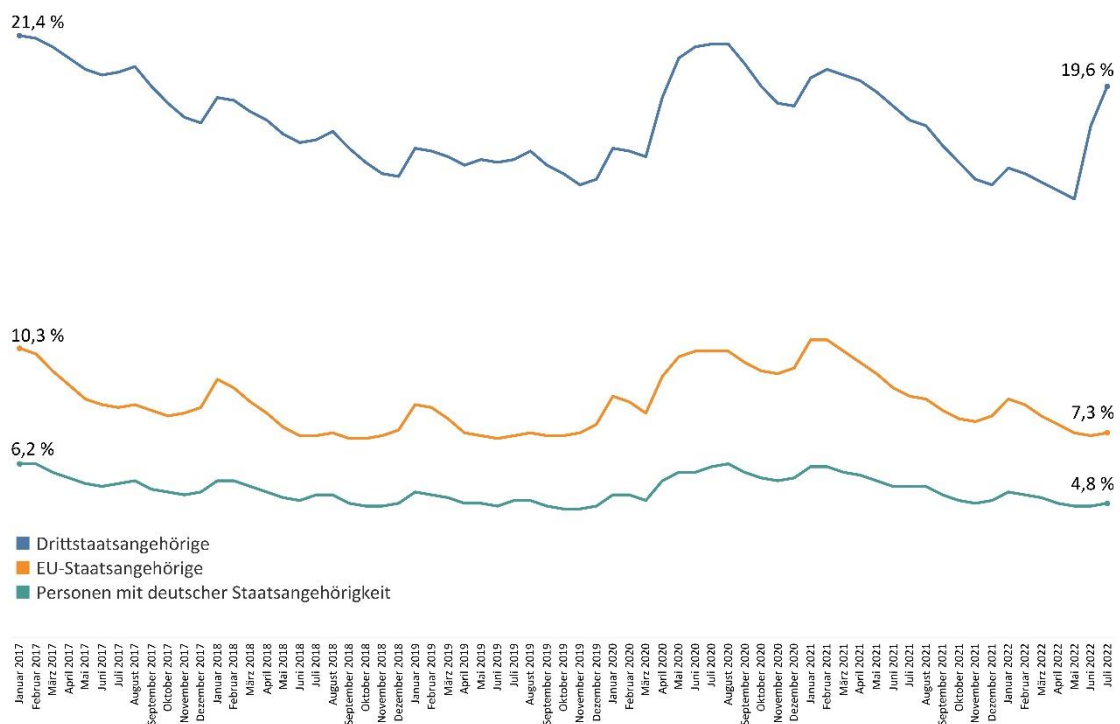


Abbildung 50: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022g © Minor

Im Juli 2022 betrug die Arbeitslosenquote der EU-Bürger*innen 7,3 % und damit 3 %-Punkte weniger als im Januar 2017. Der Abstand zur Arbeitslosenquote unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit verringerte sich in fünf Jahren von 4,1 %-Punkten im Januar 2017 auf 2,5 %-Punkte im Juli 2022. Unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit näherte sich die Arbeitslosenquote in den vergangenen fünf Jahren einer Vollbeschäftigung an.¹² Die Pensionierungswelle der sogenannten Babyboomer-Generation wird bis 2035 eine Beschäftigungslücke hinterlassen, die allein durch eine Erhöhung der Beschäftigungsquote nicht gefüllt werden kann. Zudem werden sich die Potenziale für deren Erhöhung unter den EU-Bürger*innen und Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bereits in den kommenden fünf bis zehn Jahren erschöpfen. Mehr Potenziale, diese Lücke zu füllen, liegen insbesondere in der Erhöhung der Beschäftigungsquote von Drittstaatsangehörigen, der Digitalisierung und Automatisierung ganzer Berufsgruppen und Wirtschaftszweige sowie in der Erhöhung der Vollzeitbeschäftigung und Zuwanderung.

Im Umkehrschluss bedeutet diese Entwicklung, dass in den kommenden fünfzehn Jahren das Potenzial jeder einzelnen Person von Bedeutung sein wird und entsprechend

¹² Von einer Vollbeschäftigung spricht man bei einer Arbeitslosenquote von unter 2 % [Bundeszentrale für Politische Bildung (2022)].

genutzt und gefördert werden sollte. Eine langfristige Bindung von Fachkräften und ihren Familienangehörigen vor Ort, die u. a. durch ein erfolgreiches Integrationsmanagement auf betrieblicher und lokaler Ebene gelingen kann, wird zunehmend von Bedeutung sein.

5.2. Sachsen-Anhalt: Beschäftigungszahlen und -quote sowie Arbeitssuchenden- und Arbeitslosenzahlen und die Arbeitslosenquote

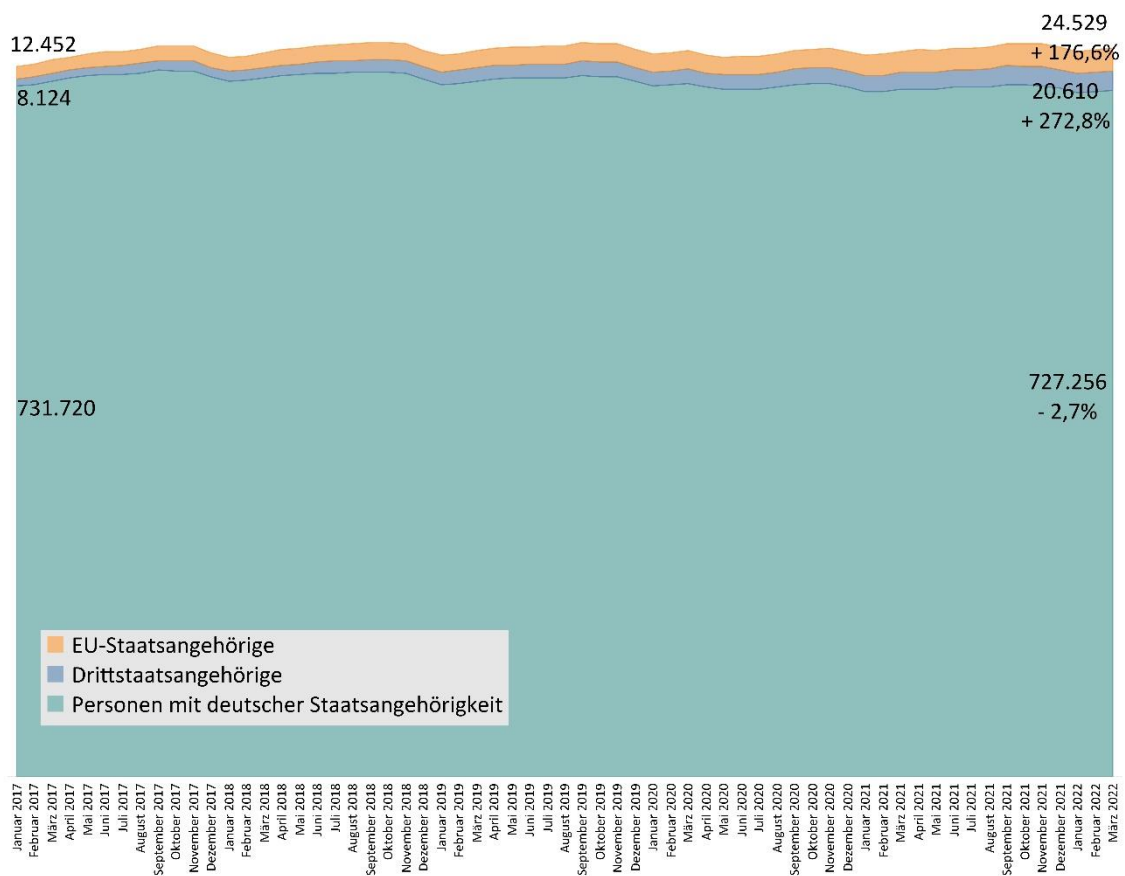


Abbildung 51: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und Veränderung der Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene mit einer EU-Staatsangehörigkeit stieg in Sachsen-Anhalt zwischen März 2017 und März 2022 um knapp 180 % auf rund 24.500 Personen an. EU-Staatsangehörige stellten im März 2022 insgesamt 3,2 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt dar (zum Vergleich: Deutschlandweit lag ihr Anteil bei 7,3 %). Die starken Zuwächse bei der Beschäftigungszahl von EU-Bürger*innen sind einerseits ein Zeichen des „Aufholens“ der bundesweiten Entwicklung. Andererseits deuten sie aber auch auf die zunehmenden

Pull-Effekte des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt hin. Eine zentrale Frage an dieser Stelle ist die, ob diese Zuwächse durch Community-Effekte zum „Selbstläufer“ werden oder ob es sich dabei aufgrund der sich erschöpfenden Kontingente in den Herkunftstaaten um eine Art letztes „Strohfeuer“ handelt, bevor die Zahl der EU-Beschäftigten in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren stagnieren oder gar zurückgehen wird. Eine weitere eng damit verbundene Frage ist die zur durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt.

Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene mit deutscher Staatsangehörigkeit sank in Sachsen-Anhalt entgegen dem bundesdeutschen Trend zwischen Januar 2017 und März 2022 um 2,7 % auf 728.256 Personen. Das Potenzial für die Erhöhung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten scheint sich vor dem Hintergrund der über Jahre sinkenden Arbeitslosenquote bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Abbildung 61) jedoch weitestgehend zu erschöpfen. Laut den Ergebnissen der 7. Regionalisierten Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2021 erhöhte sich der Altenquotient¹³ in Sachsen-Anhalt von 0,19 im Jahr 1990 auf 0,40 2019 (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2021a: 2; 11-13). Auch beim Billeter-Maß¹⁴ erhöhte sich die Negativität des Quotienten von -0,77 (2008) auf -1,10 (2019), was eine Beschleunigung des Bevölkerungsschrumpfung in Sachsen-Anhalt bedeutet (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2021a: 12):

„Der massive Wanderungsverlust in den jüngeren Altersgruppen seit der deutschen Wiedervereinigung führte in Sachsen-Anhalt zu einer Veränderung der Alterspyramide, die heute nahezu umgedreht auf der Spitze steht.“ (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2021a: 2)

¹³ Der Altenquotient setzt die nicht mehr erwerbsfähigen Personen im Rentenalter mit Beginn des 67. Lebensjahres ins Verhältnis zu den Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und unter 67 Lebensjahren. Er gibt an, wie viele Personen ab 67 Lebensjahre pro 1 Person zwischen 20 und unter 67 Lebensjahren in der Gesellschaft leben (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2021a: 2).

¹⁴ Das Billeter-Maß wird zur Beschreibung des demografischen Alterns einer Gesellschaft benutzt. Es errechnet sich, indem die Großelterngeneration ab 50 Lebensjahren (nicht mehr reproduzierender Teil der Gesellschaft) von der Kindergeneration unter 15 Lebensjahren (reproduzierender Teil der Gesellschaft) abgezogen und anschließend ins Verhältnis zur Elterngeneration zwischen 15 und unter 50 Lebensjahren gesetzt wird (sich reproduzierender Teil der Gesellschaft). In Gesellschaften mit einem positiven Billeter-Maß übersteigt der Anteil der Kindergeneration den Anteil der Großelterngeneration. Ihr Bestand nimmt zu und ihre Altersstruktur verjüngt sich. In Gesellschaften mit einem negativen Billeter-Maß übersteigt der Anteil der Großelterngeneration den Anteil der Kindergeneration. Ihr Bestand nimmt ab und ihre Altersstruktur vergreist. Je höher der Betrag des Billeter-Maßes ist, desto höher ist der Grad der Bevölkerungszunahme beziehungsweise Bevölkerungsabnahme. Bei der Interpretation des Billeter-Maßes ist darauf zu achten, dass der Quotient eventuelle Wanderungseffekte, denen die Bevölkerung unterliegen kann, ignoriert (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2021a: 4).

Der Prozess der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung verläuft in Sachsen-Anhalt schneller als deutschlandweit, weshalb die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften von besonderer Dringlichkeit ist.

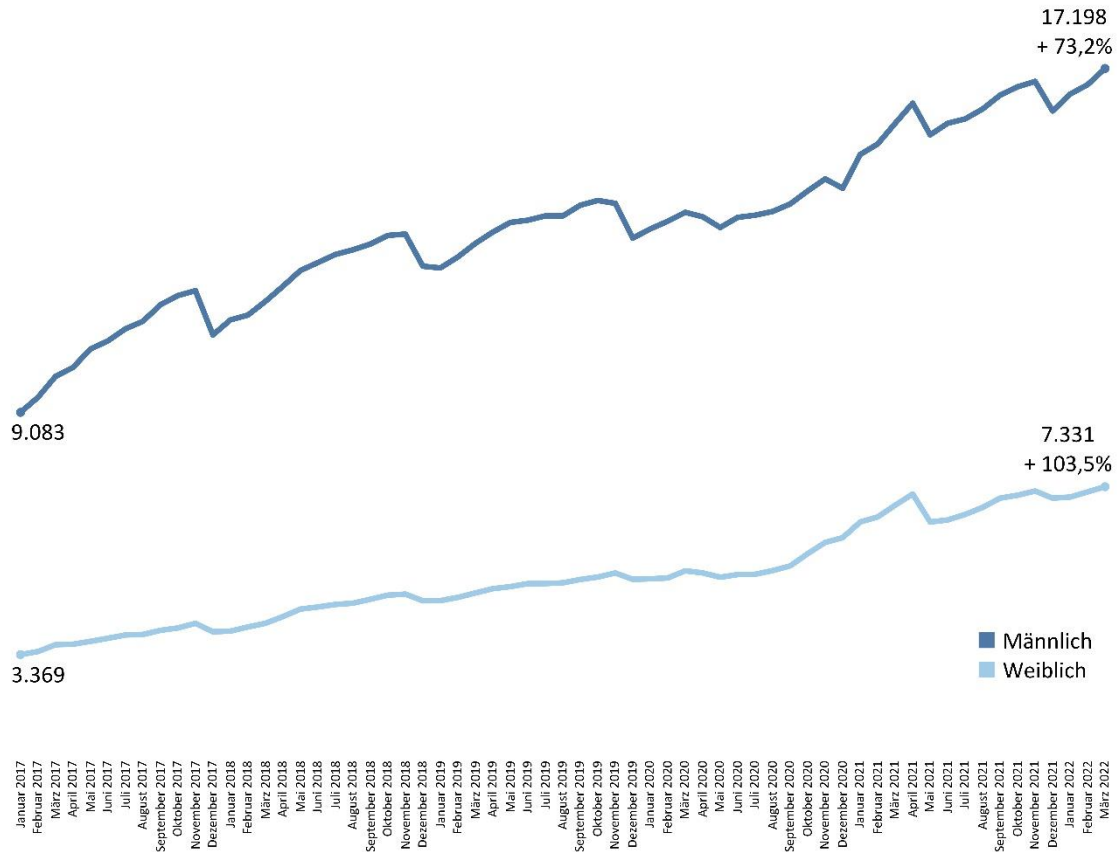


Abbildung 52: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Ausgehend von einer höheren Zahl als die der weiblichen Beschäftigten mit einer EU-Staatsangehörigkeit wuchs die Zahl männlicher sozialversicherungspflichtig beschäftigter EU-Staatsangehöriger in Sachsen-Anhalt im März 2022 ggü. März 2017 um 73,2%. Die Zunahme der Zahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit einer EU-Staatsangehörigkeit stieg im gleichen Zeitraum um mehr als 100 % an.

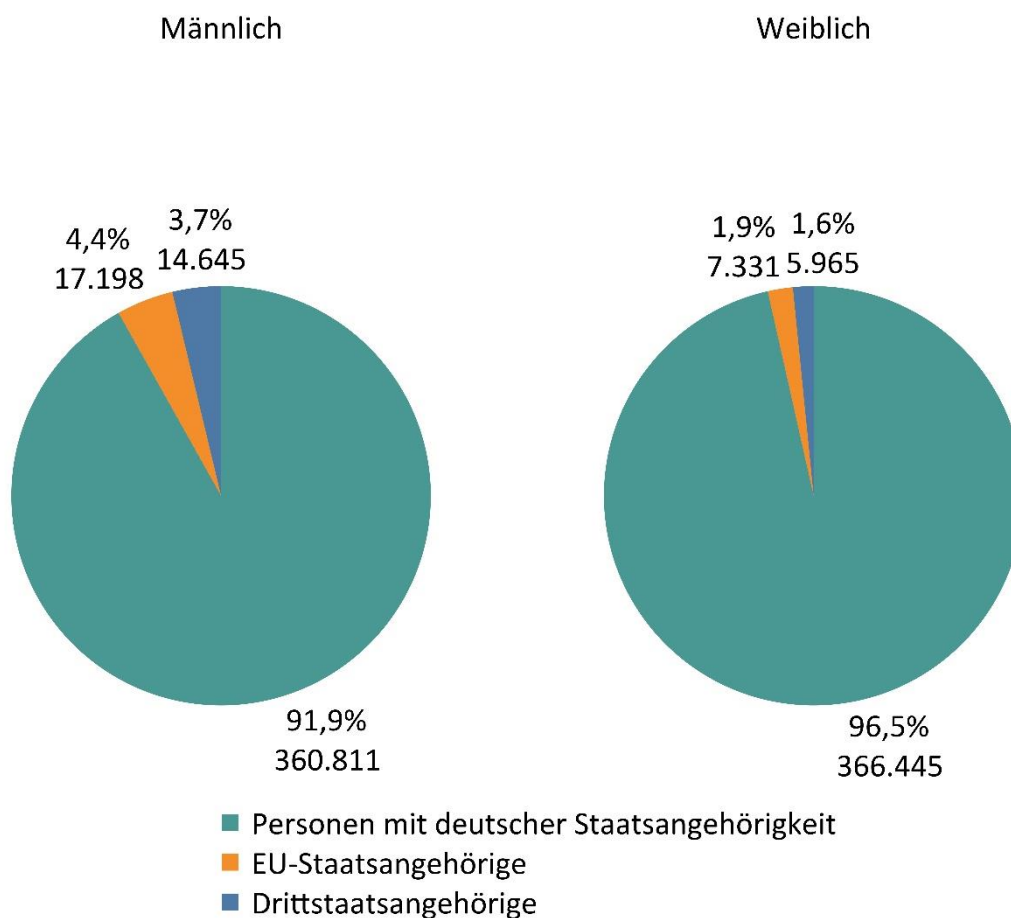


Abbildung 53: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Sachsen-Anhalt im März 2022 und ihr Anteil an allen Beschäftigten

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Die Anteile männlicher und weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit einer EU-Staatsangehörigkeit an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt lagen unter den bundesdeutschen Werten. Vor dem Hintergrund der EU-Freizügigkeit ist davon auszugehen, dass es sich bei den EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt vordergründig um Personen handelt, die zum Zwecke eines Studiums oder einer Beschäftigung gekommen sind. Dies bestätigen auch die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten (Abbildung 54 und Abbildung 61). Umso bedeutender ist es für die Fachkräftegewinnung und -sicherung im Kontext der Zuwanderung aus EU-Staaten, mehr über die Motive und Aspirationen der zuwandernden Personen zu wissen, um basierend darauf Integrationsmaßnahmen und Beratungsangebote anzupassen bzw. zu erweitern und damit die Pull-Effekte des Verbleibs zu stärken.

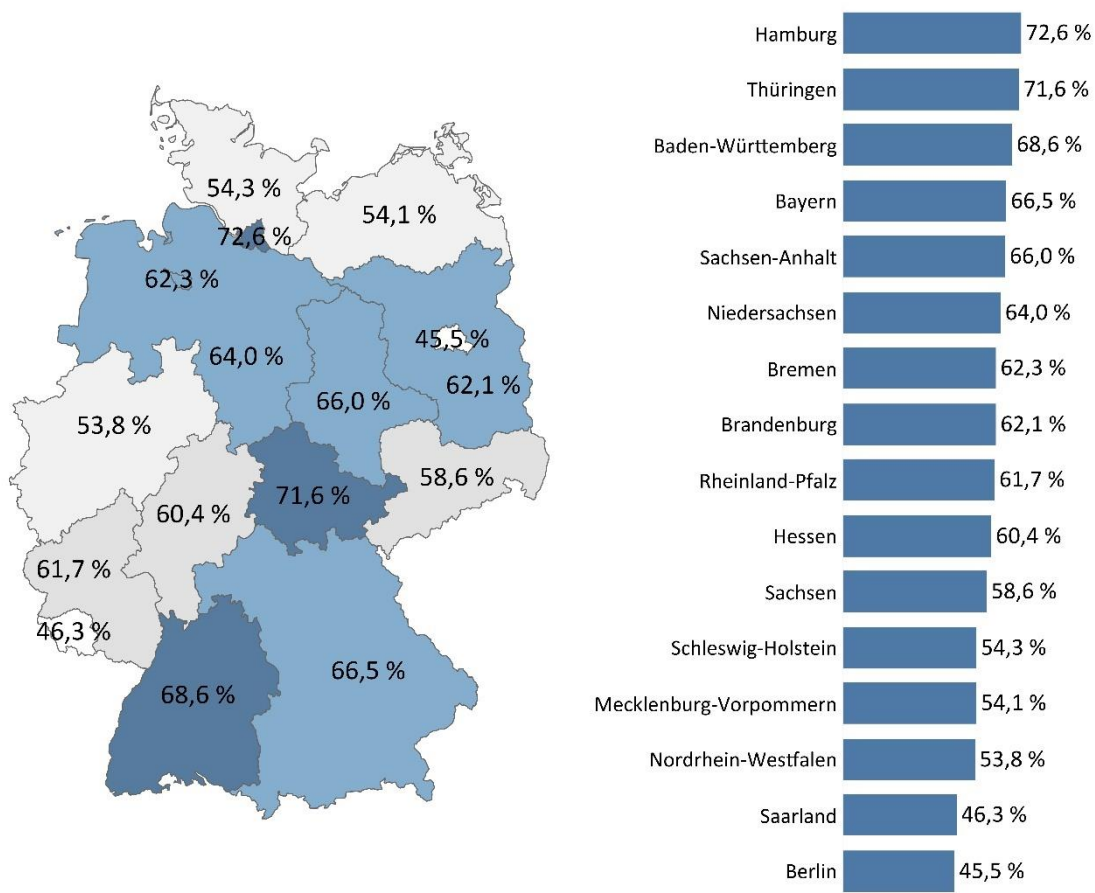


Abbildung 54: Beschäftigungsquote der EU-Bürger*innen nach Bundesland im April 2022¹⁵

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022f © Minor

Verglichen mit anderen Bundesländern lag Sachsen-Anhalt bei der Beschäftigungsquote der EU-Bürger*innen mit 66 % im April 2022 im oberen Drittel. Im Mai 2022 stieg die Quote auf 66,8 % an (Bundesagentur für Arbeit 2022f), wobei die der Angehörigen aus den Staaten der EU-Osterweiterung (EU-11) mit 69 % noch höher lag und damit fast an die Beschäftigungsquote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit heranreichte (70,5 %).

¹⁵ Aufgrund von geringen Fallzahlen sowie unterschiedlicher Datenquellen können die Daten bzw. Quoten stärkeren kurzfristigen oder zufälligen Schwankungen unterliegen, die die Vergleichbarkeit einschränken können (Hinweis Bundesagentur für Arbeit).

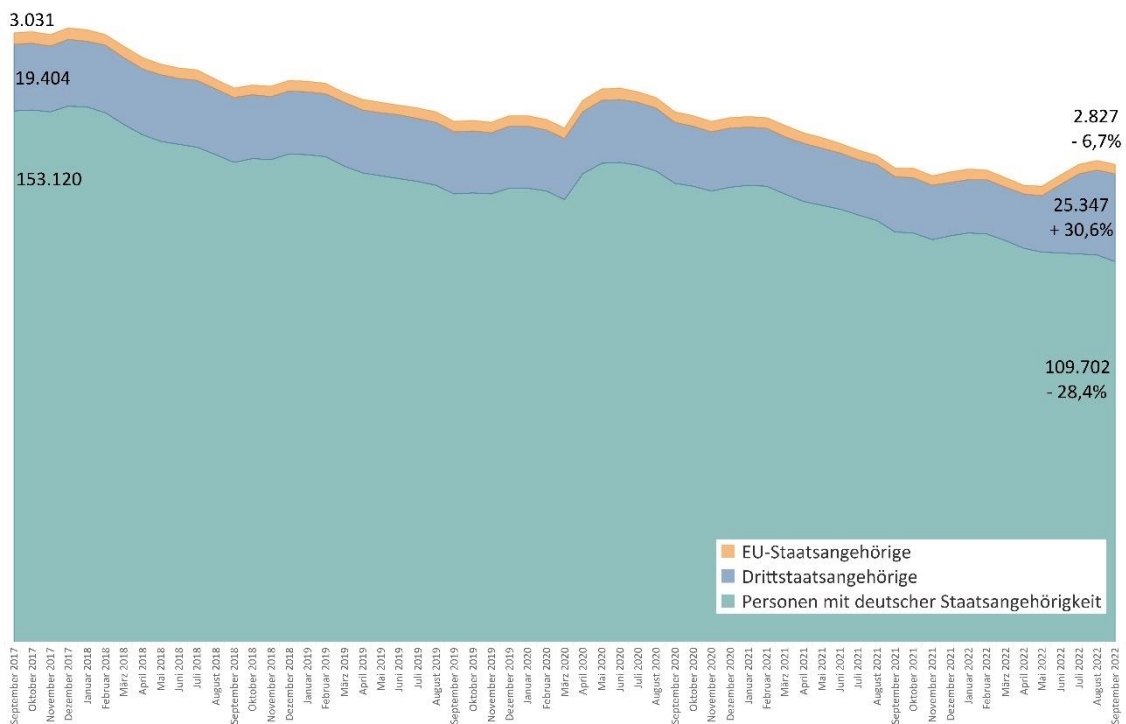


Abbildung 55: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Zwischen September 2017 und September 2022 sank in Sachsen-Anhalt, wie auch deutschlandweit, die Zahl Arbeitssuchender sowohl mit einer deutschen Staatsangehörigkeit als auch mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates. Die Steigerung der Zahl Arbeitssuchender unter den Drittstaatsangehörigen ist wiederum im Kontext der Flucht-migration aus der Ukraine zu sehen.

Eine zentrale Frage an dieser Stelle ist die nach der Dynamik der Migration von EU-Staatsangehörigen in Sachsen-Anhalt: Leben die arbeitssuchenden EU-Bürger*innen von 2017 noch immer in Sachsen-Anhalt? Stehen sie mittlerweile in einem Beschäfti-gungsverhältnis? Oder haben sie das Land zwischenzeitlich verlassen? Wenn ja, sind sie dann wieder zurückgekehrt oder realisieren sie ihre beruflichen Chancen außerhalb des Landes? Die Beantwortung dieser Fragen ist relevant, um basierend darauf geeignete Maßnahmen und Strategien entwickeln zu können, die dazu beitragen, die Abwande-rung von EU-Bürger*innen in Zukunft zu reduzieren und ihre Verankerung in Sachsen-Anhalt langfristig zu erhöhen.

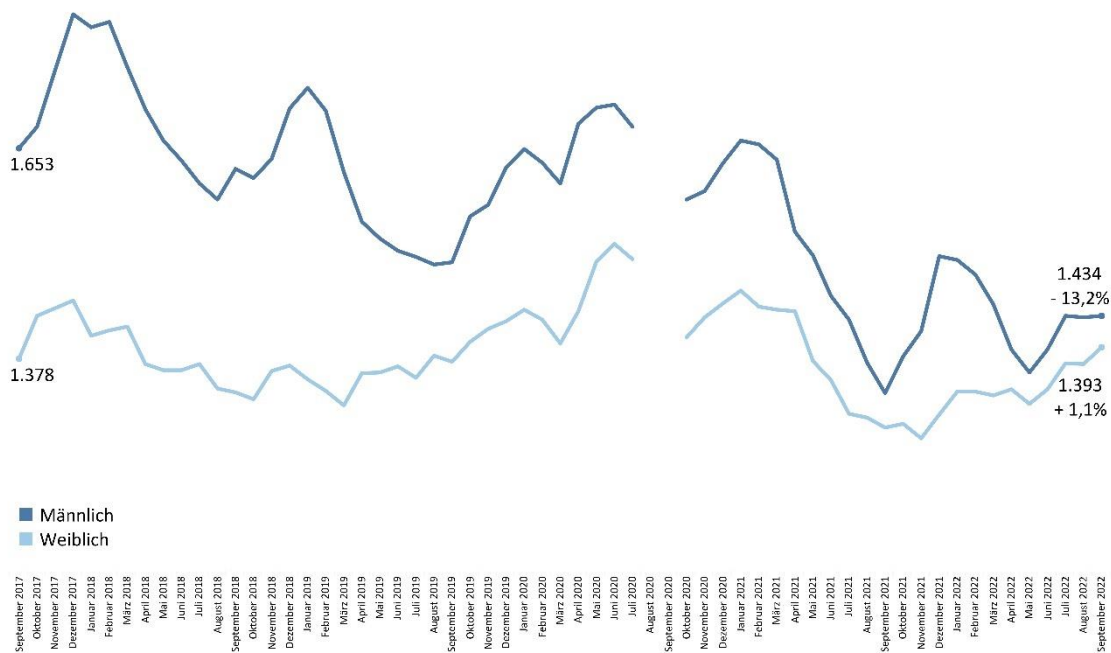


Abbildung 56: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent¹⁶

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022! © Minor

Die Konvergenz in der Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht zwischen September 2017 und 2022 hat mehrere mögliche Ursachen. Die Anzahl männlicher EU-Bürger*innen im Alter zwischen 15-65 Jahren (Erwerbspersonen) in Sachsen-Anhalt betrug am 31.12.2021 21.200 Personen, eine Zunahme von 16,1 % ggü. dem 31.12.2017 (eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2022b). Die Anzahl weiblicher EU-Staatsangehöriger im gleichen Alter betrug in Sachsen-Anhalt am 31.12.2021 12.985 Personen, eine Zunahme um 31 % ggü. dem 31.12.2017 (Statistisches Bundesamt 2022b).

Die zu beobachtende Konvergenz könnte am stärkeren Anstieg weiblicher Erwerbspersonen verglichen mit männlichen Personen bei gleichem Rückgang der Zahl Arbeitssuchender für beide Geschlechter liegen. Wenn das zutrifft, wird mittelfristig, nach einer Angleichung der Erwerbspersonenzahl nach Geschlecht, eine ähnliche Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender zu beobachten sein. Inwiefern dabei möglicherweise unterschiedliche Berufsgruppen weiblicher und männlicher EU-Staatsangehöriger einen Einfluss auf die Entwicklung der Beschäftigten-, Arbeitssuchenden- und Arbeitslosenzahl und -quote haben, muss in einer separaten Sonderauswertung und Analyse untersucht werden. Weiterhin wäre es aufschlussreich, auch im Hinblick auf die Altersstruktur der einzelnen Berufsgruppen nach Staatsangehörigkeit auszuwerten.

¹⁶ Die Lücke in der Grafik ist durch fehlende Daten zu erklären.

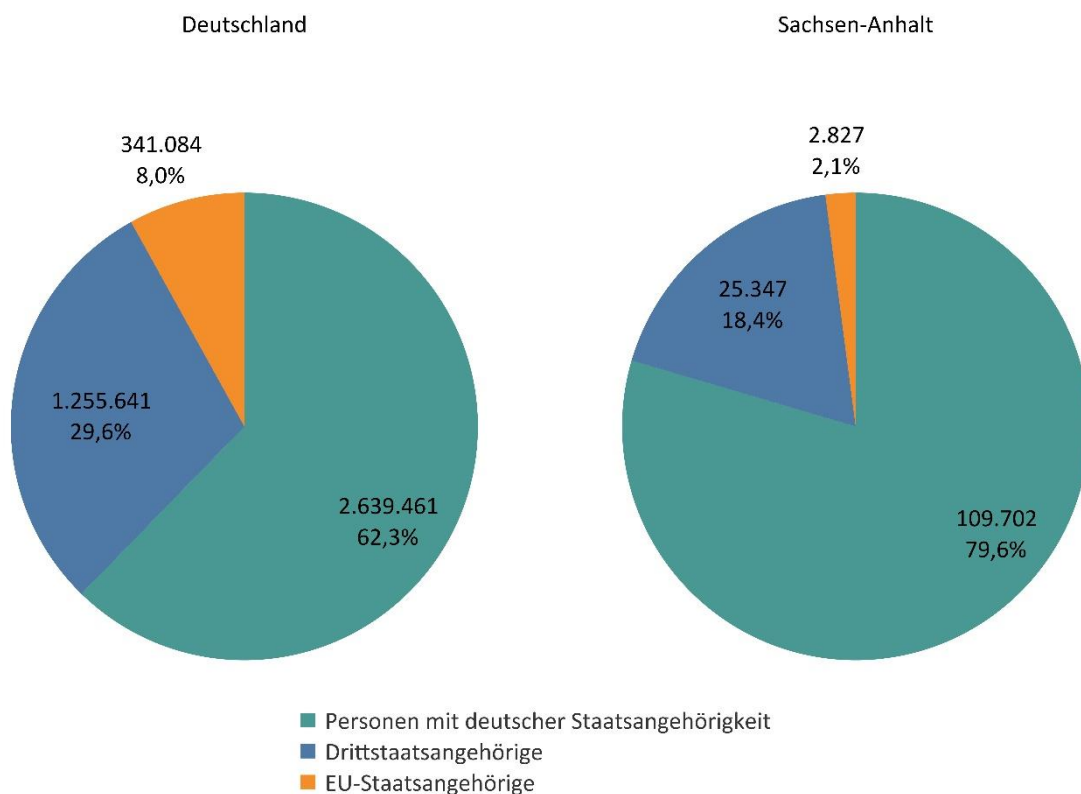


Abbildung 57: Anzahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und Sachsen-Anhalt im September 2022 und ihr Anteil an jeweils allen Arbeitssuchenden

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k, 2022l © Minor

Der Anteil Arbeitssuchender mit einer EU-Staatsangehörigkeit an allen Arbeitssuchenden in Sachsen-Anhalt betrug im September 2022 2,1 %, ein Anstieg um 0,4 %-Punkte im Vergleich zu September 2017.¹⁷

Zwischen Januar 2017 und April 2022 sank die Zahl arbeitssuchender Drittstaatsangehöriger von 18.252 Personen um 14,9 % auf 15.526 Personen und stieg bis September 2022 auf 25.962 Personen an. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der einsetzenden Fluchtmigration stieg die Zahl arbeitssuchender ukrainischer Staatsangehöriger von 503 im April 2022 auf 9.893 im September 2022 an, eine Zunahme von 1.867 %. Insgesamt stellten ukrainische Staatsangehörige in Sachsen-Anhalt im September 2022 38,1 % aller arbeitssuchenden Drittstaatsangehörigen dar (eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit 2022l).

¹⁷ Genauere Auswirkungen der Corona-Eindämmungsmaßnahmen auf die Zahlen der Beschäftigten, Arbeitssuchenden und Arbeitslosen werden im Kapitel 5.8 erörtert.

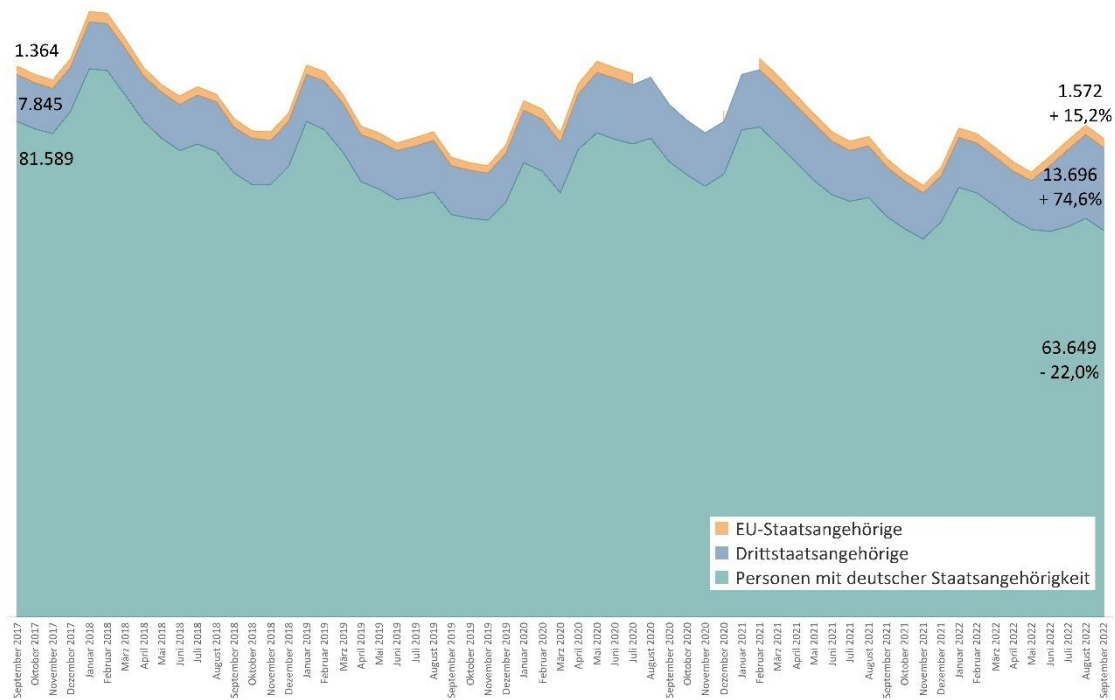


Abbildung 58: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent¹⁸
 Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022! © Minor

Verglichen mit September 2017 stieg die Zahl arbeitsloser EU-Staatsangehöriger in Sachsen-Anhalt im September 2022 um 15,2 % auf 1.572 Personen an. Wie auch bundesweit zeigte die pandemiebedingte Krise des deutschen Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt besonders negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration von EU-Bürger*innen.¹⁹ Die Zahl arbeitsloser Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sank hingegen im gleichen Zeitraum um 22 % auf 63.649 Personen. Die Steigerung der Zahl arbeitsloser Personen mit einer Drittstaatsangehörigkeit geht vorwiegend auf die Erhöhung der Erwerbslosenzahl im Zuge der Fluchtzuwanderung aus der Ukraine zurück. Die absoluten Zahlen relativieren sich jedoch, sofern die Arbeitslosenquote herangezogen wird (Abbildung 61).

¹⁸ Die Lücke in der Grafik ist durch fehlende Daten zu erklären.

¹⁹ Für die Monate August, Oktober und November 2020 sowie Januar 2021 liegen leider keine Zahlen für arbeitslose EU-Staatsangehörige vor.

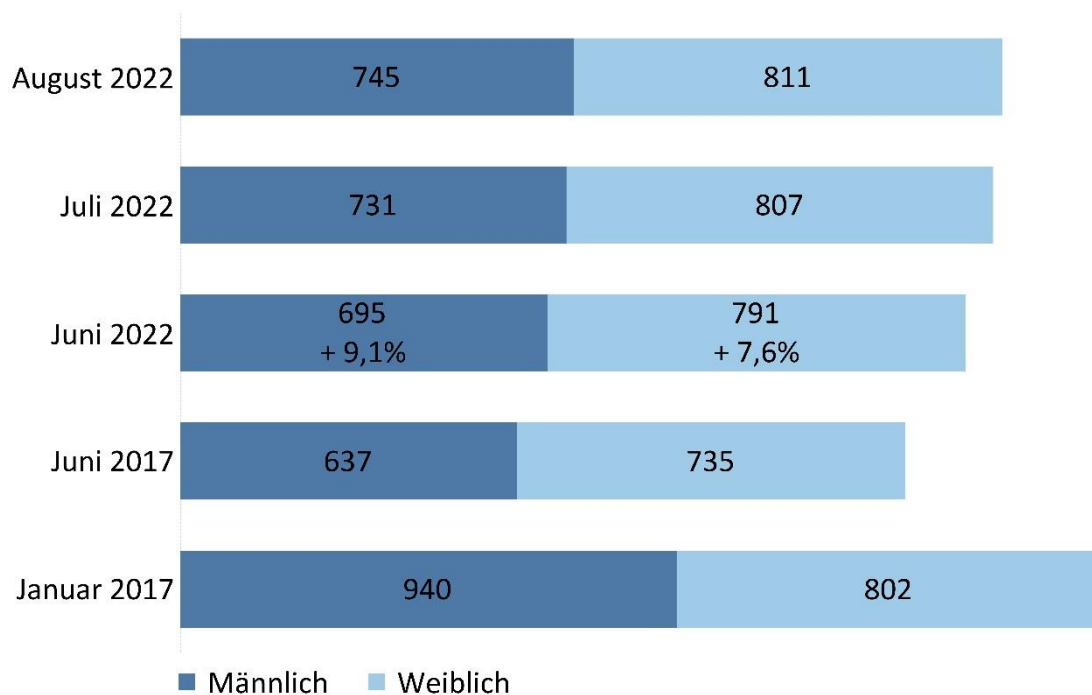


Abbildung 59: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im Juni 2022 ggü. Juni 2017 in Prozent²⁰

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Die Zahlen der Arbeitslosen in den Monaten Januar und Juni 2017 demonstrieren die reguläre Entwicklung mit sinkenden Arbeitslosenzahlen in den Sommermonaten und steigenden Zahlen im Spätherbst und Winter. Verglichen mit Juni 2017 nahm die Zahl arbeitsloser männlicher EU-Staatsangehöriger im Juni 2022 jedoch um 9,1 %, die der arbeitslosen weiblichen EU-Bürger*innen um 7,6 % zu. Die Steigerung der Arbeitslosenzahlen für beide Geschlechter in den Sommermonaten deutet auf die Abkühlung der Konjunktur hin, bedingt durch negative externe Effekte. Dass sich sowohl Disruptionen des Arbeitsmarkts als auch dessen Erholung schneller und stärker auf EU-Staatsangehörige als auf Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit auswirken, zeigte u. a. die Analyse der Effekte der Coronaeindämmungsmaßnahmen auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Becker et al. 2021; Becker et al. 2020b). Eine andere Erklärung für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen könnte ferner die Zunahme der Erwerbepersonen beider Geschlechter unter den EU-Bürger*innen sein.

²⁰ Aufgrund mehrheitlich fehlender Datenpunkte bei der nach Geschlecht ausdifferenzierten Anzahl arbeitsloser EU-Staatsangehöriger, kann keine zeitliche Entwicklung aufgezeichnet werden. Ebenfalls kann lediglich eine Veränderung Juni 2022 ggü. Juni 2017 demonstriert werden, da für September 2022 und 2017 die Datenpunkte in der Statistik fehlen.

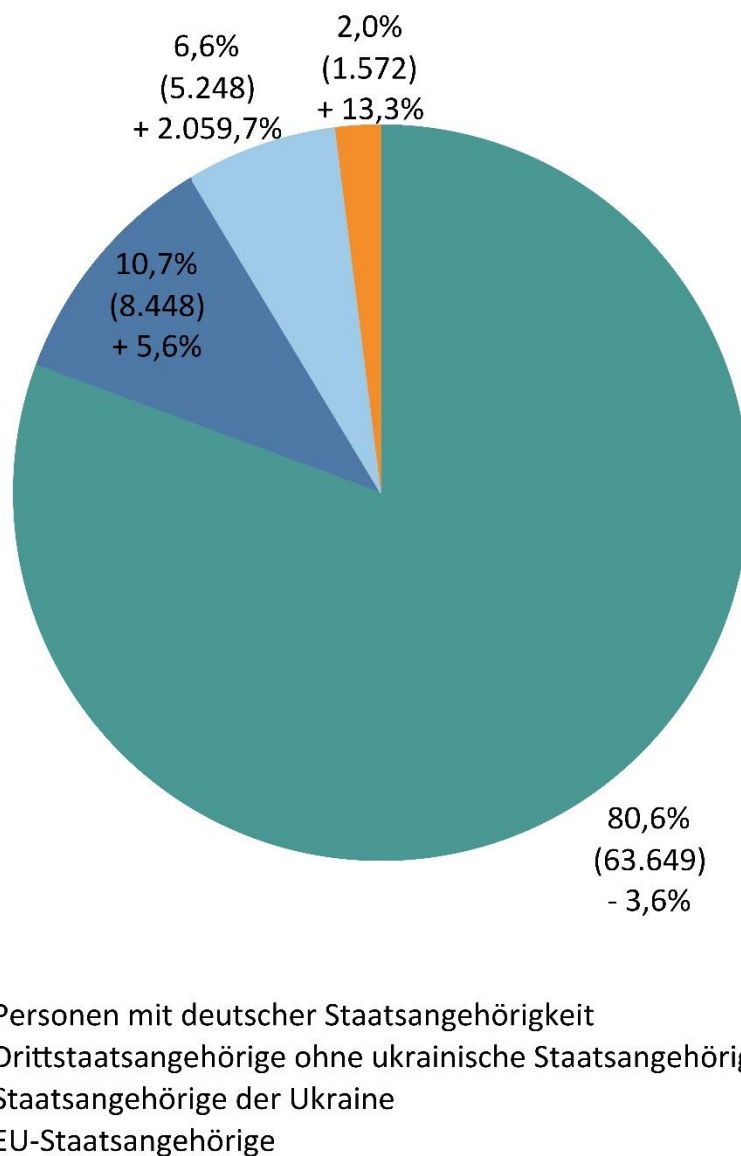


Abbildung 60: Anzahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im September 2022 sowie ihr jeweiliger Anteil an allen arbeitslosen Personen (oben) und die Veränderung zum Vorjahr (unten) in Prozent

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k, 2022l © Minor

Zwei Prozent aller arbeitslosen Personen in Sachsen-Anhalt waren im September 2022 EU-Staatsangehörige, die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 13,3 %. Während der Anteil arbeitsloser Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit um 3,6 % zurückging, stieg der Anteil arbeitsloser Drittstaatsangehöriger auf insgesamt 17,4 % (13.696 Personen) an. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf den Anstieg der Arbeitslosenzahl der ukrainischen Staatsangehörigen seit März 2022. Ohne diese Personengruppe betrug der Anstieg unter den Drittstaatsangehörigen lediglich +5,6 % und lag damit unter dem Wert der EU-Bürger*innen.

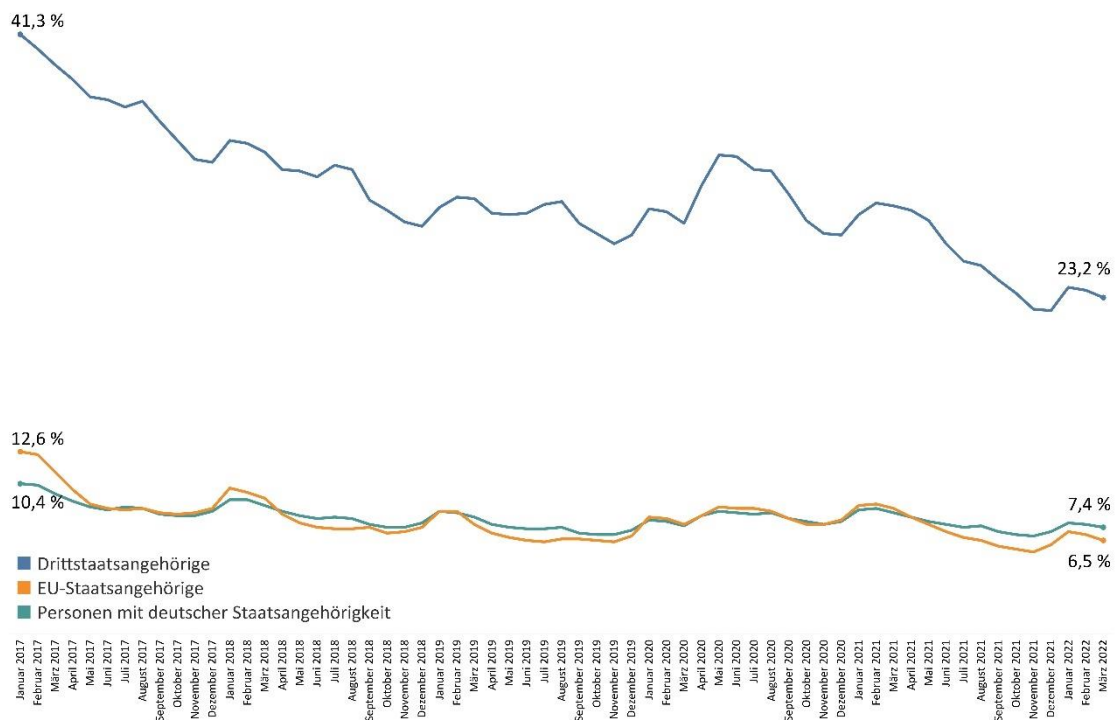


Abbildung 61: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt zwischen 2017 und 2022

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022h © Minor

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen der EU-Staatsangehörigen in den Jahren 2017 bis 2022 relativiert sich sehr stark, wenn man zusätzlich die Entwicklung der Arbeitslosenquote betrachtet. Diese sank in Sachsen-Anhalt zwischen Januar 2017 und März 2022 von 12,6 % auf 6,5 % und lag im März 2022 sogar deutlich unter der Arbeitslosenquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Zahl der Erwerbspersonen mit einer EU-Staatsangehörigkeit zwischen März und September 2022 deutlich zugenommen hat. Aufgrund der steigenden Zahl arbeitsloser Personen unter den EU-Staatsangehörigen in den Monaten zwischen März und September 2022 kann in diesem Zeitraum von einem Anstieg der Arbeitslosenquote ausgegangen werden.

Eine hohe Beschäftigungsquote der EU-Staatsangehörigen (Abbildung 54), die bei EU-11-Staatsangehörigen fast an die Quote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit heranreicht sowie die niedrige Arbeitslosenquote, sprechen dafür, dass Erwerbspersonen mit EU-Staatsangehörigkeit vorwiegend mit dem Ziel einer Arbeitsaufnahme nach Sachsen-Anhalt kommen. Eine heraufziehende wirtschaftliche Eintrübung oder gar eine wirtschaftliche Disruption, von der EU-Staatsangehörige höchstwahrscheinlich wieder deutlich schneller und stärker betroffen wären, wirft die Frage nach geeigneten Instrumenten auf, um die Personengruppe bis zum Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung erfolgreich in Sachsen-Anhalt halten zu können.

5.3. Berufsabschlüsse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland und Sachsen-Anhalt

Erfassung des Berufsabschlusses und des Anforderungsniveaus der ausgeübten Tätigkeit

Die Daten zum Berufsabschluss und zum Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beruhen auf Angaben der Arbeitgeber*innen. Zur Erstattung der Meldungen sind diese nach § 28a SGB IV gesetzlich verpflichtet. Die Meldungen zur Sozialversicherung mit der Angabe des Tätigkeitsschlüssels dienen der Bundesagentur für Arbeit als Grundlage zur Erstellung einer Statistik über die Beschäftigung. Der Tätigkeitsschlüssel beinhaltet insgesamt neun Stellen:

Stellen 1-5 beinhalten die Angaben zur ausgeübten Tätigkeit, die mit einem fünfstelligen Nummerncode verschlüsselt wird. Maßgebend dabei ist einzig die Tätigkeit, die der*die Beschäftigte aktuell im Betrieb ausübt. Das gilt auch, wenn diese Tätigkeit nicht dem erlernten Beruf entspricht. Die Grundlage für die Verschlüsselung bildet die „Klassifikation der Berufe 2010“ (KldB 2010). Die Stelle 5 des Schlüssels zur ausgeübten Tätigkeit kennzeichnet das Anforderungsniveau, welches üblicherweise mit dem ausgewählten Beruf verbunden ist. Es ist nicht mit dem beruflichen Bildungsniveau zu verwechseln, sondern zeigt an, wie komplex oder schwierig die ausgeübte berufliche Tätigkeit ist. Dabei wird zwischen vier Anforderungsniveaus unterschieden:

- 1 Helfer*in
- 2 Fachkraft
- 3 Spezialist*in
- 4 Experte/ Expertin

Stelle 6 beinhaltet den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der*des Beschäftigten. Der Schulabschluss ist dabei unabhängig von ihrer*seiner aktuellen Tätigkeit zu sehen:

- 1 Ohne Schulabschluss
- 2 Haupt-/Volksschulabschluss
- 3 Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss
- 4 Abitur/Fachabitur
- 9 Abschluss unbekannt

Stelle 7 beinhaltet den höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss. Der Ausbildungsabschluss der*des Beschäftigten ist unabhängig von ihrer*seiner aktuellen Tätigkeit zu sehen.

- 1 Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss
- 2 Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung
- 3 Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss
- 4 Bachelor
- 5 Diplom/Magister/Master/Staatsexamen
- 6 Promotion
- 9 Abschluss unbekannt

Stelle 8 beinhaltet die Angaben über die Arbeitnehmerüberlassung. Lediglich Zeitarbeitsunternehmen mit einer Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (§ 1 AÜG) können an der Stelle unterscheiden, ob ihre Arbeitnehmer*innen als Zeitarbeitnehmer*innen (Leiharbeitnehmer*innen) eingesetzt werden oder nicht. Alle anderen Unternehmen verschlüsseln ihre Beschäftigten mit der Schlüsselzahl 1.

- 1 nein
- 2 ja

Stelle 9 beinhaltet die Angaben über die Vertragsform

- 1 unbefristeter Arbeitsvertrag - Vollzeit
- 2 unbefristeter Arbeitsvertrag - Teilzeit
- 3 befristeter Arbeitsvertrag - Vollzeit
- 4 befristeter Arbeitsvertrag - Teilzeit

Quelle: (Bundesagentur für Arbeit 2022m; Lohn-Info)

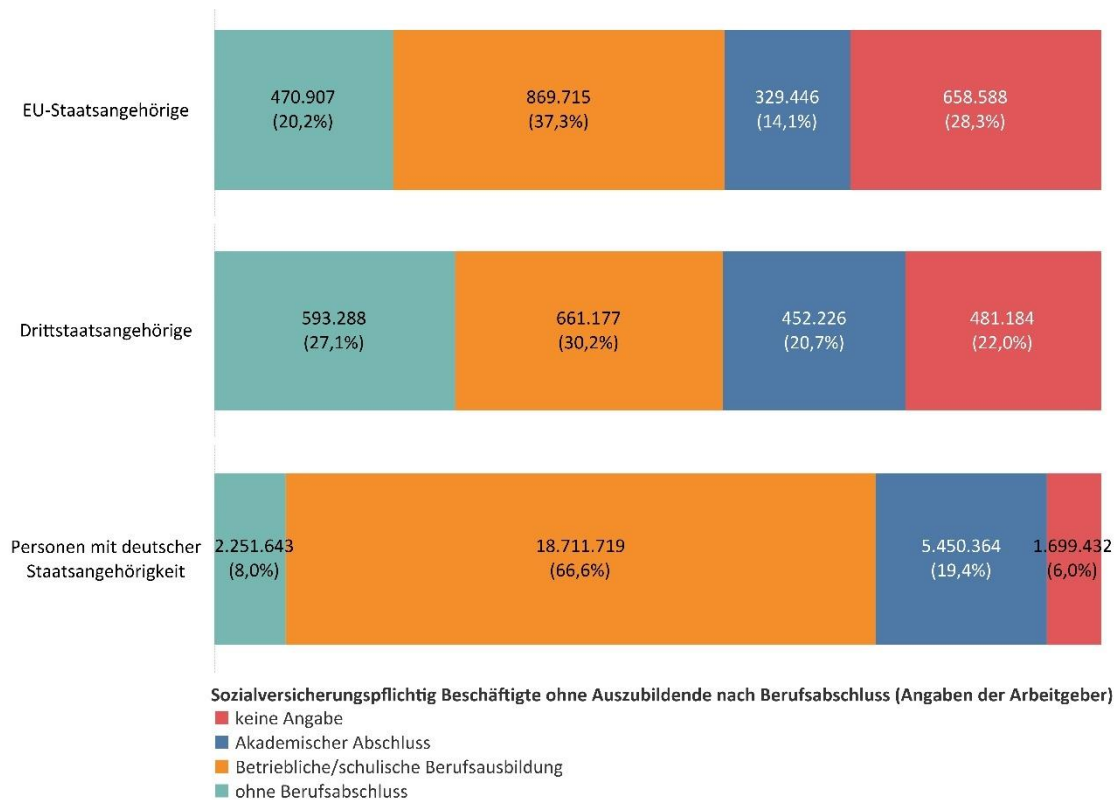


Abbildung 62: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende im Januar) 2022 in Deutschland nach Berufsabschluss (Angabe der Arbeitgeber*innen) und Staatsangehörigkeit sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleicher Staatsangehörigkeit
Eigene Berechnung und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Die meisten sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Staatsangehörigen in Deutschland haben laut Angabe ihrer Arbeitgeber*innen eine betriebliche bzw. eine schulische Berufsausbildung abgeschlossen. Personen mit dieser Form der Ausbildung bilden auch unter den Drittstaatsangehörigen (30,2 %) sowie unter Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (66,6 %) die größte Gruppe.

Für 28,3 % der EU-Bürger*innen liegen keine Angaben der Arbeitgeber*innen zu ihrem Berufsabschluss vor – mehr als für die Gruppe der Drittstaatsangehörigen und die der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Warum die Angaben fehlen, kann unterschiedliche Gründe haben, bedeutet in vielen Fällen jedoch nicht, dass die betroffenen Personen tatsächlich über keinen Abschluss verfügen. Vielmehr spielt bei ihnen, wie auch bei den 20,2 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Bürger*innen, die laut ihrer Arbeitgeber*innen über keinen Berufsabschluss verfügten, das System der Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Deutschland eine zentrale Rolle. Die hohen Anteile mit fehlenden Angaben zu vorhandenen Qualifikationen bei EU- und Drittstaatsangehörigen werden in der öffentlichen Diskussion oft als ein Nichtvorhandensein von Qualifikationen wahrgenommen. Der Diskurs einer durchaus erfolgreichen Arbeitsmarktintegration dieser Zuwanderungsgruppen wird dadurch negativ beeinflusst. Bekannt wird hierbei, dass in vielen Fällen Qualifikationen, Berufserfahrungen und -

kenntnisse vorhanden sind, diese jedoch mangels Unterlagen und/oder aufgrund eines aufwendigen und kostenintensiven Anerkennungsverfahrens in Deutschland nicht formal anerkannt sind oder nicht anerkannt werden können. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn es sich um non-formale Qualifikationen handelt und die Durchführung eines Anerkennungsverfahrens deswegen entweder nicht möglich ist oder von den potenziellen Antragsteller*innen aufgrund der Kosten, Komplexität und/oder fehlenden Zeit (qualifikationsinadäquate Vollzeitbeschäftigung zur Deckung der Lebenshaltungskosten) nicht angestrebt werden kann.

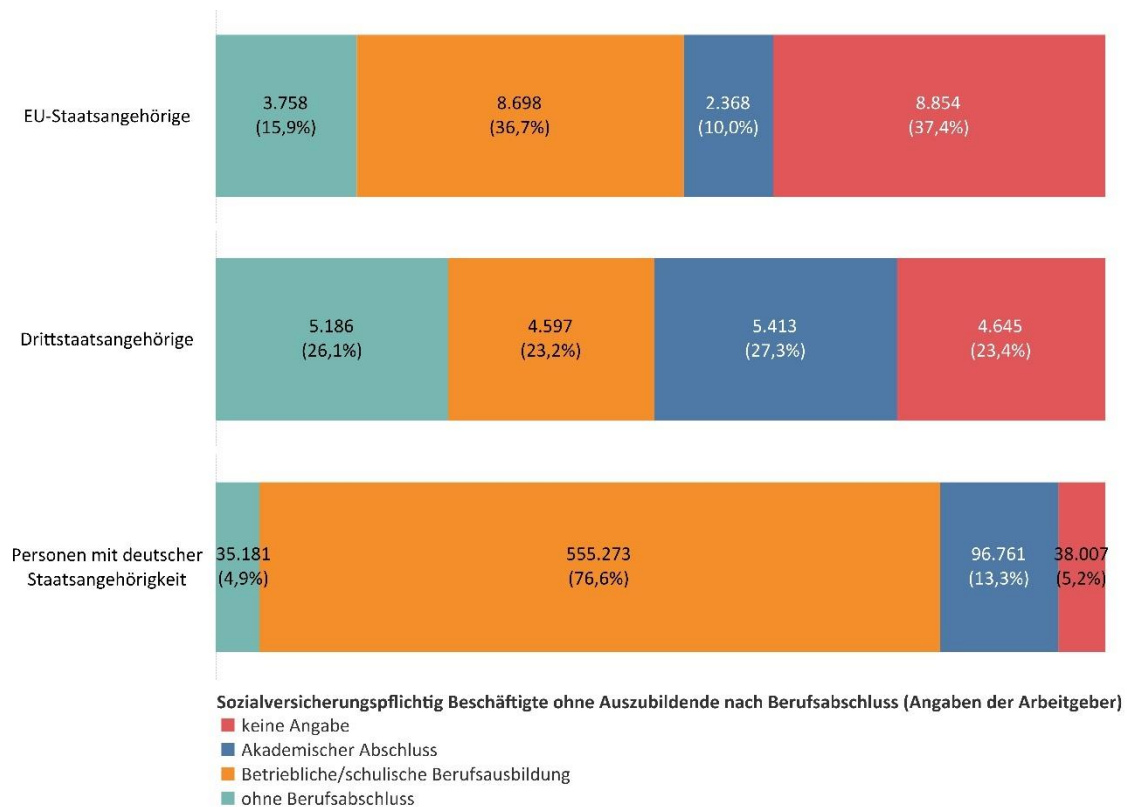


Abbildung 63: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende im Januar 2022 in Sachsen-Anhalt nach Berufsabschluss und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) und der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleicher Staatsangehörigkeit

Eigene Berechnung und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

In Sachsen-Anhalt lag der Anteil der EU-Bürger*innen ohne (anerkannten) Berufsabschluss mit 15,9 % unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit fehlenden Angaben zum Berufsabschluss war mit 37,4 % jedoch deutlich höher im Vergleich zu Gesamtdeutschland. Die Aussage bezüglich der Anerkennung mitgebrachter (non-)formaler Qualifikationen und Berufserfahrungen gilt dabei auch für Sachsen-Anhalt.

5.4. Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Deutschland und Sachsen- Anhalt

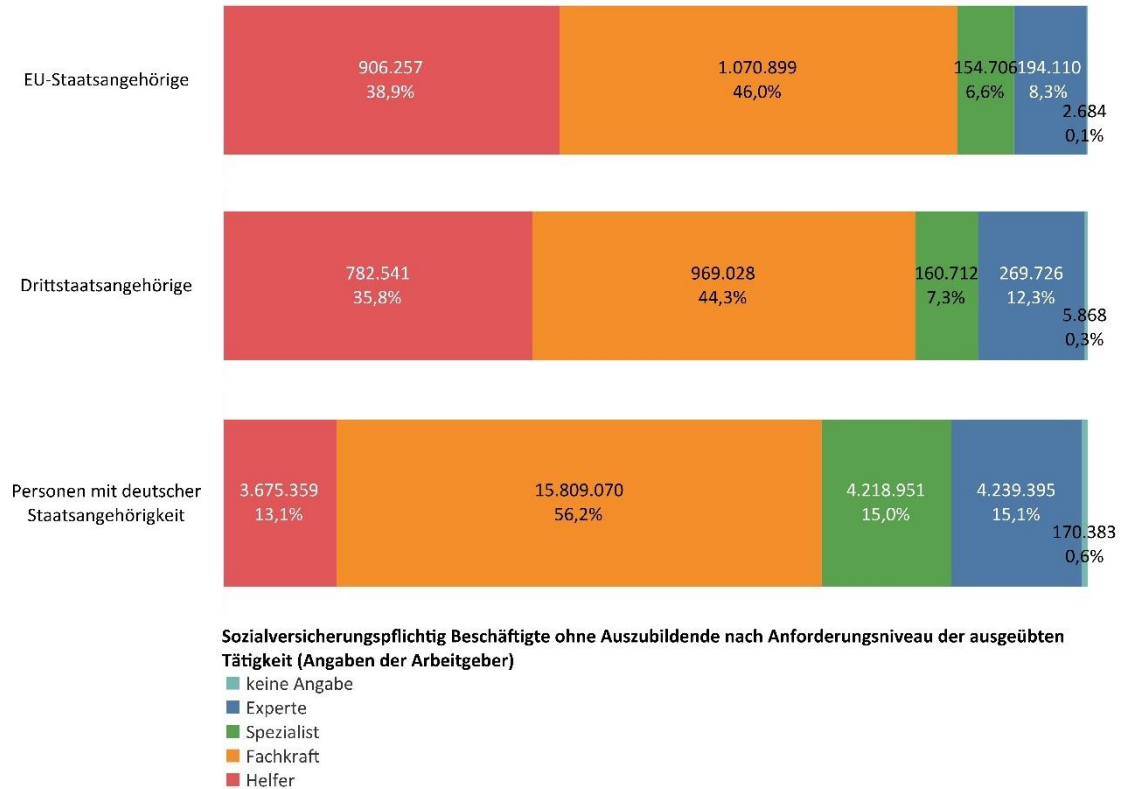


Abbildung 64: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Januar 2022 in Deutschland nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleichem Anforderungsniveau
Eigene Berechnung und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Die Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit fehlenden Angaben zum Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit seitens der Arbeitgeber*innen fallen aufgrund der Erfassung im Rahmen des Tätigkeitsschlüssels erwartungsgemäß gering aus. Auffallend groß dagegen ist der Anteil der EU-Bürger*innen mit dem Anforderungsniveau „Helfer“. Im Januar 2022 lag er bei 38,9 % und ist damit fast dreimal so hoch wie bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Es ist nicht davon auszugehen, dass es sich bei den vielen im Helferbereich tätigen EU-Bürger*innen überwiegend um tatsächlich un- bzw. geringqualifizierte Personen handelt. Zu vermuten ist vielmehr, dass viele von ihnen, beispielsweise aufgrund einer (noch) fehlenden Anerkennung ihrer vorhandenen Abschlüsse, unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind (Brücker et al. 2019: 64ff.; Burkert & Schaade 2020: 21ff.). Dazu kommen häufig unzureichende bzw. fehlende Deutschkenntnisse, die sich teilweise auf fehlende finanzielle Möglichkeiten der EU-Bürger*innen für den nötigen Spracherwerb zurückführen lassen (Becker 2021a: 139f.).

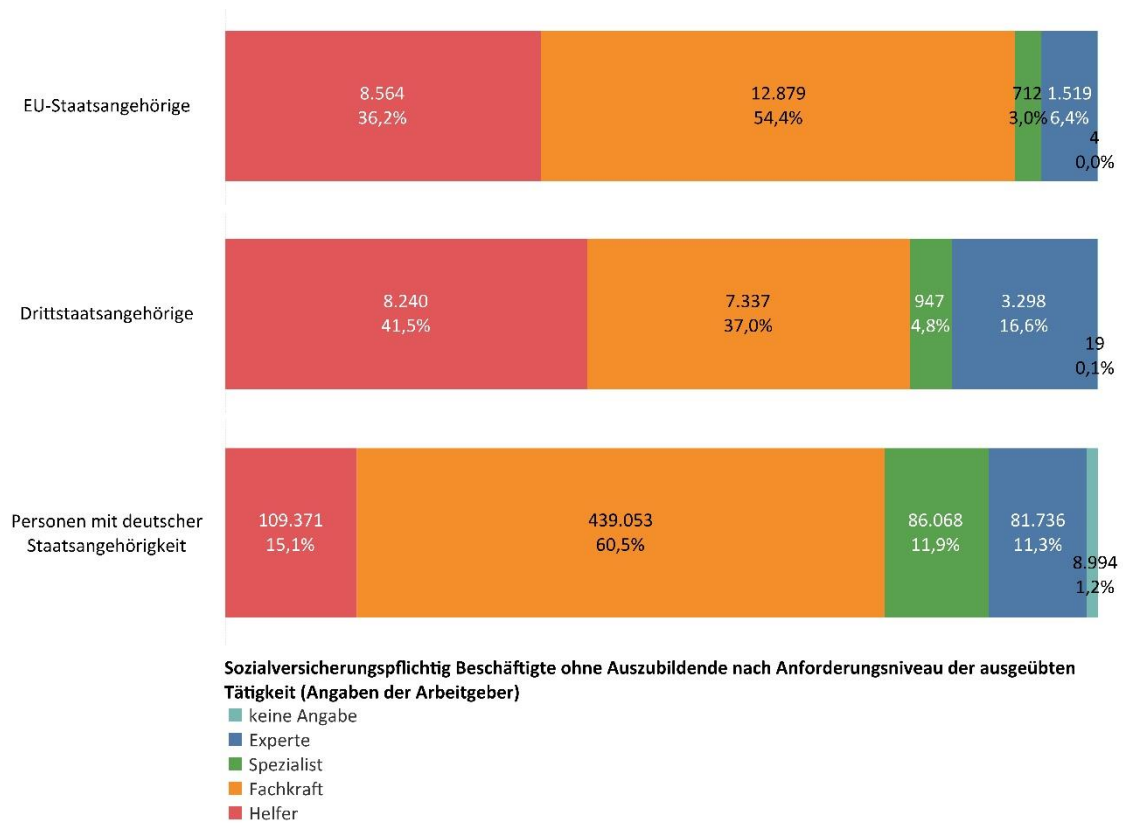


Abbildung 65: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Januar 2022 in Sachsen-Anhalt nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleichem Anforderungsniveau
Eigene Berechnung und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022 | © Minor

Auch in Sachsen-Anhalt lag im Januar 2022 der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter EU-Staatsangehöriger im Anforderungsniveau „Helfer“ mit 36,2 % mehr als dreimal so hoch wie der von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Gründe hierfür sind dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit dieselben wie für Deutschland insgesamt. Eine qualifikationsadäquate Beschäftigung und die damit einhergehende entsprechende Entlohnung sind jedoch zentrale Pull-Faktoren für den Verbleib und die Verankerung internationaler Fachkräfte. Da Sachsen-Anhalt, wie bereits beschrieben, noch stärker als andere Bundesländer vom demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräfteengpässen betroffen und deshalb besonders darauf angewiesen ist, dass Fachkräfte zuwandern und längerfristig im Land verbleiben, ist die Entwicklung entsprechender Strategien und Maßnahmen zur Erhöhung qualifikationsadäquater Beschäftigung dringend geboten. Eine vertiefende Untersuchung der Gründe, weshalb so viele EU-Staatsangehörige in Sachsen-Anhalt auf Helferniveau beschäftigt sind, würde hierfür eine wichtige Grundlage schaffen.

5.5. Einkommen der EU-Bürger*innen

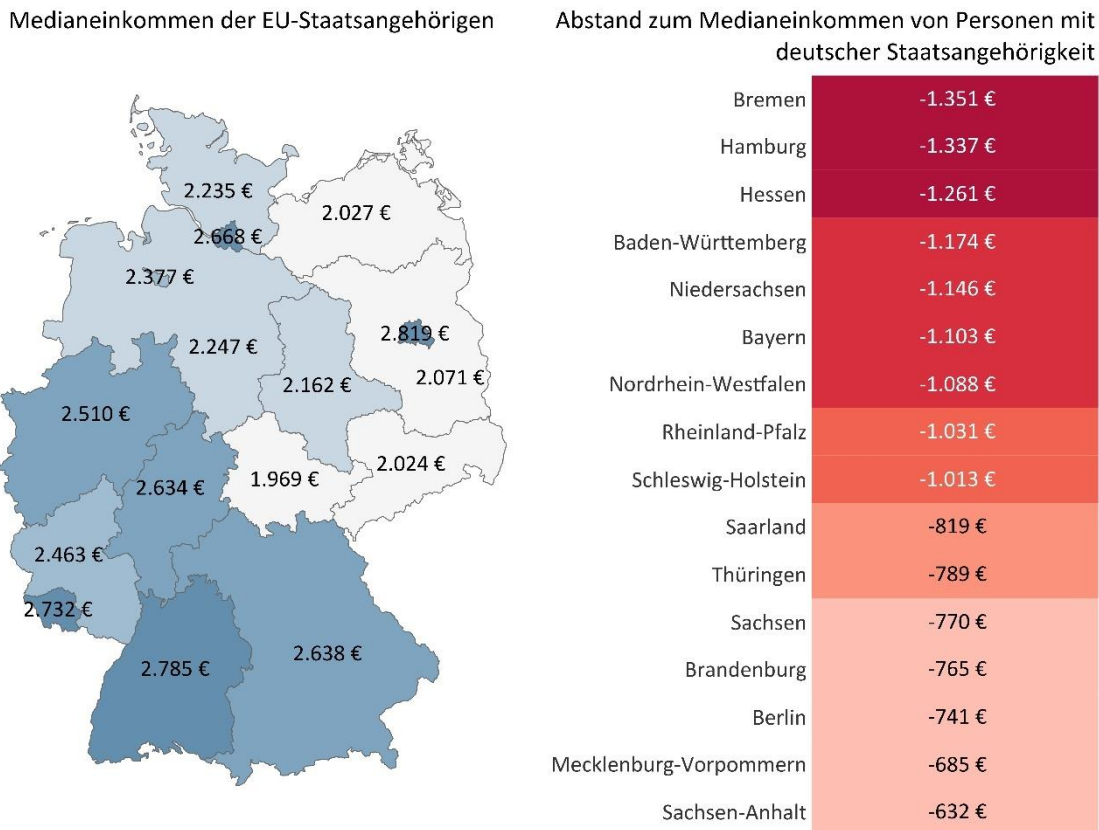


Abbildung 66: Linke Grafik „Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten EU-Bürger*innen nach Bundesland am 31.12.2020 (Bruttoeinkommen)“; Rechte Grafik „Abstand zum Medianeinkommen von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit“

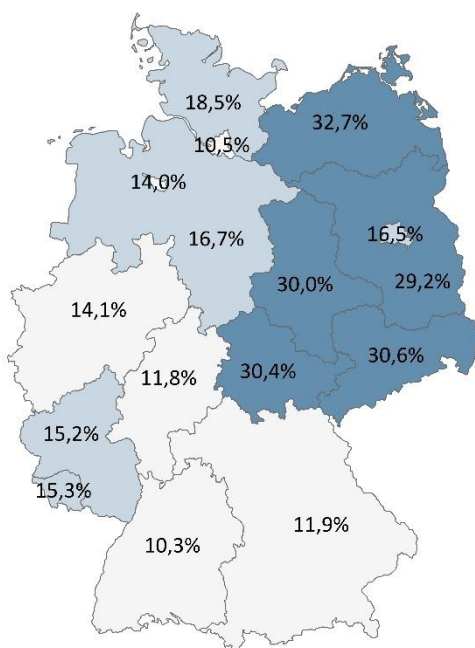
Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022b © Minor

Die Entgelt-Statistik betrachtet üblicherweise den **Median des Bruttolohns**. Er teilt die Entgelte in zwei Hälften: Eine Hälfte der Beschäftigten erzielt ein Entgelt unter dem Medianwert, das Entgelt der anderen Hälfte liegt darüber. Der Median ist anders als das arithmetische Mittel gegenüber sogenannten Ausreißern robust, also gegenüber Werten, die extrem von anderen Werten abweichen (Bundesagentur für Arbeit 2022b).

Das Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten EU-Bürger*innen lag in Sachsen-Anhalt am 31.12.2020 (aktuell verfügbare Daten) über dem der anderen ostdeutschen Bundesländer, mit Ausnahme Berlins. Die Medianeinkommen der EU-Bürger*innen lagen jedoch in allen westdeutschen Bundesländern und Berlin mit einer Differenz von beispielsweise 73 EUR (Schleswig-Holstein), 623 EUR (Baden-Württemberg) und 657 EUR (Berlin) teils deutlich über dem Wert von Sachsen-Anhalt (2.162 EUR).

Dass Sachsen-Anhalt das Bundesland mit dem geringsten Abstand des Medianeinkommens der EU-Bürger*innen zum Medianeinkommen von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist, lässt sich auf das allgemein niedrige Niveau des Medianeinkommens in dem Bundesland zurückzuführen. Generell stellt dies einen starken Push-Faktor dar, der jedoch durch andere Faktoren wie beispielsweise eine höhere Lebensqualität, niedrigere Lebenskosten und Mieten, bessere Mobilitätsangebote usw. ausgeglichen werden könnte.

Anteil sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.203 €)



Anteil sozialversicherungspflichtiger vollzeitbeschäftigten EU-Staatsangehörigen mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.203 €)

Thüringen	71,2%
Mecklenburg-Vorpommern	66,9%
Sachsen	66,7%
Brandenburg	62,8%
Sachsen-Anhalt	59,0%
Schleswig-Holstein	52,6%
Niedersachsen	52,1%
Bremen	46,1%
Rheinland-Pfalz	41,9%
Nordrhein-Westfalen	41,0%
Hamburg	38,2%
Hessen	37,0%
Berlin	35,6%
Bayern	35,4%
Saarland	34,9%
Baden-Württemberg	31,1%

Abbildung 67: Linke Grafik „Anteil sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs von 2.203 Euro am 31.12.2020 nach Bundesland“; Rechte Grafik „Anteil sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs von 2.203 Euro am 31.12.2020 nach Bundesland“

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022b © Minor

Als Beschäftigte des unteren Entgeltbereichs (**Niedriglohn**) gelten Personen, die in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielen (Schwelle des unteren Entgeltbereichs). Diese Definition legt auch die „Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)“ zu Grunde (Bundesagentur für Arbeit 2022b; Jaeck 2020).

Der Anteil sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter mit deutscher Staatsangehörigkeit im Niedriglohnsektor lag in Sachsen-Anhalt am 31.12.2020 (aktuell verfügbare Daten) bei 30 % und damit deutlich über dem Niveau westdeutscher Bundesländer und Berlins, jedoch im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Der Anteil der EU-Bürger*innen an den sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor lag in Sachsen-Anhalt mit 59 % sowohl deutlich über dem Niveau der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit als auch über dem Niveau westdeutscher Bundesländer und Berlins. Verglichen mit anderen ostdeutschen Bundesländern wies Sachsen-Anhalt diesbezüglich jedoch den niedrigsten Wert auf. Eine Mixed-Method-Untersuchung zu Einkünften nach Berufsgruppen sowie zur Zufriedenheit mit den Lebenshaltungskosten bzw. generell zu Lebensqualität unter den EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt ist an dieser Stelle anzuraten.

5.6. Altersstruktur der Beschäftigten in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt

Tätigkeit nach KldB 2010	Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit			EU-Staatsangehörige		
	unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
311 Bauplanung u. -überwachung, Architektur	2,4% (105)	63,4% (2.775)	34,2% (1.500)		84,1% (53)	
342 Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik	14,6% (866)	54,1% (3.210)	31,3% (1.855)	8,0% (8)	77,0% (77)	15,0% (15)
262 Energietechnik	15,9% (1.700)	55,7% (5.967)	28,5% (3.053)	4,7% (12)	83,2% (213)	12,1% (31)
821 Altenpflege	10,3% (2.326)	67,2% (15.121)	22,4% (5.049)	10,0% (17)	75,3% (128)	14,7% (25)
813 Gesundh., Krankenpfli., Rettungsd., Geburtsh.	16,1% (5.270)	62,1% (20.356)	21,9% (7.177)	12,9% (17)	78,0% (103)	9,1% (12)
516 Kaufleute - Verkehr und Logistik	8,3% (355)	70,7% (3.032)	21,1% (904)	13,2% (39)	82,0% (242)	4,7% (14)
811 Arzt- und Praxishilfe	9,1% (1.252)	70,8% (9.768)	20,1% (2.778)	15,7% (8)	74,5% (38)	9,8% (5)
252 Fahrzeug-Luft-Raumfahrt-, Schiffbautechn.	23,6% (2.480)	56,8% (5.969)	19,6% (2.054)	19,6% (19)	70,1% (68)	10,3% (10)
817 Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde	6,4% (511)	78,1% (6.243)	15,5% (1.242)	0,0% (0)		
261 Mechatronik und Automatisierungstechnik	33,3% (1.107)	54,4% (1.808)	12,3% (408)		75,0% (21)	

Abbildung 68: Anzahl und prozentualer Anteil der Beschäftigte in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt nach Alter und Staatsangehörigkeit im August 2022 (Sortierung der Tabelle nach Alterskohorte der über 55-jährigen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit)

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022n © Minor

Im August 2022 waren in Sachsen-Anhalt bis zu einem Drittel aller beschäftigten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Top-10 Engpassberufen älter als 55 Jahre. Das heißt, sie werden in den kommenden zehn Jahren schrittweise das Rentenalter

erreichen. Die EU-Bürger*innen stellten in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt zwar zahlenmäßig nur einen geringen Anteil an allen Beschäftigten dar, allerdings war bzw. ist der Großteil von ihnen im Alter von 25 bis unter 55 Jahren und steht damit dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt noch wesentlich länger zur Verfügung. Ihr Anteil an allen Beschäftigten wird sich deshalb mittelfristig wesentlich erhöhen. Bedenkt man die Entwicklung in den Schulen bzw. Berufsschulen, ist davon auszugehen, dass EU-Staatsangehörige, vorausgesetzt ihres Verbleibs in Sachsen-Anhalt, zukünftig einen immer größeren Beitrag zur Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt leisten werden. Aus diesem Grund ist es von besonderer Bedeutung, die Aspirationen und Bedarfe der EU-Bürger*innen genauer und in regelmäßigen Abständen zu untersuchen, um zielsichere und zeitnahe Maßnahmen im Kontext des Integrationsmanagements implementieren zu können.

5.7. Deutschland: Pandemie-Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit

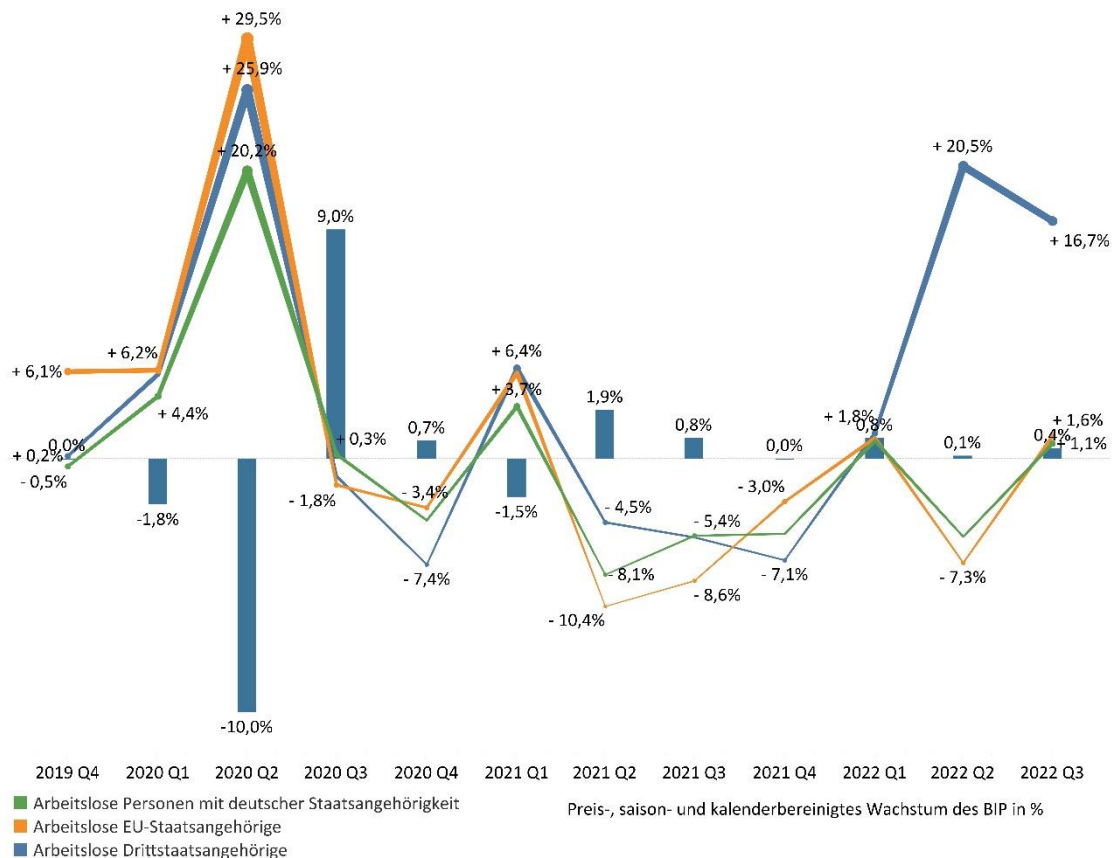


Abbildung 69: Wachstum des Bruttoinlandproduktes und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nach Staatsangehörigkeit in Deutschland, 2019–2022

Preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wachstum des BIP in Prozent (Höhe der Balken). Entwicklung der Arbeitslosenzahl zum Vorquartalsmonat in Prozent (Verlauf und Dicke der Linie) nach Staatsangehörigkeit. Eigene Berechnung und Darstellung nach Becker & Hampel 2022: 20; Statistisches Bundesamt 2022q; Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie während der ersten beiden Quartale 2020 führten zum Einbruch des Wirtschaftswachstums und zum Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts um 11,8 %. Der Wirtschaftseinbruch wirkte sich direkt auf die Zahlen der Arbeitslosen aus. Im Zuge des ersten Lockdowns nahm die Zahl der Arbeitslosen in allen Bevölkerungsgruppen zu, wobei der Anstieg der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorquartalsmonat bei den EU-Staatsangehörigen am höchsten ausfiel.

Die wirtschaftliche Erholung im dritten Quartal wirkte sich auf die Arbeitslosenzahlen von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wiederum positiver aus als auf deutsche Staatsangehörige. Der erneute Lockdown im vierten Quartal 2020 verlangsamte die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, u. a. nahmen die Arbeitslosenzahlen der EU-Staatsangehörigen gegenüber dem Vorquartalsmonat nur leicht ab. Mit der Schrumpfung der Wirtschaft im ersten Quartal 2021 stieg die Zahl der Arbeitslosen unter den EU-Bürger*innen gegenüber dem Vorquartalsmonat wieder um 6,4 % an.

Die starke Betroffenheit der EU-Staatsangehörigen wirft Fragen nach ihren Beschäftigungs- und Vertragsarten (befristete Anstellung, Arbeitnehmerüberlassung etc.), der Dauer ihrer durchschnittlichen Beschäftigung (Last-in-first-out-Effekte), den Berufsgruppen, in denen sie tätig sind (möglicherweise häufiger in Wirtschaftszweigen mit ausgeprägter Hire-and-Fire-Personalpolitik beschäftigt) sowie nach dem Anforderungsniveau der von ihnen ausgeübten Tätigkeit (Beschäftigte auf Helfer*innenniveau verlieren schneller ihre Arbeit) auf.

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenzahl zwischen November 2019 und November 2022 in Deutschland

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022k © Minor

Staatsangehörigkeit	Veränderung der Arbeitslosenzahl im November 2022 gegenüber November 2019
Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit	- 0,4 % (1.542.623)
EU-Staatsangehörige	+ 9,8 % (191.460)
Drittstaatsangehörige	+ 53,1 % (699.157)

Trotz der positiven Entwicklung 2021 und in den ersten drei Quartalen von 2022 lagen die Arbeitslosenzahlen bei EU-Bürger*innen im November 2022 9,8 % über dem Niveau vom November 2019. Lediglich unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sank die Arbeitslosenzahl unter das Niveau von 2019. Der Anstieg unter den

Drittstaatsangehörigen geht insbesondere auf die steigende Arbeitslosenzahl ukrainischer Staatsangehöriger seit dem Ausbruch des Krieges und einer steigenden Zahl Geflüchteter in der Ukraine zurück (Tabelle 1).

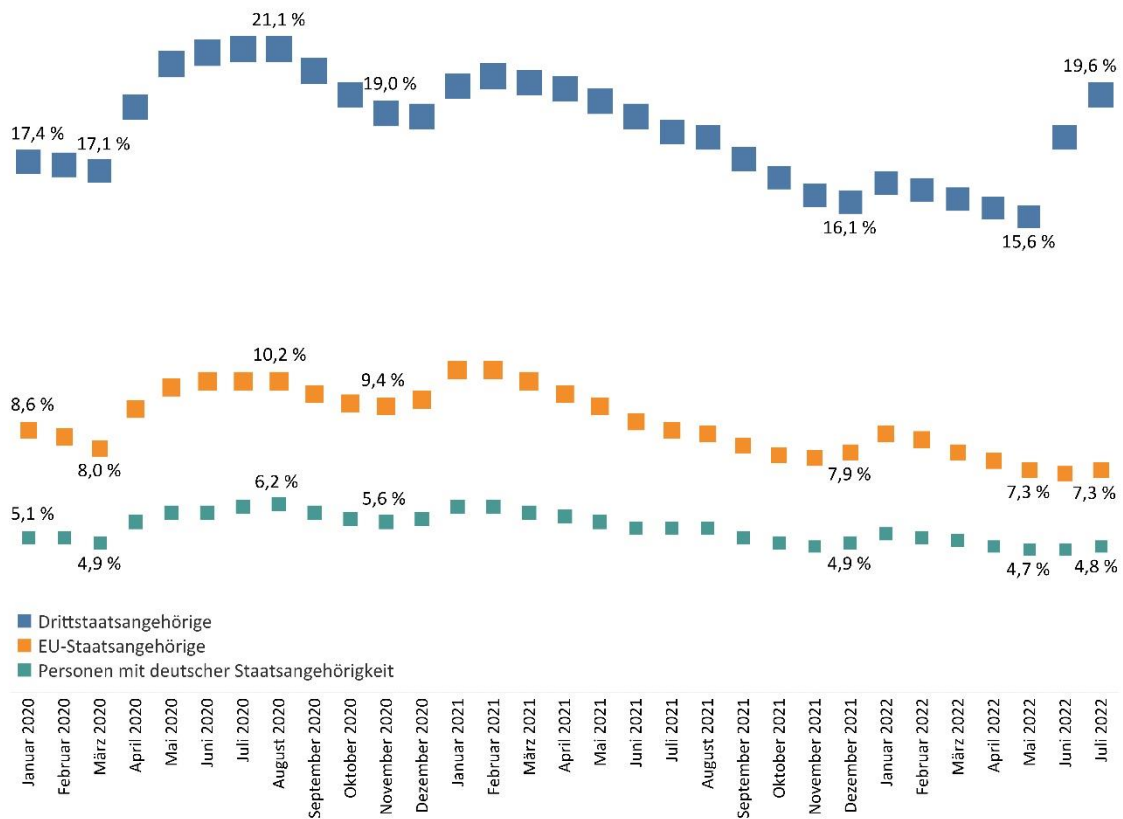


Abbildung 70: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022g © Minor

Die Eindämmungsmaßnahmen der COVID-19-Pandemie hatten massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquoten stiegen zwischen März und August 2020 bzw. zwischen November 2020 und Februar 2021 stark an, wobei in dem zuletzt genannten Zeitraum saisonale Effekte eine zusätzliche Rolle spielten. Seit Frühjahr 2021 bis Mai 2022 ging, mit saisonaler Schwankung im Herbst-Winter 2021/22, die Arbeitslosenquote für alle drei Gruppen kontinuierlich zurück. Mit der Stagnation der Wirtschaftsleistung im Zuge der Energiekrise im zweiten und dritten Quartal 2022 stagnierte ebenfalls der Rückgang der Arbeitslosenquote unter den EU-Staatsangehörigen und Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die stark steigende Arbeitslosenquote unter den Drittstaatsangehörigen ab Juni 2022 ist, wie bereits erwähnt, auf den Anstieg der Erwerbslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen.

Laut den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage unter Geflüchteten aus der Ukraine im Zeitraum August bis Oktober 2022 waren trotz größtenteils fehlender Sprachkenntnisse 17 % der Befragten im erwerbsfähigen Alter in dem entsprechenden Zeitraum erwerbstätig. 71 % dieser Erwerbstätigen übten eine Tätigkeit aus, die einen

Berufs- oder Hochschulabschluss voraussetzt (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2022). Sofern die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine in den kommenden Monaten nur moderat ansteigen wird, ist von einem Rückgang der Arbeitslosenquote unter den Drittstaatsangehörigen auszugehen.

5.8. Sachsen-Anhalt: Pandemie-Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit

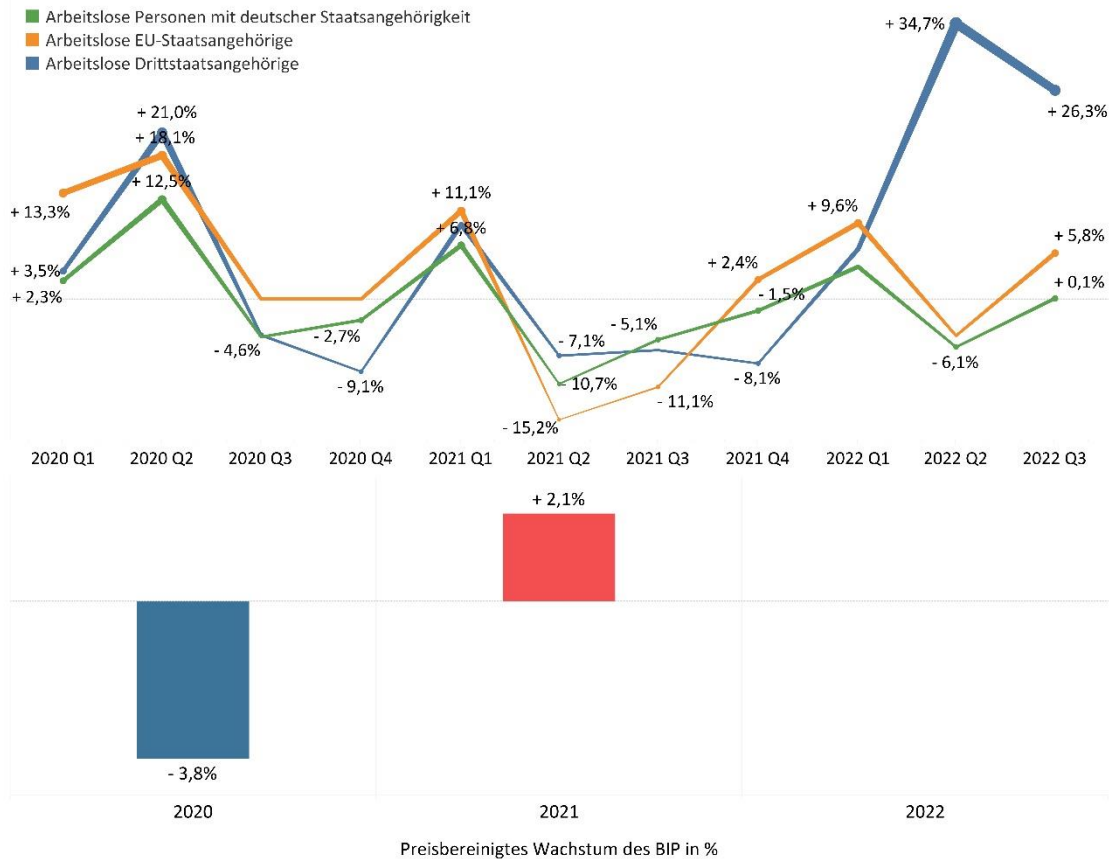


Abbildung 71: Wachstum des Bruttoinlandproduktes und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt, 2019-2022
 Preisbereinigtes Wachstum des BIP in Prozent (Höhe der Balken). Entwicklung der Arbeitslosenzahl zum Vorquartalsmonat in Prozent (Verlauf und Dicke der Linie) nach Staatsangehörigkeit. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2022b; Bundesagentur für Arbeit 2022j © Minor

Das statistische Landesamt von Sachsen-Anhalt stellt beim Wachstum des BIP lediglich preisbereinigte Jahreszahlen zur Verfügung. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Sachsen-Anhalt folgt mit geringen Abweichungen dem allgemeinen bundesweiten Trend der letzten zwei Jahre. Sofern man deutschlandweite Wirtschaftswachstumswahlen nach Quartalen zugrunde legt, sieht man 2021 und 2022 eine dem Wirtschaftswachstum etwas nachgelagerte Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den EU-Staatsangehörigen in Sachsen-Anhalt.

Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitslosenzahl zwischen November 2019 und November 2022 in Sachsen-Anhalt

Eigene Berechnungen und Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022j © Minor

Staatsangehörigkeit	Veränderung der Arbeitslosenzahl im November 2022 gegenüber November 2019
Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit	- 3,0 % (63.397)
EU-Staatsangehörige	+ 26,2 % (1.668)
Drittstaatsangehörige	+ 64,9 % (12.718)

Auch beim Vergleich zwischen November 2019 und 2022 folgt Sachsen-Anhalt dem bundesweiten Trend mit jedoch wesentlich höheren Abweichungen. Trotz der positiven Entwicklung im Jahr 2021 und den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 lagen die Arbeitslosenzahlen bei den EU-Bürger*innen im November 2022 26,2 % über dem Niveau vom November 2019. Unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sank die Arbeitslosenzahl um 3,0 % unter das Niveau von 2019. Der Anstieg unter den Drittstaatsangehörigen geht in Sachsen-Anhalt ebenfalls insbesondere auf die steigende Zahl ukrainischer Staatsangehöriger unter den Arbeitslosen seit dem Ausbruch des Krieges zurück (Tabelle 2).

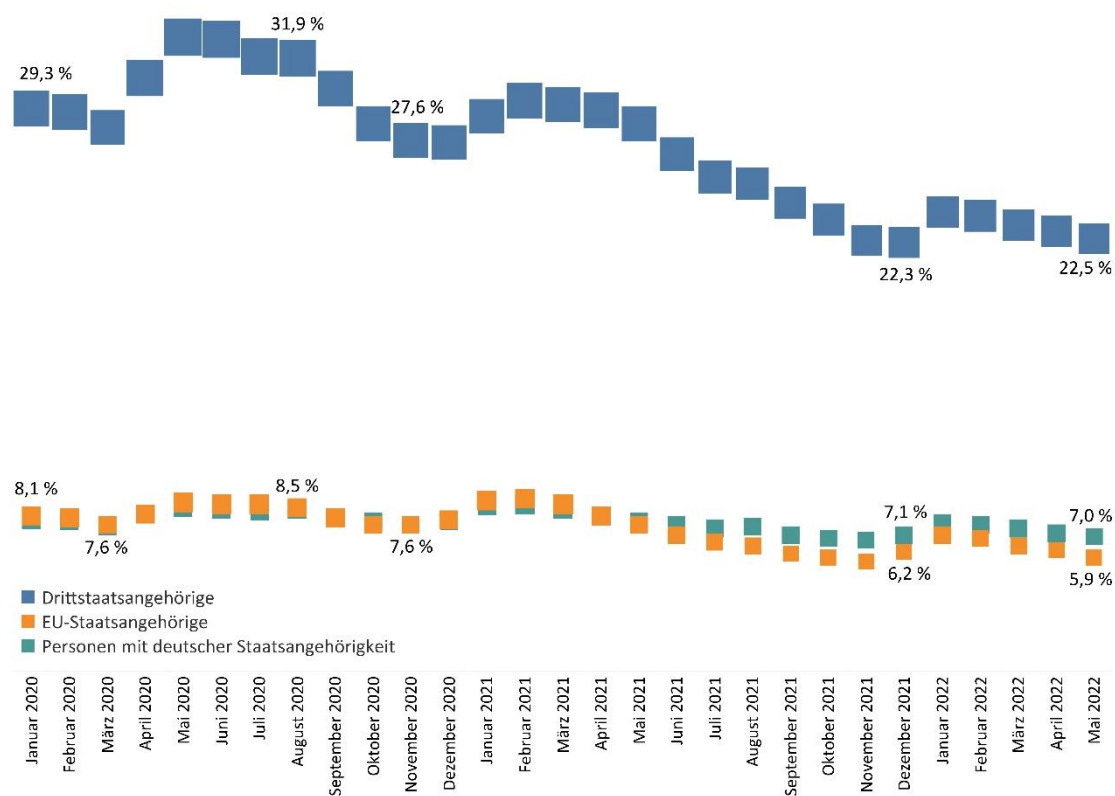


Abbildung 72: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt nach Staatsangehörigkeit
 Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2022h © Minor

Die letzten verfügbaren Zahlen für die Arbeitslosenquoten nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt bilden die Situation im Mai 2022 ab. Generell verläuft die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt ähnlich wie im bundesweiten Trend. Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied: Die Arbeitslosenquote unter den EU-Staatsangehörigen verlief bis April 2021 identisch der Quote unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und liegt seitdem unter diesem Niveau. Anders ausgedrückt, EU-Staatsangehörige sind bezogen auf die Erwerbsbevölkerung in Sachsen-Anhalt seltener arbeitslos gemeldet als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Sie tragen demzufolge wesentlich zur Sicherung der sozialen Marktwirtschaft und generell des Wohlstandes im Land bei. Die Verankerung von Fachkräften mit EU-Staatsangehörigkeit und ihrer Familienangehörigen im Land wird in den kommenden Jahren einen immer größeren Stellenwert erhalten. In diesem Zusammenhang sollten Untersuchungen zu ihren Aspirationen und Bedarfen und darauf basierenden Entwicklungen von passgenauen Angeboten und langfristigen Strategien, um EU-Staatsangehörige dauerhaft in Sachsen-Anhalt zu halten, wie bereits mehrfach erwähnt, bereits heute eine hohe Priorität eingeräumt werden.

6. Handlungsfelder und Ausblick

Im Jahr 2035 wird die letzte Kohorte (Jahrgang 1969) der sogenannten Babyboomer-Generation das wohlverdiente Rentenalter erreichen. Die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2019 nahm in der mittleren Variante (G2L2W2) an, dass die Geburtenrate sich bis 2070 auf 1,55 Kinder je Frau erhöhen (G2), die Lebenserwartung bei der Geburt 2070 bei den Mädchen 88,1 Jahre und bei den Jungen von 84,4 Jahre betragen (L2) und das Wanderungssaldo jährlich bei 221.000 Personen liegen wird (W2) (Statistisches Bundesamt 2019a). Durch das Ausscheiden der „Babyboomer“ aus dem Berufsleben entstünde bis 2035 trotz einer Nettozuwanderung von 221.000 Personen pro Jahr eine Lücke von rund 5,1 Millionen Personen im arbeitsfähigen Alter (eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2019a).

Die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2021 nahm in der mittleren Variante (G2L2W2) an, dass die Geburtenrate sich bis 2070 auf 1,55 Kinder je Frau erhöhen (G2), die Lebenserwartung bei der Geburt 2070 bei den Mädchen 88,2 Jahre und bei den Jungen von 84,6 Jahre betragen (L2) und das Wanderungssaldo jährlich bei 290.000 Personen liegen wird (W2) (Statistisches Bundesamt 2022a). Durch das Ausscheiden der „Babyboomer“ aus dem Berufsleben entstünde bis 2035 trotz einer höher angenommenen Nettozuwanderung von 290.000 Personen pro Jahr eine Lücke von rund 3,6 Millionen Personen im arbeitsfähigen Alter (eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2022a).

Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge, bedarf es einer jährlichen Nettozuwanderung von 400.000 Personen, um das Erwerbspersonenpotenzial bis 2035 konstant zu halten (Fuchs et al. 2021: 3). In den kommenden Jahrzehnten wird die Bevölkerungsalterung starke Auswirkungen nicht nur auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch auf den sozialen (Gruppen-)Zusammenhalt und den Generationenvertrag haben. Daraus ergeben sich erhebliche Herausforderungen für die deutsche Gesellschaft (Becker et al. 2018). Berechnungen von Eurostat zufolge wird der Altenquotient²¹ in Deutschland von 33,7 % im Jahr 2020 auf 48,3 % im Jahr 2050 ansteigen (Eurostat 2021a). Die Bevölkerungsvorausberechnung für Sachsen-Anhalt zeigt ein noch trüberes Bild auf (Tabelle 3). Aus diesem Grund werden Bildung, Migration und Fachkräftebindung in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich über den Erfolg der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands generell und Sachsen-Anhalts im Einzelnen entscheiden. In diesem Kontext sollten Familienangehörige der zuwandernden

²¹ Der Altenquotient bildet das Verhältnis der Personen im Rentenalter (zum Beispiel 66 Jahre und älter) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (zum Beispiel von 20 bis 65 Jahren) ab (Statistisches Bundesamt (2022j)).

Arbeits- und Fachkräfte stärker in den Fokus der Prozesse des Integrationsmanagements gerückt werden, da sie über kurz-, mittel- oder langfristig ebenfalls Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt darstellen.

Tabelle 3: Altenquotient in Sachsen-Anhalt auf Landkreisebene 2020 und 2050

Eigene Darstellung nach (Eurostat 2021b)

	2020	2050
Dessau-Roßlau, Kreisfreie Stadt	59,3	64,4
Halle (Saale), Kreisfreie Stadt	42,0	45,5
Magdeburg, Kreisfreie Stadt	41,7	47,9
Altmarkkreis Salzwedel	42,7	64,5
Anhalt-Bitterfeld	50,3	65,4
Jerichower Land	45,9	66,6
Börde	41,5	66,3
Burgenlandkreis	50,6	63,8
Harz	49,6	50,0
Mansfeld-Südharz	54,7	69,0
Saalekreis	45,8	66,8
Salzlandkreis	50,6	63,8
Stendal	45,4	62,1
Wittenberg	52,4	68,4

Sachsen-Anhalt wies 2021 mit 1,8 % deutschlandweit den niedrigsten Anteil an EU-Bürger*innen auf. Die Bevölkerung ohne deutschen Pass hat von 2011 bis 2021 in Sachsen-Anhalt jedoch stärker zugenommen als im restlichen Bundesgebiet und die Einwanderung aus EU-Staaten spielte dabei eine zentralere Rolle als dies für Gesamtdeutschland der Fall war. Verglichen mit Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit weisen EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt auch eine deutlich günstigere Altersstruktur auf (Abbildung 12).

Die Zahl der Schüler*innen, Berufsschüler*innen und Studierenden mit einer EU-Staatsangehörigkeit erfuhr in den letzten Jahren in Deutschland und Sachsen-Anhalt teils eine deutliche Steigerung. Ganz besonders traf dies auf die Grundschulen zu. Sofern die Bedingungen in Deutschland die Eltern dieser Schüler*innen zu einem langfristigen Verbleib im Land bewegen, werden in den kommenden Jahren hunderttausende Kinder aus eingewanderten Familien das deutsche Schulsystem durchlaufen und im Anschluss eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Im besten Fall entscheiden sie sich dann ihrerseits dafür, in Deutschland zu bleiben (Kapitel 4.1).

Bundesweit zählten 2021 von den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit insgesamt neun zu den Berufen mit Anzeichen eines Engpasses. Weitere neun wiesen bereits schwache Anzeichen eines Engpasses auf, die sich in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels ebenfalls zu Engpassberufsgruppen entwickeln werden. Die Bedeutung jedes*jeder einzelnen dieser Absolvent*innen für den deutschen Arbeitsmarkt wird weiter zunehmen. Um sie nach erfolgreich

abgeschlossener Ausbildung längerfristig in Deutschland zu halten, sollten seitens der Arbeitsmarktakteure frühzeitig Bedarfe für ein erfolgreiches Integrationsmanagement vor Ort identifiziert und damit verbundene nötige Schritte entsprechend umgesetzt werden (Kapitel 4.3).

Deutlich gestiegen ist in Sachsen-Anhalt auch die Zahl der Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit, während die der Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen dem Wintersemester 2015/16 und 2021/22 sank. Die Top-20 Studienfächer von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt zählen alle zu den MINT-bzw. angrenzenden Fächern (bspw. Medizin). In vielen der untersuchten Top-20 und weiteren ausgewählten Studienfächern stellen Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt einen Großteil bzw. die absolute Mehrheit der Studierenden dar. Diese zukünftigen Fachkräfte nach erfolgreichem Abschluss des Studiums vor Ort zu halten, sollte oberste Priorität haben (Kapitel 4.6).

Zwar stellten EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt im März 2022 insgesamt lediglich 3,2 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dar (7,3 % bundesweit), ihre Zahl stieg zwischen März 2017 und März 2022 jedoch um knapp 180 % an (68 % Zunahme bundesweit). Die Beschäftigungsquote von EU-Bürger*innen lag in Sachsen-Anhalt mit 66 % deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 61,2 %. Im August 2022 waren in Sachsen-Anhalt bis zu einem Drittel aller beschäftigten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Top-10 Engpassberufen älter als 55 Jahre. EU-Bürger*innen stellten hier zwar zahlenmäßig nur einen geringen Anteil an allen Beschäftigten dar, allerdings ist der Großteil von ihnen im Alter von 25 bis unter 55 Jahren und steht damit dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt noch wesentlich länger zur Verfügung. Die Arbeitslosenquote von EU-Bürger*innen sank in Sachsen-Anhalt zwischen Januar 2017 und März 2022 von 12,6 % auf 6,5 % und lag damit sogar unter der Arbeitslosenquote von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Es ist davon auszugehen, dass sich der Anteil von EU-Bürger*innen an allen Beschäftigten mittelfristig wesentlich erhöhen wird. Vorausgesetzt ihres Verbleibs in Sachsen-Anhalt, werden sie deshalb zukünftig einen immer größeren Beitrag zur Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt leisten (Kapitel 5.2).

Mit 71 Engpassberufen waren im Berichtsjahr 2021 insgesamt fast so viele Berufe mit Anforderungsniveau Fachkraft vertreten wie mit den Anforderungsniveaus Spezialist (40) und Experte (34) zusammen (Bundesagentur für Arbeit 2022c). Den Ergebnissen der 7. Welle des Projektes QuBe²² zufolge steht 2035 in Deutschland einem

²² Das in gemeinsamer Leitung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geführte Projekt QuBe gibt einen langfristigen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs und -angebotes nach Qualifikationen und Berufen Bundesinstitut für Berufsbildung (2022).

Fachkräftebedarf von über 23,6 Millionen Personen, die fachlich ausgerichtete Tätigkeiten mit einem vollqualifizierenden beruflichen Abschluss ausführen, ein Fachkräfteangebot von ca. 17,2 Millionen Erwerbspersonen (ohne Personen in Bildung) gegenüber (Bundesinstitut für Berufsbildung 2022). Bei komplexen Spezialist*innentätigkeiten, die eine Aufstiegsfortbildung (Meister*in, Techniker*in), Bachelorabschluss oder Fachhochschuldiplom (ISCED 453, 554-655)²³ erfordern, sieht die Situation umgekehrt aus: Einem Bedarf von rund 6,7 Millionen Personen steht ein Fachkräfteangebot von 12,1 Millionen Erwerbspersonen (ohne Personen in Bildung) gegenüber (Bundesinstitut für Berufsbildung 2022). Für beide Qualifikationsniveaus gilt für Sachsen-Anhalt dasselbe. Die Engpässe im Anforderungsniveau Fachkraft werden in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Die Einführung der Chancenkarte, die das Matching zwischen offenen Stellen und potenziellen Fachkräften im Ausland erleichtern soll, zielt auf die Erhöhung der Anziehungskraft ab (Die Bundesregierung 2022).

Auffällig ist der in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Gesamtdeutschland jedoch derzeit deutlich höhere Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit fehlenden Angaben der Arbeitgeber*in zum Berufsabschluss (37,4 %). Sofern es sich aber tatsächlich um einen fehlenden Berufsabschluss und nicht um fehlende Angaben der Arbeitgeber*innen handelt, liegen in vielen dieser Fälle die Qualifikationen und Berufserfahrungen zwar vor, sind jedoch mangels Unterlagen sowie aufgrund eines teils aufwendigen und kostenintensiven Anerkennungsverfahrens in Deutschland, formal (noch) nicht anerkannt. Bezüglich des Anforderungsniveaus der ausgeübten Tätigkeit fällt der hohe Anteil von EU-Bürger*innen auf, die im Anforderungsniveau „Helfer“ tätig sind. Im Januar 2022 lag ihr Anteil für Gesamtdeutschland bei 38,9 % und ist damit fast dreimal so hoch wie bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dasselbe gilt für Sachsen-Anhalt (36,2 %). Es ist davon auszugehen, dass viele der auf Helferniveau tätigen EU-Bürger*innen, u. a. aufgrund einer (noch) fehlenden Anerkennung ihrer vorhandenen Abschlüsse oder aus anderen Gründen, unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind (Kapitel 5.3; Kapitel 5.4).

Auch die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Andrea Nahles wies im Dezember 2022 bereits auf dieses Problem hin:

Allein im vergangenen Jahr seien rund 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. *„Eigentlich eine tolle Zahl. Da könnten wir richtig stolz drauf sein“*, so Nahles. *„Dummerweise sind gleichzeitig 750.000 Leute wieder ausgewandert.“* Laut Nahles beklagten sie, dass sie unterhalb ihrer Qualifikation

²³ Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) 2011 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2022a).

arbeiteten, weil ihre Berufsabschlüsse nicht anerkannt würden. „Außerdem hätten sie gern ihre Familie bei sich, die darf aber nicht kommen.“ (Tagesschau 2022)

Beim Thema Fachkräfte geht es jedoch nicht lediglich darum, immer mehr Menschen mit möglichst passender Qualifikation nach Deutschland zu bringen. Für eine erfolgreiche Fachkräftestrategie wird es entscheidend sein, neben mehr Einwanderung dafür zu sorgen, dass weniger Fachkräfte wieder auswandern und sie stattdessen längerfristig mit ihren Familien in Deutschland verbleiben. Fachkräftegewinnung und -sicherung müssen als zwei tragende Säulen in einem ganzheitlichen Modell betrachtet werden (Ali et al. 2020: 6). Die Abwanderungsquote liege derzeit bei sieben Prozent und müsste auf 5,5 % gesenkt werden, um ein positives Saldo von 400.000 Eingewanderten pro Jahr zu erreichen (Hellwagner et al. 2022: 3ff.)

Becker (2021b) rechnete in zwei Modellrechnungen vor, welche Potenziale durch den zusätzlichen permanenten oder temporären Verbleib von Personen im arbeitsfähigen Alter für die Fachkräftesicherung in Deutschland vorhanden sind.²⁴ Das erste Modell berechnet, welche Effekte eine höhere Zahl von dauerhaft im Land verbleibenden Eingewanderten hätte und beschreibt dies in zusätzlichen Personen. Das zweite Modell beschäftigt sich mit der temporären Zuwanderung und berechnet die Effekte eines verlängerten Aufenthalts in Deutschland in Personenjahren. Die Realität positiver Effekte eines verbesserten Integrationsmanagements wird zwischen beiden Modellen liegen. Je höher der Anteil an permanent in Deutschland verbleibenden Personen ist, desto höher ist auch die Zahl der Personenjahre, die über die Ergebnisse der zweiten Modellrechnung hinausgeht (Becker 2021b: 6). Für die vorliegende Studie wurden die Berechnungen beider Modelle für Sachsen-Anhalt durchgeführt.²⁵ Als Grundlage der Berechnungen dienten die Zahlen aus der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (2022s) (Tabelle 4).

²⁴ Die vorliegenden Modellrechnungen sind nur ein erster Versuch, die Bedeutung von gelingendem Integrationsmanagement zur Fachkräftesicherung aufzuzeigen, wobei komplexe Migrationsprozesse und ihre Bedingungsfaktoren stark vereinfacht dargestellt werden. Sofern solche Modelle für die zukünftige Arbeit an Fachkräftepotenzialanalysen benötigt werden, können sie weiter verfeinert und zusammengeführt werden. So wären für eine weitere Differenzierung z. B. verschiedene Gruppen von Eingewanderten (nach Herkunftsländern, Aufenthaltswort, Soziodemografie) genauer in ihrem (temporären) Migrationsverhalten zu unterscheiden. In Bezug auf Arbeitsmarkteffekte wären auch unterschiedliche Qualifikationsniveaus bzw. Anforderungsniveaus der Stellen relevant. Schließlich wären für Prognosen ggf. auch längerfristige bisherige Migrationsdaten als die hier verwendeten einzusetzen und regionale Unterschiede innerhalb Deutschlands zu beachten. Auf diese Art wäre es möglich, konkrete Rückschlüsse für angepasste Strategien des Integrationsmanagements abzuleiten. Dennoch kann schon der simple Ansatz der hier vorgelegten beiden Modellrechnungen aufzeigen, dass eine Verringerung von Rückwanderung in jedem Fall einen enormen Effekt auf den Arbeitsmarkt in Deutschland haben kann (Becker (2021b: 6f.).

²⁵ Aufgrund fehlender Ausdifferenzierung der Wanderungsstatistiken für Sachsen-Anhalt nach Alter der Abwandernden, wurden die Potenziale abweichend von der Ursprungsstudie nicht für Abwandernde im arbeitsfähigen Alter, sondern für alle auswandernden Personen unabhängig ihres Alters berechnet.

Tabelle 4: Zu- und Fortzüge zwischen 2017 und 2019 von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt (Statistisches Bundesamt 2022s)

Jahr	Zuzüge aus dem Ausland	Fortzüge in das Ausland
2017	22.251	15.238
2018	22.808	17.456
2019	23.193	17.214
2020	18.326	13.068

a) Modell eines jährlich zusätzlichen permanenten Verbleibs für die Jahre 2020–2024

Das Potenzial zur Fachkräftesicherung für die Jahre 2017–2020 läge bei einer zusätzlichen permanenten jährlichen Verbleibquote von 20 % bei $N_{perm} - N_{real} = \mathbf{12.595 \text{ Personen}}$. So viele Personen könnten zusätzlich gewonnen werden, wenn 20 % der Abwandernden ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen 2017 und 2020 sich statt für eine Abwanderung für den permanenten Verbleib in Sachsen-Anhalt entscheiden würden. Für die Jahre 2020-2024 läge das Potenzial bei einer 20 % Quote bei **15.789 Personen** (Tabelle 5).

Tabelle 5: Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personen) für die Jahre 2020-2024 bei einer Quote zusätzlich permanenten Verbleibs α

Quote eines zusätzlichen permanenten Verbleibs	Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personen)
α	$N_{perm} - N_{real}$
5 %	3.947
10 %	7.895
15 %	11.842
20 %	15.789

b) Modell eines temporären Verbleibs für ein zusätzliches Jahr für die Jahre 2020-2024

Das Potenzial zur Fachkräftesicherung für die Jahre 2017-2020 läge bei einer zusätzlichen temporären zwanzigprozentigen Verbleibquote von einem zusätzlichen Jahr bei **12.161 additiven Personenjahren**.²⁶ So viele Personenjahre könnten zusätzlich gewonnen werden, wenn 20 % der Abwandernden ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen 2017 und 2020 sich statt für eine unmittelbare Abwanderung für ein zusätzliches

²⁶ Darunter wird die Summe der individuellen zusätzlich in Deutschland verbrachten Jahre von allen Personen im Beobachtungszeitraum verstanden.

Verbleibsjahr in Sachsen-Anhalt entscheiden würden. Für die Jahre 2020-2024 läge das Potenzial bei einer Quote von 20 % bei **16.470 Personenjahren** (Tabelle 6).

Tabelle 6: Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personenjahre) für die Jahre 2020–2024 bei einer temporären Verbleibquote α

Quote eine zusätzlichen temporären Verbleibs	Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personenjahre)
α	$N_{temp}^{gesamt} = N_{temp}^0 + \sum_{i=1}^n N_{temp}^{i+n}$
5 %	4.117
10 %	8.235
15 %	14.312
20 %	16.470

Wenn bereits eingearbeitete Fachkräfte mit Deutschkenntnissen länger in den Unternehmen verbleiben bzw. im Inland von diesen gewonnen werden, entstehen wesentlich niedrigere Kosten (u. a. für Unternehmen), die sich sonst vor allem aus der Rekrutierung und Qualifizierung ergeben. Personen, die zusätzlich bzw. längerfristig in Deutschland verbleiben, bedeuten ein höheres Wirtschaftswachstum, höhere Steuereinnahmen, zusätzliche Beiträge in die soziale Sicherungssysteme und generell einen höheren Lebensstandard für die Gesamtbevölkerung.

Vor allem aber profitieren die Eingewanderten selbst von einem besseren Integrationsmanagement, von qualifikationsadäquater Beschäftigung und langfristiger Verankerung: Negative Erfahrungen und qualifikatorische Abwertungen im Migrations- und Integrationsprozess werden vermieden und die persönliche Wahlfreiheit in Bezug auf Lebens- und Arbeitsort gestärkt (Becker 2021b: 7).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Migration von EU-Bürger*innen nach Deutschland, 2015-2021.....	9
Abbildung 2 Migration der fünf größten Gruppen der EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland, 2021.....	10
Abbildung 3 Migration aller EU-Staatsangehörigen und der größten Gruppen der EU-Staatsangehörigen nach und aus Sachsen-Anhalt, 2021.....	11
Abbildung 4 Abwanderung von EU-Bürger*innen nach Aufenthaltsdauer und Alter zum 31.12.2020.....	13
Abbildung 5 Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Deutschland und der EU, 2017-2021.....	15
Abbildung 6 Wanderungen von Personen ohne deutschen Pass zwischen Sachsen-Anhalt und der EU, 2017-2021.....	16
Abbildung 7 Anteile der Drittstaatsangehörigen und EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass in Deutschland in den Jahren 2021 und 2011 im Vergleich.....	18
Abbildung 8 Anteile der Drittstaatsangehörigen und EU-Staatsangehörigen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2021 und 2011 im Vergleich.....	19
Abbildung 9 Anteil an der Gesamtbevölkerung und Anzahl der EU-Bürger*innen in den Bundesländern zum 31.12.2021.....	21
Abbildung 10 Anteil der EU-Bürger*innen an der Bevölkerung ohne deutschen Pass und Anzahl der EU-Bürger*innen in den Landeskreisen Sachsen-Anhalts, 31.12.2021.....	23
Abbildung 11 Bevölkerungsstruktur nach Geschlecht und Altersjahren der EU-Bürger*innen in Deutschland zum 31.12.2021.....	25
Abbildung 12 Bevölkerungsstruktur nach Geschlecht und Altersjahren der EU-Bürger*innen in Sachsen-Anhalt zum 31.12.2021.....	26
Abbildung 13: Entwicklung der Anzahl von Schüler*innen in Deutschland zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Staatsangehörigkeit.....	30
Abbildung 14: Anzahl und Anteil von Schüler*innen in Deutschland im Schuljahr 2020/21 nach Staatsangehörigkeit und die Veränderung des Anteils ggü. Schuljahr 2010/11 in Prozentpunkten.....	31

Abbildung 15: Top-10 der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland im Schuljahr 2020/21 und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)	32
Abbildung 16: Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Geschlecht.....	33
Abbildung 17: Top-10 der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit im Schuljahr 2020/21 in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)	34
Abbildung 18: Anzahl nicht-deutscher Schüler*innen in Deutschland im Schuljahr 2020/21 nach ausgewählten Schularten und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent.....	35
Abbildung 19: Entwicklung der Anzahl von Schüler*innen in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Staatsangehörigkeit.....	37
Abbildung 20: Anzahl an Anteil von Schüler*innen in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2020/21 nach Staatsangehörigkeit und die Veränderung des Anteils ggü. Schuljahr 2010/11 in Prozentpunkten	38
Abbildung 21: Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt in den Schuljahren 2020/21 und 2010/11 (Breite der Balken)	39
Abbildung 22: Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2020/21 nach Geschlecht	40
Abbildung 23: Top-10 Staatsangehörigkeitsgruppen der Schüler*innen mit EU-Staatsangehörigkeit im Schuljahr 2020/21 in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Schuljahr 2010/11 in Prozent (Breite der Balken)	41
Abbildung 24: Anzahl und Anteil der Auszubildenden 2021 in Deutschland mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Ausbildungsbereichen.....	43
Abbildung 25: Entwicklung der Auszubildendenzahl 2011-2021 nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Auszubildendenzahl 2021 ggü. 2011 in Prozent	45
Abbildung 26: Top-10 der EU-Staatsangehörigkeiten von Auszubildenden 2021 in Deutschland nach Ausbildungsbereich	46

Abbildung 27: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2021 in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen von Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit und die Gesamtbewertung der Engpassanalyse entsprechender Berufe für das Anforderungsniveau Fachkraft in Deutschland (Zahl in Klammern)	47
Abbildung 28: Anzahl und Anteil der Auszubildenden 2021 in Sachsen-Anhalt mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Ausbildungsbereichen	48
Abbildung 29: Anzahl der Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Geschlecht in Sachsen-Anhalt 2021 und die Veränderung der Anzahl ggü. 2011 in Prozent	49
Abbildung 30: Entwicklung der Anzahl Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Ausbildungsbereichen zwischen 2011 und 2021 und die Veränderung der Anzahl 2021 ggü. 2011 in Prozent	50
Abbildung 31: Entwicklung der Anzahl Studierender aus EU- und Drittstaaten in Deutschland	53
Abbildung 32: Entwicklung der Zahl der Studierenden mit EU-Staatsbürgerschaft in Deutschland nach Geschlecht	54
Abbildung 33: Top-10 der Herkunftsstaaten Studierender mit EU-Staatsangehörigkeit in Deutschland im Wintersemester 2021/22 und die Veränderung ihrer Anzahl ggü. Wintersemester 2015/16 in Prozent	55
Abbildung 34: Entwicklung der Zahl Studierender mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Studierendenzahl im Wintersemester 2021/22 ggü. Wintersemester 2015/16	56
Abbildung 35: Entwicklung der Zahl Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und deren Veränderung im Wintersemester 2021/22 ggü. Wintersemester 2015/16 in Prozent	57
Abbildung 36: Top-20 Studienfächer von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im Wintersemester 2021/22 und die Veränderung der Anzahl ggü. dem Wintersemester 2015/16 in Prozent (Breite der Balken)	58
Abbildung 37: Anzahl von Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im Wintersemester 2021/22 nach ausgewählten	

Studienfächern und ihr Anteil an allen Studierenden im gleichen Studienfach (Einfärbung) in Prozent	59
Abbildung 38: Anteil Studierender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt an allen Studierenden im jeweiligen Studienfach in Prozent (Wintersemester 2021/22, ausgewählte Studienfächer) und die Veränderung des Anteils ggü. Wintersemester 2015/16 (Einfärbung) in Prozentpunkten	60
Abbildung 39: Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Integrationskursteilnehmenden aus den EU- und Drittstaaten zwischen 2011 und 2021	61
Abbildung 40: Anzahl und Anteil der Integrationskursteilnehmenden aus der EU in den Jahren 2021 und 2016 nach Staatsangehörigkeit.....	63
Abbildung 41: Quoten der Weiterbildungsbeteiligung 2020 nach Migrationshintergrund in Prozent und die Veränderung der Quoten ggü. 2016 in Prozentpunkten.....	64
Abbildung 42: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent.....	68
Abbildung 43: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Deutschland im März 2022 und ihr Anteil an allen Beschäftigten in Prozent	69
Abbildung 44: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent	70
Abbildung 45: Entwicklung der Beschäftigungsquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit.....	71
Abbildung 46: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent	72
Abbildung 47: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent	74
Abbildung 48: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent.....	75

Abbildung 49: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen aus der EU in Deutschland nach Geschlecht und Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent.....	76
Abbildung 50: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit.....	77
Abbildung 51: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und Veränderung der Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent.....	78
Abbildung 52: Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im März 2022 ggü. März 2017 in Prozent	80
Abbildung 53: Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne Auszubildene nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Sachsen-Anhalt im März 2022 und ihr Anteil an allen Beschäftigten.....	81
Abbildung 54: Beschäftigungsquote der EU-Bürger*innen nach Bundesland im April 2022	82
Abbildung 55: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent	83
Abbildung 56: Entwicklung der Zahl Arbeitssuchender aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent.....	84
Abbildung 57: Anzahl Arbeitssuchender nach Staatsangehörigkeit in Deutschland und Sachsen-Anhalt im September 2022 und ihr Anteil an jeweils allen Arbeitssuchenden	85
Abbildung 58: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt und die Veränderung der Anzahl im September 2022 ggü. September 2017 in Prozent.....	86
Abbildung 59: Entwicklung der Zahl arbeitsloser Personen aus der EU in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht und die Veränderung ihrer Anzahl im Juni 2022 ggü. Juni 2017 in Prozent	87
Abbildung 60: Anzahl arbeitsloser Personen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt im September 2022 sowie ihr jeweiliger Anteil an allen arbeitslosen Personen (oben) und die Veränderung zum Vorjahr (unten) in Prozent	88

Abbildung 61: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt zwischen 2017 und 2022	89
Abbildung 62: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende im Januar) 2022 in Deutschland nach Berufsabschluss (Angabe der Arbeitgeber*innen) und Staatsangehörigkeit sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleicher Staatsangehörigkeit	92
Abbildung 63: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende im Januar 2022 in Sachsen-Anhalt nach Berufsabschluss und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) und der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleicher Staatsangehörigkeit	93
Abbildung 64: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Januar 2022 in Deutschland nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleichem Anforderungsniveau.....	94
Abbildung 65: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Januar 2022 in Sachsen-Anhalt nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit und Staatsangehörigkeit (Angaben der Arbeitgeber*innen) sowie der Anteil der Staatsangehörigen an allen Beschäftigten mit gleichem Anforderungsniveau.....	95
Abbildung 66: Linke Grafik „Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten EU-Bürger*innen nach Bundesland am 31.12.2020 (Bruttoeinkommen)“; Rechte Grafik „Abstand zum Medianeinkommen von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit“	96
Abbildung 67: Linke Grafik „Anteil sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs von 2.203 Euro am 31.12.2020 nach Bundesland“; Rechte Grafik „Anteil sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates mit Bruttoentgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs von 2.203 Euro am 31.12.2020 nach Bundesland“	97
Abbildung 68: Anzahl und prozentualer Anteil der Beschäftigte in den Top-10 Engpassberufen in Sachsen-Anhalt nach Alter und Staatsangehörigkeit im August 2022 (Sortierung der Tabelle nach Alterskohorte der über 55-jährigen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit).....	98

Abbildung 69: Wachstum des Bruttoinlandproduktes und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nach Staatsangehörigkeit in Deutschland, 2019–2022.....	99
Abbildung 70: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit.....	101
Abbildung 71: Wachstum des Bruttoinlandproduktes und die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nach Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt, 2019-2022.....	102
Abbildung 72: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt nach Staatsangehörigkeit.....	104

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenzahl zwischen November 2019 und November 2022 in Deutschland	100
Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitslosenzahl zwischen November 2019 und November 2022 in Sachsen-Anhalt.....	103
Tabelle 3: Altenquotient in Sachsen-Anhalt auf Landkreisebene 2020 und 2050.....	106
Tabelle 4: Zu- und Fortzüge zwischen 2017 und 2019 von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt (Statistisches Bundesamt 2022s)	110
Tabelle 5: Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personen) für die Jahre 2020-2024 bei einer Quote zusätzlich permanenten Verbleibs α	110
Tabelle 6: Zusätzliches Potenzial der Fachkräftesicherung (Personenjahre) für die Jahre 2020–2024 bei einer temporären Verbleibquote α	111

Literatur

- Ali, M.A., C. Fritsche & J. Remy, 2020: Integrationsmanagement im Kontext der Fachkräftesicherung. Kompakt 09/2020.
- Becker, P., 2021a: EU-Zugewanderte im deutschen Bildungssystem. S. 109–149 in: C. Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.), EU-Migration nach Deutschland. Analysen zu Arbeitsmarktteilhabe und gesellschaftlicher Partizipation von EU-Bürger*innen in Deutschland. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Becker, P., 2021b: Potenziale des Integrationsmanagements für die Fachkräftesicherung in Deutschland. Zwei Modellrechnungen. Kompakt 10/2021.
- Becker, P., C. Fritsche, D. Komitowski & S. Meiners, 2020a: Regionale Disparitäten bei der Erwerbsbeteiligung von EU-Staatsangehörigen. Teil I – Kompaktreihe 06/2020 „Regionale Disparitäten“.
- Becker, P., C. Fritsche, D. Komitowski, S. Meiners & J. Remy, 2020b: Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von Arbeitsmarktkrise besonders stark betroffen. Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf den deutschen Arbeitsmarkt und auf die Arbeitsmarktintegration von Arbeitnehmer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.
- Becker, P., C. Fritsche, D. Komitowski, S. Meiners, J. Remy & T. Sakadeyeva, 2021: Eingewanderte in der Corona-Krise. Die Arbeitsmarktsituation Eingewanderter im zweiten Jahr der Corona-Pandemie.
- Becker, P. & A.-E. Hampel, 2022: Wirtschaftseinbruch und zunehmende Arbeitslosigkeit: EU-11-Staatsangehörige und prekär beschäftigte Zugewanderte sind besonders stark betroffen. S. 19–29 in: C. Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.), Prekär durch die Krise. Einblicke in die Arbeitsmarktsituation von Eingewanderten in der Pandemie. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Becker, P. & D. Komitowski, 2022: Tragende Säule bröckelnder Versorgungssicherheit ohne regulären Untergrund. Situation und zukünftige Entwicklung in der ambulanten Pflege und die Perspektive von Betreuerinnen aus der 24-Stunden-Betreuung (Live-Ins) auf die Pflegesituation vor Ort.
- Becker, P., J. Schütz & A. Zimmermann, 2018: Ageing workforce, social cohesion and sustainable development. Political challenges within the Baltic Sea Region. Discussion Paper 9.
- Behrendt, M., 2021: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf EU-Zugewanderte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. S. 88–105 in: C. Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.), Analysen

zu Arbeitsmarktteilhabe und gesellschaftlicher Partizipation von EU-Bürger*innen in Deutschland: Mensch und Buch Verlag.

Bouchara, A., 2015: Zur Integration ausländischer Studierender und Förderung Interkultureller Kompetenz: Eine empirische Studie zu sozialen Freundschaftsnetzwerken ausländischer Studierender an der Universität Heidelberg. Hamburg: Diplomica Verlag.

Brücker, H., J. Croisier, Y. Kosyakova, H. Kröger, G. Pietrantuono, N. Rother & J. Schupp, 2019: Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung. DIW Wochenbericht. Vol. 86, Iss. 4.

Bundesagentur für Arbeit, 2021: Ausbildungsmarkt. Die aktuellen Entwicklungen im Berichtsjahr 2019/2020 in Kürze - Stand: Oktober 2020. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistike>.

Bundesagentur für Arbeit, 2022a: Ausbildungsmarkt. Die aktuellen Entwicklungen im Berichtsjahr 2021/2022 in Kürze - Stand: September 2022. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Aktuelle-Eckwerte-Nav.html;jsessionid=7CCB91956A2589BFC57BD9ECAC1EB24C> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022b: Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen). Deutschland, Länder und Kreise. 31. März 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=EDD0F97ACDA36F5E6A38B93F28F7CEE8?nn=25122&topic_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022c: Engpassanalyse. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Fachkraeftebedarf/Engpassanalyse-Nav.html;jsessionid=90AD4E38271BDC23D316F2DF71926355> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022d: Engpassanalyse. Gesamtbewertung Deutschland. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Fachkraeftebedarf/Engpassanalyse-Nav.html;jsessionid=EF9BE4DAD48952B1CED4A716DA158434> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022e: Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf;jsessionid=BDB48C4CD17C1850722B475B66E5C118?__blob=publicationFile&v=25 (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022f: Migration und Arbeitsmarkt. Regionaler Vergleich. Beschäftigungsquote im aktuellen Berichtsmonat nach Staatsangehörigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022g: Migration und Arbeitsmarkt. Zeitreihen. Arbeitslosenquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022h: Migration und Arbeitsmarkt. Zeitreihen. Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt nach Staatsangehörigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022i: Migration und Arbeitsmarkt. Zeitreihen. Beschäftigungsquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022j: Migrationsmonitor - Deutschland und Länder (Monatszahlen). Sachsen-Anhalt. November 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&r_f=bl_Sachsen-Anhalt&topic_f=migrationsmonitor (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022k: Migrationsmonitor (Monatszahlen). Deutschland. September 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=25122&topic_f=migrationsmonitor (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022l: Migrationsmonitor (Monatszahlen). Sachsen-Anhalt. September 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&r_f=bl_Sachsen-Anhalt&topic_f=migrationsmonitor (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022m: Schlüsselverzeichnis 2010. https://www.arbeitsagentur.de/datei/schlussselverzeichnis-fur-die-angaben-zur-tatigkeit-05-2022_ba147472.pdf (31.12.2022).

Bundesagentur für Arbeit, 2022n: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen am Arbeitsort. Sonderauswertung. Datenstand August 2022.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2018: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2017 (bundesweit). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2017-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.html;jsessionid=599CC8294CFB85E1F9802F0656177F69.internet282 (31.12.2022).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2019: Integrationskursgeschäftsstatistik. Die Nachweise der Jahrgänge 2011-2016 erfolgen auf der Grundlage der Sonderauswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum Thema Berichte zur Integrationskursgeschäftsstatistik für die Jahre 2008-2016 vom 27.02.2019.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2020: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2019 (bundesweit). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2019-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.html;jsessionid=599CC8294CFB85E1F9802F0656177F69.internet282 (31.12.2022).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022a: EU-Bürger. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/Integrationskurse/TeilnahmeKosten/EU-Buerger/eu-buerger-node.html> (31.12.2022).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022b: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2021 (bundesweit). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Bundesweit/2021-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.html;jsessionid=599CC8294CFB85E1F9802F0656177F69.internet282 (31.12.2022).

Bundesinstitut für Berufsbildung, 2022: QuBe-Datenportal. Qualifikation und Beruf in der Zukunft. https://www.bibb.de/de/qube_datenportal_ergebnisse.php (31.12.2022).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2022: IAB-BiB-BAMF-SOEP Studie: Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Flucht, Ankunft und Leben. https://www.bib.bund.de/Publikation/2022/pdf/Gefluechtete-aus-der-Ukraine-in-Deutschland-Flucht-Ankunft-und-Leben.pdf;jsessionid=E4CE6D0CCDA3CB1A45D956593B75ECAB.intranet662?__blob=publication-File&v=5P (31.12.2022).

Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2018: Weiterbildungsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse der erweiterten Erhebung des Adult Education Survey (AES-Migra 2016).

https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31415_Weiterbildungsverhalten_von_Personen_mit_Migrationshintergrund.pdf?__blob=publicationFile&%3Bv=3 (31.12.2022).

Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2022a: Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) 2011. <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/G293.html> (31.12.2022).

Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2022b: Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2020. Ergebnisse des Adult Education Survey - AES-Trendbericht. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/1/31690_AES-Trendbericht_2020.pdf (31.12.2022).

Bundesverband der Freien Berufe, 2022: Ausbildungsberufe. <https://www.freie-berufe.de/themen/bildung/> (31.12.2022).

Bundeszentrale für Politische Bildung, 2022: Vollbeschäftigung. Das Lexikon der Wirtschaft. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21068/vollbeschaeftigung/> (31.12.2022).

Burkert, C. & P. Schaade, 2020: Adäquat beschäftigt? Formale Überqualifizierung von Beschäftigten in Hessen. IAB-Regional. IAB Hessen. No. 01/2020.

Dettmers, S., 2022: Die große Arbeiterlosigkeit. Warum eine schrumpfende Bevölkerung unseren Wohlstand bedroht und was wir dagegen tun können. München: FinanzBuch Verlag.

Die Bundesregierung, 2022: Mehr Fachkräfte aus Drittstaaten gewinnen. Kabinett beschließt Eckpunkte. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/fachkraefteeinwanderungsgesetz-2146480> (31.12.2022).

Ebbinghaus, M., 2021: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Betriebe und Ausbildung. Ergebnisse einer zwischen September und Oktober 2020 durchgeführten Betriebsbefragung mit dem Referenz-Betriebs-System. <https://lit.bibb.de/vufind/Record/DS-185657> (31.12.2022).

Europäische Union, 2015: Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C417 vom 15.12.2015. Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52015XG1215%2802%29> (31.12.2022).

Eurostat, 2021a: EUROPOP 2019 Population projections at regional level (2019-2100). PROJ_19NDBI. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/proj_19ndbi/default/table?lang=en (31.12.2022).

- Eurostat, 2021b: EUROPOP 2019 Population projections at regional level (2019-2100). PROJ_19RDBI3. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PROJ_19RDBI3__custom_3977793/default/table?lang=en (31.12.2022).
- Eurostat, 2021c: First generation of immigrants by sex, citizenship, duration and reason for migration. Employment and unemployment (Labour force survey). Ad-Hoc Module. 2014. Migration and labour market. Background of immigrants and their descendants. Custom dataset. online data code: LFSO_14B1DR. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSO_14B1DR__custom_4012461/default/table?lang=en (31.12.2022).
- Fachstelle Einwanderung, 2018: Verschiedene Statistiken - verschiedene Probleme. Kompakt 11/2018. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/11/Minor_FE_Verschiedene-Statistiken-%E2%80%93-verschiedene-Probleme_2018.pdf (10.11.2022).
- Föllmi, R., T. Schmidt & P. Jäger, 2019: Demografischer Wandel und dessen Auswirkungen auf die Produktivität und das Wirtschaftswachstum. https://www.alexandria.unisg.ch/259735/1/__SV-MONK_UNISG-Rfolder%24_LStraub_Desktop_wp_1_Demografischer_Wandel_Auswirkungen_Produktivitaet_wirtschaftswachstum.pdf (31.12.2022).
- Fuchs, J., D. Söhnlein & B. Weber, 2021: Projektion des Erwerbsspersonenzpotenzials bis 2060. Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen. IAB-Kurzbericht 25/2021.
- Graf, J., 2022: Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Jahresbericht 2021. Berichtsreihen zu Integration und Migration, Reihe 2. Nürnberg.
- Hanganu, E., 2015: Bleibequoten von internationalen Studierenden im Zielstaaten-Vergleich. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Forschungsbericht. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/Kurzberichte/artikel-auswertung-zu-absolventenstudiefb23.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (31.12.2022).
- Hellwagner, T., D. Söhnlein, S. Wanger & E. Weber, 2022: Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt. IAB-Forum.
- Jaeck, T., 2020: Der Niedriglohnsektor in Ost- und Westdeutschland.
- Komitowski, D., W. Siegert & J. Ziegler, 2018: Internationale Studierende in Deutschland. Zugang zu Studium und Arbeitsmarkt. Kompakt 08/2018.

Lohn-Info: Schlüsselverzeichnis für die Angaben zur Tätigkeit (Tätigkeitsschlüssel).
<https://www.lohn-info.de/taetigkeitsschluessel.html> (31.12.2022).

Lokhande, M., 2017: Vom Hörsaal in den Betrieb? Internationale Studierende beim Berufseinstieg in Deutschland.

OECD, 2011: International Migration Outlook 2011. https://read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2011_migr_outlook-2011-en#page69 (31.12.2022).

OECD, 2021: Continuing Education and Training in Germany. https://www.oecd-ilibrary.org/employment/continuing-education-and-training-in-germany_1f552468-en (31.12.2022).

Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2021: EU-Migration nach Deutschland. Analysen zu Arbeitsmarktteilhabe und gesellschaftlicher Partizipation von EU-Bürger*innen in Deutschland. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

Rhode, C. & T. Stitteneder, 2018: Integration von Geflüchteten. Schlüsselfaktor Spracherwerb. <https://www.ifo.de/publikationen/2018/aufsatz-zeitschrift/ifo-migrationsmonitor-integration-von-gefluechteten> (31.12.2022).

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2017: Vom Hörsaal in den Betrieb? Internationale Studierende beim Berufseinstieg in Deutschland.

Schu, C., 2020: Konsequenzen der Anglophonisierung für internationale Studierende und wissenschaftliche Politikberatung. Integration und Dialogfähigkeit sichern. S. 111–120 in: U. Münch, R. Mocikat, S. Gehrman & J. Siegmund (Hrsg.), Die Sprache von Forschung und Lehre. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Statistisches Bundesamt, 2011: Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00018496 (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2012: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00018515 (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2013: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00022404 (31.12.2022).

- Statistisches Bundesamt, 2014: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00025321
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2015: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00029627
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2016a: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00056546
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2016b: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2015/2016. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00056537 (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2017a: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00071545
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2017b: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2016/2017. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00071548 (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2018a: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00083667
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2018b: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2017/2018. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00092410 (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2019a: 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2019/Bevoelkerung/pres-sebroschuere-bevoelkerung.pdf?__blob=publicationFile (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2019b: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00128345
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2019c: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2018/2019. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00110047 (31.12.2022).

- Statistisches Bundesamt, 2020a: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00135749
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2020b: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2019/2020. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00131465 (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2021a: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung.
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00135750
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2021b: Finanzen und Steuern. Personal des öffentlichen
Dienstes. Fachserie 14 Reihe 6. Tabelle 2.9 Beschäftigte am 30.06.2020 nach Auf-
gabenbereichen und Altersgruppen. https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/Publikationen/Downloads-Oeffentlicher-Dienst/personal-oeffentlicher-dienst-2140600207004.pdf?__blob=publicationFile
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2021c: Sonderauswertung des Ausländerzentralregisters für
das Jahr 2020.
- Statistisches Bundesamt, 2021d: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1.
Wintersemester 2020/2021. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-endg-2110410217005.xlsx?__blob=publicationFile
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2021e: Landwirtschaftszählung 2020 - Zahl der Arbeitskräfte
weiterhin rückläufig. Pressemitteilung Nr. 053.
- Statistisches Bundesamt, 2022a: 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.
<https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2035&v=2&o=2022v2&g>
(31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022b: Ausländer: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht, Al-
tersjahre, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0022.
<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022c: Ausländer: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht, Alters-
jahre, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0022.
<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (12.10.2022).

- Statistisches Bundesamt, 2022d: Ausländer: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/ Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0021. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (1.10.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022e: Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0003. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (12.10.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022f: Ausländer: Geschlecht/Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0002. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (1.10.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022g: Ausländer: Kreise, Stichtag, Geschlecht, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0041. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (5.10.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022h: Bevölkerung am 31.12.2021 nach Nationalität und Bundesländern. Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (5.9.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022i: Bevölkerung in Deutschland. Bevölkerungspyramide 1950 bis 2060. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> (10.11.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022j: Bevölkerung. Altenquotient - Bevölkerung im Erwerbstätigen Alter und Senioren. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-altenquotient.html> (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022k: Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publikationen/Downloads-Schulen/statistischer-bericht-allgemeinbildende-schulen-2110100227005.xlsx?__blob=publicationFile (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022l: Bildung und Kultur. Berufliche Bildung (31.12.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2022m: Ergebnisse des Mikrozensus 2020. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220217004.pdf;jsessionid=AB98A48234888A7112E034C0E7328431.live712?__blob=publicationFile#page=49 (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022n: Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wintersemester 2021/2022. Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wintersemester 2021/2022. (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022o: Studierende: Bundesländer, Semester, Nationalität, Geschlecht, Studienfach. Genesis Tabelle 21311-0006. <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=21311-0006&bypass=true&levelindex=1&levelid=1667824648783> (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022p: Studierende: Bundesländer, Semester, Nationalität, Geschlecht. Genesis Tabelle 21311-0005. <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=21311-0005&bypass=true&levelindex=1&levelid=1667809673883> (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, saison- und kalenderbereinigt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bip-bubbles.html> (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022r: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland: Deutschland, Jahre, Nationalität, Herkunfts-/Zielländer. Tabelle 12711-0008 (1.10.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022s: Wanderungsstatistik. Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland: Bundesländer, Jahre, Nationalität, Geschlecht. Tabelle 12711-0023. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1673345624851&code=12711#abreadcrumb> (31.12.2022).

Statistisches Bundesamt, 2022t: Öffentlicher Dienst 2021: Stärkster Personalzuwachs seit der deutschen Vereinigung. Pressemitteilung Nr. 258.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2019: Statistischer Bericht. Wanderungen und Wanderungsströme 2017. https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Wanderungen/6A301_2017-A.pdf (1.11.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2020a: Statistischer Bericht. Wanderungen und Wanderungsströme 2018. https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Wanderungen/6A301_2018-Korrekturausgabe-A.pdf (1.11.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2020b: Statistischer Bericht. Wanderungen und Wanderungsströme 2019. <https://statistik.sachsen->

anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Wanderungen/6A301_2019-A.pdf (1.11.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2021a: 7. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt. Annahmen und Ergebnisse. <https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Bevoelkerungsprognose/4S036-Methodenbericht-A.pdf> (31.12.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2021b: Statistischer Bericht. Wanderungen und Wanderungsströme 2020. https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Wanderungen/6A301_2020-A.pdf (1.11.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2022a: Statistischer Bericht. Wanderungen und Wanderungsströme 2021. https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Wanderungen/6A301_2021-A.pdf (1.11.2022).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2022b: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 – 2021 bezogen auf den Stand der Bundesrechnung November 2021/Februar 2022. https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Themen/Gesamtrechnung/Berichte/Volkswirtschaftliche_Gesamtrechnung/6P101_2021-A.pdf (31.12.2022).

Studentenwerke, 2022: Studierendenmobilität. Internationalisierung in Zahlen. <https://www.studentenwerke.de/de/content/internationalisierung-zahlen> (31.12.2022).

Tagesschau, 2022: Fachkräftemangel. Nahles fordert neue Willkommenskultur. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/nahles-arbeitsagentur-willkommenskultur-auswanderung-101.html> (31.12.2022).

Wößmann, L., 2015: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bildung. <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/199450/die-volkswirtschaftliche-bedeutung-von-bildung/> (31.12.2022).

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fach- und Servicestelle EU-Migration
Sachsen-Anhalt (EUmigra)
der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.
Schellingstraße 3 – 4 | 39104 Magdeburg

www.eumigra.de | www.agsa.de

Krzysztof Blau, Geschäftsführer der AGSA e.V.

Redaktion:



Paul Becker | Ildikó Pallmann | Johannes Remy
Alt-Reinickendorf 25 | 10437 Berlin

minor@minor-wissenschaft.de

www.minor-wissenschaft.de

Die Inhalte dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck von Textpassagen, Illustrationen oder Piktogrammen oder deren Verwendung in elektronischen Systemen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

© Alle Rechte vorbehalten 2023

Diese Publikation ist im Rahmen des Projekts Fach- und Servicestelle EU-Migration Sachsen-Anhalt (EUmigra) der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. erstellt worden. Das Projekt ist gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

#moderndenken

